

JAHRESBERICHT 2015

DEUTSCHES
FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG SPEYER

FORSCHUNG ÜBER UND FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Jahresbericht 2015

JAHRESBERICHT 2015

**DEUTSCHES FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG**

2015

Gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland

ISSN 1865-1917

Die aktuellen Teile (Mitglieder und Mitarbeiter, Organisation, Rechtsgrundlagen)
befinden sich auf dem Stand von **April 2015**.

Herstellung:

DEUTSCHES FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG SPEYER

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagentwurf:

© 8/97 TRIFTY ART Grafik Design • 67550 Worms • Hauptstr. 32 • Tel.: 0 62 41/95 15 38

Inhaltsverzeichnis

1.	Grußwort des Direktors	1
2.	Grundlagen des Forschungsinstituts	2
2.1	Leitbild	2
2.2	Grundlagen und Organisation des Forschungsinstituts	3
2.3	Mitglieder des Forschungsinstituts	6
2.3.1	Ordentliche Mitglieder	6
2.3.2	Korrespondierende Mitglieder	7
2.3.3	Associate Members	8
2.3.4	Ehrenmitglieder	8
2.4	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	9
2.4.1	Forschungsreferentinnen und –referenten	9
2.4.2	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung	10
2.5	Organe des Forschungsinstituts	12
2.5.1	Direktorium	12
2.5.2	Institutsvorstand	12
2.5.3	Institutsverwaltungsrat	13
2.5.4	Wissenschaftlicher Beirat	14
3.	Forschungstätigkeit	15
3.1	Projektverbände	15
3.2	Zentrum für verwaltungswissenschaftliche Politikberatung (ZvP) ...	44
3.2.1	Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation	44
3.2.2	Zentrum für Verwaltungskommunikation	51
3.2.3	Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung	56
3.2.4	Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)	63
3.3	Weitere Projekte	68
3.3.1	Laufende Projekte	68
3.3.2	Abgeschlossene Projekte	74
4.	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	79
5.	Vereinbarkeit von Beruf und Familie	84
6.	Veranstaltungen	85
6.1	Forschungskolloquien	85
6.1.1	Wintersemester 2014/2015	86
6.1.3	Sommersemester 2015	87

7.	Nationale und internationale Beziehungen	88
7.1	Aufbau und Pflege von Netzwerken	88
7.2	Kooperationsvereinbarungen	91
7.3	Aufenthalte von Gastforscherinnen und Gastforschern	95
8.	Strategische Partnerschaften	97
8.1	Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer	97
8.2	Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)	98
9.	Statistischer Teil	101
9.1	Organisation	101
9.2	Finanzierung	101
9.2.1	Gesamtbudget	102
9.2.2	Drittmittel 2014 aufgeteilt nach Zuwendungsgebern	102
9.2.3	Haushaltsausgaben	104
9.3	Personaldaten	104
9.3.1	Personalübersicht	104
9.3.2	Merkmale des wissenschaftlichen Personals	107
9.4	Stellenplanung für den Programmzeitraum*	108
Anhang I:	Rechtsgrundlagen	109
Anhang II:	Alle Veröffentlichungen und Vorträge der Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2014	127
Anhang III:	Tagungen, Symposien und Workshops des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung im Jahr 2014	161
Anhang IV:	Auszug aus den Speyerer Forschungsberichten	165
Anhang V:	Auszug aus den Selbständigen Verlagspublikationen	169
Anhang VI:	Auszug aus den FÖV Discussion Papers	173
Anhang VII:	Vorträge	177

1. Grußwort des Direktors

Liebe Freunde und Partner des FÖV,

auch 2014 ist das FÖV seinem Motto „Forschung über und für die öffentliche Verwaltung“ treu geblieben. In unserem Jahresbericht finden sich die zahlreichen Aktivitäten unserer Mitglieder und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im vergangenen Jahr.



Wir haben uns besonders gefreut vom 10. bis 12. September Gastgeber der Jahrestagung der European Group for Public Administration (EGPA) gewesen zu sein, die in Speyer ihre Ursprünge hatte. Über 440 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland haben die Konferenz genutzt, um über aktuelle Fragen, Probleme und Methoden der Verwaltungswissenschaften zu diskutieren. Daneben richtete

das FÖV weitere Tagungen und Symposien zu den unterschiedlichsten Themen aus.

Zwei DFG-Projekte, eines davon im Rahmen der Forschergruppe „International Public Administration – The Emergence and Development of Administrative Patterns and their Effects on International Policy-Making (IPA)“, konnten 2014 begonnen werden. Weiterhin starteten Drittmittelprojekte für die Länder Berlin und Baden-Württemberg sowie für das Bundesministerium des Innern. Zeitgleich konnte eine Reihe von Projekten erfolgreich beendet werden, deren Ergebnisse auf den folgenden Seiten präsentiert werden.

Im letzten Jahr haben sich unsere Träger zu den Forschungszielen und -inhalten des FÖV bekannt und uns bestärkt, mit einer leicht veränderten Struktur unsere Zukunft außerhalb der Leibniz-Gemeinschaft zu suchen. Wir möchten uns für das in uns gesetzte Vertrauen bedanken und versichern, dass das FÖV weiterhin seinem Motto folgen wird.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.foev-speyer.de

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Ziekow', written in a cursive style.

Prof. Dr. Jan Ziekow
Direktor des FÖV

2. Grundlagen des Forschungsinstituts

2.1 Leitbild

Selbstverständnis

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung ist ein Maßstäbsetzendes Kompetenzzentrum deutscher, europäischer und internationaler verwaltungswissenschaftlicher Forschung. Es ist Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz.

Verwaltungswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, soziologische und geschichtswissenschaftliche Ansätze stellen einen multidisziplinären Zugriff auf sämtliche Bereiche des Verwaltungshandelns unter den Bedingungen der Mehrebenenpolitik sicher. Der umfassende Zugang wird dadurch unterstützt, dass dem Forschungsinstitut Mitglieder aus *scientific communities* verschiedener Nationalitäten angehören.

Forschung, Beratung und Transfer

Gemäß seinem Motto

Forschung *über* und *für* die öffentliche Verwaltung

nimmt das Forschungsinstitut als ein maßgebender Akteur an den internationalen verwaltungswissenschaftlichen Diskursen teil und reagiert in besonderem Maße auf aus der Verwaltungspraxis ableitbare Forschungsbedarfe. Die am FÖV durchgeführten Forschungskonzepte sind multidisziplinär angelegt. Das Forschungsinstitut orientiert sich am Ziel eines ausgewogenen Verhältnisses aus grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung. Die Beratung in Fragen der Verwaltungspolitik erfolgt durch die Serviceelemente des FÖV.

Das Forschungsinstitut publiziert seine Forschungsergebnisse und stellt den Transfer in die Praxis sicher.

Personalorientierung, Gleichstellung und Familienfreundlichkeit

Das Forschungsinstitut versteht sich als Motor der Rekrutierung und Ausbildung verwaltungswissenschaftlicher Exzellenz.

Im Dienste einer konsequenten Nachwuchsförderung nimmt das Forschungsinstitut eine auf hohe Qualität aufbauende Personalauswahl vor und fördert die wissenschaftliche Weiterqualifikation.

Das Forschungsinstitut fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Es beachtet bei allen Vorschlägen und Entscheidungen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen (*Gender Mainstreaming*).

Besonderen Wert legt das Forschungsinstitut auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die bei allen Entscheidungen von den Führungskräften berücksichtigt wird. Das Forschungsinstitut unterstützt dabei ein partnerschaftliches Familienmodell, nach dem insbesondere für Partnerinnen und Partner, für Kinder oder nahe Angehörige Verantwortung bei Erziehung und/oder Pflege getragen wird.

2.2 Grundlagen und Organisation des Forschungsinstituts

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer¹ wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1976 durch Landesverordnung des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. Mai 1976 (GVBl. 1976, S. 184) als Nachfolger des seit 1962 bestehenden Forschungsinstituts der Hochschule errichtet.

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung versteht sich als ein Maßstäbe setzendes Kompetenzzentrum deutscher und europäischer verwaltungswissenschaftlicher Forschung. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft (WGL). Ihm obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fächerübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung.

Das FÖV zeichnet sich durch eine besondere Interdisziplinarität im Bereich der deutschen, europäischen und internationalen Verwaltungsforschung aus. Verwaltungswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, psychologische, soziologische und geschichtswissenschaftliche Ansätze sowie Methoden der Verwaltungsinformatik erlauben einen multidisziplinären Zugriff auf sämtliche

1 Durch das Erste Gesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes vom 19.10.2005 (GVBl. Rheinland-Pfalz 2005, S. 488) wurde das Forschungsinstitut in „Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung“ Speyer umbenannt.

Bereiche des Verwaltungshandelns unter den Bedingungen der Mehrebenenpolitik. Die am FÖV durchgeführten Projekte sollen multidisziplinär angelegt sein. Der umfassende Zugang wird dadurch unterstützt, dass dem Forschungsinstitut Ordentliche Mitglieder aus verschiedenen nationalen *scientific communities* angehören. Diese sorgen für die Diffusion der Forschungsergebnisse des FÖV in ihre nationalen Forschungszusammenhänge und liefern Anregungen aus diesen für die künftige Forschungsarbeit des FÖV. Ein internationales Netzwerk von Korrespondierenden Mitgliedern sorgt überdies für einen Austausch mit den Nachbarwissenschaften und anderen nationalen *communities*.

Das Forschungsinstitut strebt gemäß seinem Motto

Forschung *über* und *für* die öffentliche Verwaltung

danach, eine international herausgehobene Position im Bereich der Verwaltungsforschung einzunehmen. Es reagiert andererseits in besonderem Maße auf Forschungsbedarfe aus der Verwaltungspraxis und zielt dabei darauf ab, standardsetzende Methoden für die Gestaltung und Evaluierung von Verwaltungsorganisation und Verwaltungshandeln zu entwickeln. Dabei erfolgt die Weitergabe praxisnaher Erkenntnisse an die Verwaltung auch durch die Serviceelemente des FÖV.

Die Rechtsstellung des FÖV ist im Gesetz über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (DUVwG) näher geregelt. Das Institut wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1976 durch Landesverordnung des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz vom 31. Mai 1976 (GVBl. 1976, S. 184) als Nachfolger des seit 1962 bestehenden Forschungsinstituts der Hochschule errichtet. Derzeit ist das Landesgesetz über die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Verwaltungshochschulgesetz – DHVG) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. 2010, S. 503, Nr. 223-20) in Kraft. Das Forschungsinstitut ist Regelungsgegenstand der §§ 67-70 des Verwaltungshochschulgesetzes. Die Neufassung der Landesverordnung (GVBl. Rh.-Pf. 2006, S. 16-18), die die Tätigkeit des Instituts im Einzelnen regelt, ist am 14. Juli 2012 (GVBl. Rh.-Pf. 2012, 213) in Kraft getreten. Die Institutsordnung vom 7. Dezember 2004 verkündet im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz am 17. Januar 2005, S. 16 ff. regelt die satzungsmäßigen Aufgaben des Forschungsinstituts.

Das Institut hat derzeit die Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts im Ressortbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Das Institut wird

im Rahmen der Ausführungsvereinbarung zu Art. 2 Abs. 1 Nr. 5 der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG von den Vertragsschließenden gemeinschaftlich finanziert. Die Einnahmen und Ausgaben des Instituts sind in einem selbständigen Kapitel des Haushaltsplans des Landes Rheinland-Pfalz – Einzelplan Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur – veranschlagt.

Organe des Instituts, das der Leibniz-Gemeinschaft angehört, sind der Direktor/die Direktorin, der Institutsvorstand, der Institutsverwaltungsrat und der Wissenschaftliche Beirat. Der Institutsvorstand besteht aus vier Ordentlichen Mitgliedern. Die Mitglieder des Institutsvorstands werden für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Berufung des Direktors oder der Direktorin erfolgt nach der Durchführung eines Auswahlverfahrens auf Vorschlag des Institutsvorstands durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz. Die Berufung bedarf der Zustimmung des Institutsverwaltungsrates. Der Institutsverwaltungsrat besteht aus je drei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes sowie je einer Vertreterin oder einem Vertreter der übrigen Bundesländer. Er dient insbesondere der Verbindung des Instituts mit der Verwaltungspraxis und vermittelt den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis. Der Wissenschaftliche Beirat besteht aus fünf, nicht dem FÖV angehörenden Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland. Dem Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung der Forschungsleistung und die Unterstützung von Evaluierungen des Instituts sowie die Durchführung von Zwischenevaluationen im Rahmen der Programmbudgetierung.²

Das Institut stellt einen jährlichen Arbeitsplan und ein mittelfristiges Forschungsprogramm auf, aus dem sich die Forschungsschwerpunkte sowie der für die Durchführung erforderliche personelle, finanzielle und zeitliche Aufwand ergeben. Das Forschungsprogramm wird vom Institut im Zusammenwirken mit dem Wissenschaftlichen Beirat erarbeitet und ist jährlich fortzuschreiben. Mit dem mittelfristigen Forschungsprogramm wird ein Planungsabschnitt von fünf Jahren beschrieben, wobei der jährliche Arbeitsplan den ersten Teil des Programms darstellt. Dieser wird durch den Verwaltungsrat des FÖV erörtert (§ 6 Abs. 1 Satz 2 der Landesverordnung). Die Forschungsplanung des FÖV ist auch Teil seines Programmbudgets.

2 Vgl. die „Mindestanforderungen an Programmbudgets und Handreichung für die Erstellung von Programmbudgets in Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)“ in der Fassung vom 7. Oktober 2003.

2.3 Mitglieder des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut hat Ordentliche und Korrespondierende Mitglieder. Zu Ordentlichen Mitgliedern kann der Institutsvorstand für die Dauer von fünf Jahren auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesene Wissenschaftler aus dem In- und Ausland berufen. Voraussetzung der Berufung ist die Vorlage eines individuellen Forschungsplans, der sich in das Forschungsprogramm des Instituts einfügt. Für jüngere Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler wurde mit der Associate Membership eine weitere Form der Mitgliedschaft eingeführt.

2.3.1 Ordentliche Mitglieder

Ordentliche Mitglieder des Forschungsinstituts sind folgende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:

Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*

Univ.-Prof. Dr. *Hartmut Bauer* (Potsdam)

Univ.-Prof. Dr. *Michael W. Bauer*

Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*

Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*

Univ.-Prof. Dr. *Rudolf Fisch*

Univ.-Prof. Dr. *Stefan Fisch*

Univ.-Prof. Dr. *Oscar W. Gabriel* (Stuttgart)

Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*

Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*

em. Univ.-Prof. Dr. *Helmut Klages*

Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*

Univ.-Prof. Dr. *Thomas König* (Mannheim)

Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken* (Kassel)

Univ.-Prof. Dr. *Sabine Kuhlmann* (Potsdam)

Univ.-Prof. Dr. *Siegfried Magiera*

Univ.-Prof. Dr. *Mario Martini*

em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*

Univ.-Prof. Dr. *Michèle Morner*

Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlenkamp*

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Rainer Pitschas*

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Karl-Peter Sommermann*

Univ.-Prof. Dr. *Ulrich Stelkens*

Univ.-Prof. Dr. *Hans-Heinrich Trute* (Hamburg)

Univ.-Prof. Dr. *Wolfgang Weiß*

Univ.-Prof. Dr. *Joachim Wieland*

Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*

2.3.2 Korrespondierende Mitglieder

Korrespondierende Mitglieder des Instituts wirken beratend und unterstützend bei den Forschungsprojekten mit und sind Teil eines wissenschaftlichen Netzwerks, das die Forschungsk Kooperation des Instituts unterstützt. Zur Zeit gehören dem Forschungsinstitut 12 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Korrespondierende Mitglieder an:

Prof. Dr. *Peter Becker*, Wien (Österreich)

em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*, Speyer

Prof. Dr. *Geert Bouckaert*, Leuven (Belgien)

Prof. Dr. *Ernst Buschor*, Zürich (Schweiz)

Univ.-Prof. Dr. *Constance Grewe*, Straßburg (Frankreich)

em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König*, Speyer

Prof. Dr. *María Jesús Montoro Chiner*, Barcelona (Spanien)

Univ.-Prof. Dr. Dres. h.c. *Hans-Jürgen Papier*, Karlsruhe

em. Univ.-Prof. Dr. *Christoph Reichard*, Potsdam

Univ.-Prof. Dr. *Thorsten Siegel*, Berlin

em. Univ.-Prof. Dr. *Hellmut Wollmann*, Berlin

em. Univ.-Prof. Dr. *Horst Zimmermann*, Marburg

2.3.3 Associate Members

Prof. Dr. *Thorsten Beckers*

Privatdozentin Dr. *Cristina Fraenkel-Haeberle*

Privatdozentin Dr. *Rahel Schomaker*

2.3.4 Ehrenmitglieder

Das Forschungsinstitut kann Persönlichkeiten, die sich besonders um das Institut verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen.



Univ.-Prof. Dr. *Gerd Roellecke* (1927-2011) war emeritierter Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie. Er hat Nationalökonomie und Rechtswissenschaft studiert, war Redakteur einer juristischen Fachzeitschrift, Assistent, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht und wurde 1969 an die Universität Mannheim berufen. Er war Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV von 1995 bis 2001. 2002 wurde er zum Ehrenmitglied des FÖV ernannt und bekam zugleich die Ehrenmedaille des FÖV verliehen.



Der Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Hans Peter Bull* im Wissenschaftlichen Beirat des Forschungsinstituts endete zum 23. Januar 2005. Herr *Bull* studierte von 1956 bis 1960 Rechtswissenschaft in Hamburg, Marburg und an der FU Berlin und promovierte 1963. Nach seiner Habilitation im Jahre 1972 war er von 1973 bis 1978 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Danach übernahm er die Funktion des Bundesbeauftragten für den Datenschutz. Zwischen 1983 und 1988 war er erneut Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg, um von 1988 bis 1995 dann das Amt des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein zu übernehmen. 1996 kehrte er an die Universität Hamburg zurück und übernahm dort das Seminar für Verwaltungslehre als Geschäftsführender Direktor. Er wurde 2000 zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV berufen und übernahm 2001 den Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Gerd Roellecke*. Die Ehrenmitgliedschaft und die Ehrenmedaille des FÖV wurden ihm am 21. Juni 2005 in Speyer verliehen.

2.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2.4.1 Forschungsreferentinnen und -referenten

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bearbeiten die am Institut durchgeführten Forschungsprojekte:

Dr. rer. publ. *Christian Bauer*, M.A., Mag. rer. publ.

Dr. *Nadja Braun Binder*, MBA, lic. iur.

Assessor *Maximilian Demper*

Tyko Dirksmeyer, M.A.

Jörn Ege, M.A.

PD Dr. iur. *Cristina Fraenkel-Haeberle*

Assessorin *Saskia Fritzsche*

Ursula Giesen-Winkler, M.A.

Vincent Göttel, M.Sc.

Ingo Hamann, M.A.

Assessor iur. *Thomas Hammer*

Marius Herr, M.A.

PD Dr. rer. soc. *Hans-Willy Hohn*

Dr. rer. pol. *Silke I. Keil*

Außerplanmäßiger Professor Dr. iur. *Christian Koch*

Assessor iur. *René Kubach*

Benjamin Kühl, Ref. iur.

Jesse Paul Lehrke, PhD

Dipl.-Betriebswirtin (FH) *Alexandra Lessau*

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler *Bernd Luig*, Mag. rer. publ. (Mannheim)

Burkhard Margies, M.A.

Dr. rer. publ. *Kai Masser*, M.A., Mag. rer. publ.

Emmanuelle Mathieu, PhD, M.A., M.A., M.A., LL.M.

Assessor *Michael Mirschberger*

Manuel Misgeld, Mag. rer. soc. oec.

Axel Piesker, M.A.

Sarah Schmitt, M.A., Mag. rer. publ.

Prof. Dr. phil. Rahel Schomaker

Dr. phil. Dorothea Steffen, M.A.

Dipl.-Kaufmann Marc-Julian Thomas

Jonas Werner, M.Sc.

Dipl.-Volkswirtin Hanna Willwacher, M.A.

Markus Wojtczak, M.A.

Dr. iur. Johanna Wolff, Ass. iur., LL.M.

Dipl.-Volkswirt Wolf-Eckhard Wormser

Dipl.-Volkswirt Dirk Zeitz

2.4.2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutsleitung

Geschäftsführerin

Regierungsdirektorin Dr. iur. Margrit Seckelmann, M.A.

Stellvertretender Geschäftsführer

Dipl.-Kaufmann Andreas Jug

Mitarbeiter der Geschäftsführung

Christian Wagner, M.A.

Sekretariat

Irene Eggensberger

Elisabeth Gerhards

Ursula Jungkind

	<p>Geschäftsführerin Regierungsdirektorin Dr. iur. Margrit Seckelmann, M.A.</p>	<p>E-Mail: seckelmann@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-387</p>
	<p>Stellvertretender Geschäftsführer Dipl.-Kaufmann Andreas Jug</p>	<p>E-Mail: jug@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-380</p>
	<p>Mitarbeiter der Geschäftsführung Christian Wagner, M.A.</p>	<p>E-Mail: cwagner@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-386</p>
	<p>Sekretärin Irene Eggensberger</p>	<p>E-Mail: eggensberger@foev-speyer.de</p>
	<p>Sekretärin Elisabeth Gerhards</p>	<p>E-Mail: gerhards@foev-speyer.de</p>
	<p>Sekretärin Ursula Jungkind</p>	<p>E-Mail: jungkind@foev-speyer.de</p>

2.5 Organe des Forschungsinstituts

2.5.1 Direktorium

Der Direktor bzw. die Direktorin ist für Leitbild und Forschungsprogramm des Forschungsinstituts zuständig, die er oder sie dem Institutsvorstand zur Beschlussfassung vorschlägt, vertritt das Institut nach außen und führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte. Unterstützt wird er oder sie hierbei durch die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer, den Sachbearbeiter oder die Sachbearbeiterin und das Institutssekretariat. Zum Direktor hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz nach Durchführung eines Findungsverfahrens im Mai 2013 Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* ernannt, zu seiner Stellvertreterin wurde Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen* gewählt.

2.5.2 Institutsvorstand

Der Institutsvorstand besteht gemäß § 1 Abs. 1 der Institutsordnung aus fünf bis zehn Ordentlichen Mitgliedern und mindestens zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern. Die Vorstandsmitglieder werden aus der jeweiligen Gruppe des Forschungsinstituts für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Mitglieder des Institutsvorstands für die Dauer der Wahlperiode 2013 bis 2018 sind:

Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*

Univ.-Prof. Dr. *Michael W. Bauer*

Univ.-Prof. Dr. *Andreas Knorr*

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Karl-Peter Sommermann*

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* (Direktor, Mitglied kraft Amtes)

2.5.3 *Institutsverwaltungsrat*

Der Institutsverwaltungsrat dient der Verbindung des Instituts mit der Verwaltungspraxis. Er setzt sich aus je drei Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes sowie je einem Vertreter der übrigen Bundesländer zusammen. Ihm gehören an:

- Staatssekretär Prof. Dr. *Thomas Deufel*, Vorsitzender (Rheinland-Pfalz)
- Staatssekretär Dr. *Hannes Kopf*, Stellvertretender Vorsitzender (Rheinland-Pfalz)
- Vizepräsident des Bundesrechnungshofes *Christian Ahrendt* (Bund)
- Ministerialrat Dr. *Heribert Schmitz* (Bund)
- Ministerialdirektorin *Beate Lohmann* (Bund)
- Ministerialdirigent Dr. *Reinhard Klee* (Baden-Württemberg)
- Ministerialdirigent *Peter Pathe* (Bayern)
- Kirsten Dreher* (Berlin)
- Ministerialdirigent *Jörg Wollny* (Brandenburg)
- Senatsdirektorin Dr. *Anke Saebetzki* (Bremen)
- Leitender Regierungsdirektor *Christoph Lucks* (Hamburg)
- Ministerialdirigent *Günter Hefner* (Hessen)
- Ministerialdirigent Dr. *Joachim Krech* (Mecklenburg-Vorpommern)
- Ltd. Ministerialrat *Friedhelm Meier* (Niedersachsen)
- Ministerialrat Dr. *Marten Pfeifer* (Nordrhein-Westfalen)
- Regierungsdirektorin *Simone Schneider* (Rheinland-Pfalz)
- Ministerialrat *Peter Schunath* (Saarland)
- Ministerialdirigent *Jörg Schröder* (Sachsen)
- Ministerialdirigent *Christian Parschat* (Sachsen-Anhalt)
- Ministerialrat *Wilfried Adamzik* (Schleswig-Holstein)
- Ltd. Ministerialrat Dr. *Klaus Hinkel* (Thüringen)

2.5.4 Wissenschaftlicher Beirat

Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung des Instituts. Er unterstützt nach § 5 Abs. 1 S. 2 der Landesverordnung über das FÖV Evaluierungen des Instituts. Dem fünfköpfigen Wissenschaftlichen Beirat gehören folgende Mitglieder an:

Univ.-Prof. Dr. *Janbernd Oebbecke* (Universität Münster) (Vorsitzender)

Univ.-Prof. Dr. *Arthur Benz* (TU Darmstadt)

Prof. *Tony Bovaird* (Institute of Local Government Studies, School of Government and Society, University of Birmingham)

Univ.-Prof. Dr. *Antoinette Weibel* (Universität St. Gallen)

Univ.-Prof. Dr. *Jacques Ziller* (Università di Pavia)

3. Forschungstätigkeit

Die Institutsforschung vollzieht sich in Projektverbänden. Diese bearbeiten die folgenden Themenfelder:

1. Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor;
2. Public Private Partnerships;
3. Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen eines Collaborative Government im 21. Jahrhundert;
4. Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Die Projektverbände sind an die Stelle der Sektionen getreten, um die Institutsforschung stärker intern zu vernetzen. Die Forschungsprojekte, die bislang im Rahmen der Sektionen durchgeführt wurden, werden noch beendet. Diese Projekte werden im Abschnitt „Weitere Projekte“ dargestellt.

3.1 Projektverbände

1. **Projektverbund „Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor“**

Laufzeit: seit 01.11.2010


Leistungsmessung, Leistungsvergleich und Benchmarking sind im internationalen Kontext zu einem vorrangigen Tagesordnungspunkt bei der Modernisierung des öffentlichen Sektors geworden. Es kann mit hin von einem europäischen, wenn nicht globalen Trend des Performance Measurement ausgegangen werden, der sich weiter verstärken wird und bei dem Leistungsvergleiche und Benchmarking eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Im nationalen Kontext kommt der Grundgesetzänderung im Rahmen der Föderalismusreform II des Jahres 2009 besondere Bedeutung zu, mit der Leistungsvergleiche erstmals einen verfassungsrechtlichen Status erhalten haben.

Es gibt bislang keine Studien, die sich aus interdisziplinärer Perspektive mit der Systematisierung, international und intra-föderal vergleichenden Analyse sowie Wirkungsabschätzung von Leistungsvergleichen befassen. Vor diesem Hintergrund befasst sich der Projektverbund aus Sicht unterschiedlicher verwaltungswissenschaftlich orientierter Teildisziplinen und durch deren Integration mit den rechtlich-normativen Grundlagen, institutionellen Varianten, instrumen-

tellen Methoden, Anwendungsformen und Auswirkungen von Leistungsvergleich und Benchmarking im nationalen sowie internationalen Kontext.

Der Projektverbund setzt sich aus den vier Teildisziplinen Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Soziologie zusammen.

Ziel des Verbunds ist es einerseits, fördernde und hemmende Faktoren von Leistungsvergleichen und Benchmarking zu identifizieren. Dabei werden sowohl rechtlich-normative als auch politisch-institutionelle, organisationsstrukturelle und nicht zuletzt ökonomisch-fiskalische Aspekte berücksichtigt. Des Weiteren strebt der Verbund an, die (methodische) Qualität verschiedener Typen, Verfahren und Instrumente von Performanzmessung und -vergleich zu untersuchen. Darüber hinaus sollen die Projektergebnisse Aufschluss über Nutzungsformen und Nutzungsbedingungen von Vergleichsinformationen in Politik und Verwaltung geben. Ein wichtiger evaluativer Beitrag des Verbunds wird zudem darin gesehen, empirische Evidenz über Ergebnisse, Effekte und weiterreichende Auswirkungen dieses Reformansatzes zu schaffen und die Frage zu beantworten, ob und wie in öffentlichen Organisationen aus Leistungsinformationen produktiv oder aber pathologisch (z. B. im Sinne eines „teaching to the test“) gelernt wird.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber (Sprecherin)	E-Mail: faerber@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-363
	Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (Potsdam)	bis 31.12.2014
	Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen	E-Mail: jansen@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-364
	Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland	E-Mail: wieland@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-355
	Dr. Tim Jäkel	bis 31.12.2014
	Assessor Thomas Hammer	bis 30.06.2015
	Dipl.-Volkswirt Dirk Zeitz (Koordinator)	E-Mail: zeitz@foev-speyer.de Tel.: 654-301

1/1. Wieland/Hammer: „Rechtliche Normierung und Regulierung von Leistungsvergleichen im Bundesstaat“, Teilprojekt 2 des Projektverbundes „Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor“

Laufzeit: 1.1.2011 bis 31.12.2014
unterbrochen für die Zeit vom 1.1.2013 bis
30.06.2015
Das Projekt wird nach dem 1.7.2015 aufgrund der
Neuausrichtung der Forschungsschwerpunkte des
FÖV nicht mehr weitergeführt.

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit der Normierung und Regulierung von Leistungsvergleichen im Bundesstaat. Mit der Föderalismusreform II hat die Vorschrift des Art. 91d GG Eingang in das Grundgesetz gefunden. Sie regelt, dass der Bund und die Länder zur Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltungen Vergleichsstudien durchführen und deren Ergebnisse veröffentlichen können. Aus einer verfassungsrechtlichen Sicht fordert insbesondere der in Art. 91d GG angesprochene Leistungsvergleich im Bundesstaat - gemeint sind Leistungsvergleiche, die innerhalb der Bundesverwaltung, zwischen Landesverwaltungen sowie zwischen Behörden der Bundes- und Landesverwaltung durchgeführt werden - eine nähere Betrachtung heraus, sind doch in diesem Zusammenhang Konflikte zwischen verschiedenen Grundprinzipien der Verfassung zu erwarten. Bereits die wenig konkrete Formulierung des Art. 91d GG lässt es als naheliegend erscheinen, dass sich im Prozess der Verfassungsänderung divergierende Meinungen von Bund und Ländern gegenüberstanden. Hier kollidieren Wettbewerbsföderalismus und kooperativer Föderalismus. Zur besseren Handhabbarkeit von Leistungsvergleichen im Bundesstaat ist es notwendig, die verfassungsrechtlichen Anforderungen unter besonderer Berücksichtigung des Art. 91d GG herauszuarbeiten und daraus Regeln für die Normierung und Regulierung von Leistungsvergleichen im Bundesstaat zu gewinnen.

1/2. Färber/Zeit: „Benchmarking als Instrument besserer Rechtsetzung im föderalen Mehrebenenstaat“, Teilprojekt 3 des Projektverbundes „Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor“

Laufzeit: 6.11.2012 bis 5.11.2015

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Projekt untersucht den Einsatz des Benchmarking-Instrumentes für eine bessere Rechtsetzung im deutschen Exekutivföderalismus. Bislang verabschiedete der Bund Gesetze und Verordnungen, die von den Ländern in eigener Verantwortung vollzogen werden, ohne sich systematisch um die Effizienz und Effektivität seiner Regulierungen zu kümmern. Selbst bei Evaluationsstudien gab es nur selten Analysen über die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit unterschiedlicher Vollzugslösungen, weil die Fiktion des einheitlichen Verwaltungsvollzuges gewahrt werden musste. Projekte der Geschäftsstelle Bürokratieabbau und des Nationalen Normenkontrollrates mit den Ländern und Kommunen zeigen indes, welche Differenzen hier vorliegen und in welchem Ausmaß knappe Ressourcen der Normadressaten ineffizient verwendet werden.

Das Projekt hat zum Ziel zu untersuchen, welche Unterschiede zwischen den Ländern beim Vollzug von Bundesrecht festzustellen sind, ob diese mit dem Instrumentarium des Standardkosten-Modells sachgerecht quantifiziert werden können bzw. ob dieses weiterentwickelt werden muss und welche Auswirkungen ein Vollzugs-Benchmarking für Qualität und Effizienz des Gesetzesvollzugs auf Länderebene sowie für die Qualität der Gesetzgebung des Bundes haben würde/könnte.

Am Ende des Projektes sollen Vorschläge erarbeitet sein, wie in Ergänzung der Ex-ante-Gesetzesfolgenabschätzung ein Benchmarking für den Vollzug von Bundesrecht methodisch und institutionell gestaltet werden könnte.

*Abgeschlossenes Projekt***1/3. Kuhlmann/Jäkel: „Benchmarking in der öffentlichen Verwaltung: ein europäischer Ländervergleich“, Teilprojekt 1 des Projektverbundes „Leistungsvergleich und Benchmarking im Öffentlichen Sektor“**

Laufzeit: 1.11.2010 bis 31.12.2014

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Forschungsprojekt „Benchmarking in der öffentlichen Verwaltung: ein europäischer Ländervergleich“ wurde am 31.12.2014 erfolgreich beendet.

Der Bericht zum Forschungsprojekt „Benchmarking in der öffentlichen Verwaltung: ein europäischer Ländervergleich“ von Dr. *Tim Jäkel* liefert neue empirische Evidenz über unterschiedliche Ansätze und Strategien von Leistungsvergleichen von Städten und Gemeinden in Deutschland, England, Schweden und der Schweiz. Folgende Forschungsfragen werden beantwortet:

- Welche Ansätze von Leistungsvergleichen gibt es und wie weit sind sie verbreitet?
- Was sind systematische Unterschiede und Gemeinsamkeiten innerhalb und zwischen den vier untersuchten Ländern und wie können diese erklärt werden?

Analysiert werden außerdem die Vorteile, die Leistungsvergleiche für Politik und Verwaltung in Städte und Gemeinden bieten können. Dabei werden auch unerwünschte Nebenwirkungen und Nachteile in den Blick genommen, die durch Vergleichsaktivitäten auftreten. Die Befunde des Berichts liefern einen Beitrag zur Entwicklung einer allgemeinen Theorie über Benchmarking im öffentlichen Sektor.

In einem ersten Schritt wurden für den Forschungsbericht kommunale Kennzahlenvergleiche und Benchmarking-Projekte in Deutschland, England, Schweden und die Schweiz systematisch erhoben und typologisiert. In einem zweiten Schritt werden in jedem der vier Länder ausgewählte Kennzahlenvergleich näher untersucht. Datengrundlage dieser qualitativen Länderfallstudien sind 56 Interviews mit Führungskräften und Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung

sowie kommunalen Spitzenverbänden; die Auswertung von Prüfberichten, eigene Literaturrecherchen, sowie statistische Auswertungen von Informationen über Kommunen in ausgewählten Vergleichsprojekten.

Vorträge des Projektsverbundes 2014

Färber, Gisela, Performance Comparison and Benchmarking in the Public Sector in Germany, Shenzhen (China), 03.04.2014; *Färber, Gisela/Zeitz, Dirk*, Legitimation durch Gesetzesfolgenabschätzung? Möglichkeiten und Grenzen für die Legitimation staatlichen Verwaltungshandelns. Legitimation von Verwaltungshandeln (Jahrestagung), Hannover, 21.11.2014; *Jäkel, Tim*, Benchmarking for Better Public Sector Performance: Empirical Evidence from European Local Government. National Research University - Higher School of Economics Moscow, Moscow (Russia), 28.03.2014; *Jäkel, Tim*, The Spatial Dimension of Public Performance Benchmarking: Empirical Evidence from Swedish Municipalities. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). ZEW Research Colloquium, Mannheim, 08.05.2014; *Jäkel, Tim*, Leistungsvergleiche der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe: Ansätze und Erfahrungen aus Deutschland, England und Schweden, Kassel, 22.05.2014; *Jäkel, Tim*, The Spatial Dimension of Public Performance Benchmarking: Empirical Evidence from Swedish Municipalities. Indiana Memorial Union (IMU). Innovation in Multiple Systems (Transatlantic Policy Consortium Summer 2014 Conference), Bloomington (USA), 24.06.2014; *Zeitz, Dirk*, Developments and challenges of Germany's governance system of better regulation – An appraisal. 23rd World Congress of Political Science: Challenges of Contemporary Governance, Session: Comparative politics of ax ante evaluation, Montréal (Canada), 21.07.2014; *Zeitz, Dirk*, Better regulation in Germany as quality assurance system: Recent development and current challenges. EGPA Annual Conference 2014, PSG X Law and Administration, Session 6: Better regulation, Speyer, 12.09.2014.

2. Projektverbund „Public Private Partnerships“





Laufzeit: seit 1.1.2013

Der Projektverbund „Public Private Partnership“ nähert sich dem Thema mit einem interdisziplinären und methodisch komplementären Ansatz, besteht doch ein erheblicher Nachholbedarf in Hinblick auf Verständnis und Erklärung von PPP sowie der konkreten Bedingungen, unter denen PPP Effizienzgewinne oder Effizienzverluste – im engeren projektbezogenen wie im weiteren, auf ein organisationales Lernen der staatlichen und kommunalen Verwaltungen abhebenden Sinne – erwarten lassen. Sowohl Fragen der institutionellen Governance der PPP-Einheiten als auch bezüglich der nachgeschalteten Organisationen sowie deren Mitglieder sind hier betroffen.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist das Problem der systematischen Beurteilung der Vorteilhaftigkeit einer PPP gegenüber einer Bereitstellung durch den öffentlichen Sektor sowie die zentrale Frage, in welcher Weise die mit PPPs gemachten Erfahrungen von den kommunalen und staatlichen (Kern-)Verwaltungen verarbeitet und in Regelkreisläufe eingespeist werden.

Die die Disziplinen integrierende Kernfrage ist der Umgang der Verwaltung mit dem Instrument Public-Private Partnership: sowohl *ex ante* mit Blick auf die Entscheidung zugunsten einer PPP (Voraussetzungen; Einbettung in die Gesamtstrategie; wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit) sowie die konkrete Auswahl eines aus Verwaltungssicht geeigneten Vertragsmodells (PPP-Typ mit Blick auf Risikoteilung und anfallende Transaktionskosten; Ausschreibungsmodi) als auch *ex post* im laufenden „PPP-Betrieb“ (Kontrolle; Verlängerung, Nachverhandlungen und Wiederausschreibung; Auswirkung auf die Verwaltungskompetenz und die Bewertung des Aufgabenbestands).

Ein weiteres erklärtes Ziel des Verbunds ist es, die *ex ante* und *ex post* bestehenden Risiken und (institutionellen) Voraussetzungen aufzudecken und mit Blick auf das entsprechende Verwaltungshandeln zu analysieren. Darüber hinaus wird, die Projektergebnisse sowie bereits bestehende Expertise der Projektleiter sowie Projektmitarbeiter nutzend, die Ausarbeitung eines normativen Kriterienkatalogs für die Vorbereitung (Wirtschaftlichkeitsuntersuchung) sowie den zukünftigen Einsatz von PPPs in der Praxis (Rahmenbedingungen, Einbettung in Gesamtstrategien und Lernprozesse, Vertragsgestaltung) erfolgen.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Knorr (Sprecher)	E-Mail: knorr@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-157
	Univ.-Prof. Dr. Holger Mühlenkamp	E-Mail: muehlenkamp@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-329
	Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow	E-Mail: ziekow@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-362
	Dr. Christian Bauer	E-Mail: cbauer@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-375
	Prof. Dr. Rahel Schomaker (Koordinatorin)	E-Mail: schomaker@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-431
	Jonas Werner, M.Sc.	E-Mail: werner@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-288

2/1. Knorr/Schomaker: „Transaktionskosten und Risikoverteilung im Rahmen von Public Private Partnerships“, Teilprojekt 2 des Projektverbundes „Public Private Partnerships“

Laufzeit: 1.1.2013 bis 31.12.2015

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Teilprojekt „Transaktionskosten und Risikoverteilung im Rahmen von Public Private Partnerships“ widmet sich der Frage nach Rolle und Relevanz von Transaktionskosten und Aspekten der Risikoteilung in PPPs aus verschiedenen Blickwinkeln. Transaktionskosten sind oftmals nur schwerlich und ex post zu quantifizieren und somit kaum entscheidungsrelevant bei der Entscheidung für oder gegen die Implementierung von PPPs, obgleich sie aufgrund ihrer Zusammensetzung und Auftretenswahrscheinlichkeit durchaus gewissen Regelmäßigkeiten unterliegen und damit durchaus über eine diskretionäre Einzelfallbetrachtung hinaus nicht nur Gegenstand wissenschaftlicher Analyse, sondern auch konkreter Optimierung sein können. Auch die effiziente Teilung von Risiken zwischen privaten und öffentlichen Akteuren ist aus ökonomischer Sicht sowohl für das Verständnis der Effizienz des gesamten PPP-Projektes als auch mit Blick auf Absicherungsmechanismen relevant. Einerseits wird die Rolle dieser Aspekte ex ante für das Zustandekommen von PPPs analysiert, andererseits wird mit Blick auf die ex post festzustellende Effizienz von PPPs untersucht, wie an dieser Stelle Optimierung stattfinden kann. Auch werden im Projektrahmen sich hieraus konkret ergebende Handlungsempfehlungen einerseits für die Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung, andererseits für den Prozess der Vertragsgestaltung erarbeitet.

2/2. Mühlenkamp/Werner: „Wirtschaftlichkeit und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei Public Private Partnerships“, Teilprojekt 1 des Projektverbundes „Public Private Partnerships“

Laufzeit: 1.7.2013 bis 30.6.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Entscheidungen zugunsten von PPP-Projekten werden regelmäßig mit der überlegenen Wirtschaftlichkeit von PPP im Vergleich zur konventionellen Beschaffung begründet. Der Wirtschaftlichkeitsvergleich der beiden Beschaffungsvarianten erfolgt mit Hilfe von prognostischen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen.

Allerdings existiert für Deutschland kein belastbarer empirischer Befund zu tatsächlichen Effizienzvorteilen von PPP. Es existieren vielmehr klare Hinweise dafür, dass die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für den sog. Wirtschaftlichkeitsnachweis von PPP häufig mit methodischen Mängeln behaftet sind und nicht selten zur unsachgemäßen Bevorzugung von PPP führen.

Der Fokus dieses Teilprojekts ist die ökonomische Analyse der Wirtschaftlichkeit von vertraglichen PPP. Ein erster Ansatzpunkt ist angesichts des unzureichenden empirischen Befundes eine systematische Aufarbeitung internationaler und nationaler Ergebnisse zur Wirtschaftlichkeit von PPP. Verbunden damit ist eine Analyse der Praxis von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei PPP.

Aufbauend auf festgestellten Defiziten sollen dann Verbesserungsvorschläge zum Ablauf und zur Methodik von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen entwickelt werden. Ein letztes Ziel ist die Erarbeitung von Empfehlungen zur Vermeidung von haushaltsrechtlichen und finanzstatistischen Fehlanreizen unter Berücksichtigung gewonnener Erkenntnisse über die derzeitige Praxis.

2/3. Ziekow/C. Bauer: „Public Private Partnerships als strategische Option der öffentlichen Verwaltung“, Teilprojekt 3 des Projektverbundes „Public Private Partnerships“

Laufzeit: 1.3.2014 bis 28.2.2017
Das Projekt wird nach dem 1.6.2015 aufgrund der Neuausrichtung der Forschungsschwerpunkte des FÖV nicht mehr weitergeführt.

Finanzierung: FÖV

Die Ausgangshypothese des Projekts ist, dass es bislang kaum gelungen ist, die Wahrnehmung von PPPs als strategische Option in der öffentlichen Verwaltung zu verankern. Die Prüfung von PPPs als Alternative zu herkömmlichen Beschaffungsansätzen ist vermutlich ganz überwiegend mit Blick auf haushalterische Überlegungen in Entscheidungsstrukturen und -verfahren der Verwaltung eingebettet. Daraus ergibt sich die weitere Hypothese, dass Prozesse des Lernens der Verwaltung aus der Kooperation mit privatwirtschaftlicher Handlungsrationalität und im Vergleich mit dieser nur unzureichend ausgebildet sind. Vor diesem Hintergrund ist es Ziel des Projekts, evaluierend zu untersuchen, wie die unterschiedlichen Verwaltungsorganisationen

von Kommunen, Ländern und Bund auf die Herausforderungen von PPPs reagieren und inwieweit die Ausgangshypothesen auf sie zutreffen. Folgende Untersuchungsfragen stehen hierbei im Mittelpunkt:

1. Sind Public Private Partnerships und wenn ja in welcher Weise in eine aufgabenbezogene Gesamtstrategie der öffentlichen Verwaltung eingebettet? Wenn nein: Welche Motive haben zur Eingehung von PPPs geführt?
2. In welcher Weise werden PPPs in aufgabenkritischen Bewertungen als Handlungsoption berücksichtigt?
3. Ist ein Vergleich mit anderen strategischen Handlungsoptionen, z. B. der Eingehung öffentlich-öffentlicher Kooperationen oder der Modernisierung der die betreffende Aufgabe erfüllenden Einheit der öffentlichen Verwaltung, vorgenommen worden? Wer war der „Treiber“: die „Politik“ oder die „Verwaltung“?
4. Haben die Erfahrungen von öffentlicher Hand und Privaten in PPPs tatsächlich zur Zusammenführung von unterschiedlichen Logiken in Netzwerkstrukturen geführt (Hofmeister/Borchert 2004: 224)?
5. Welche Auswirkungen haben die institutionellen Rahmenbedingungen auf das Akteursverhalten innerhalb von PPPs?
6. Führen PPPs zu einem Kompetenzaufbau oder zu einem Kompetenzverlust der Kernverwaltung?
7. Sind Konsequenzen aus der Durchführung von PPPs für Aufbauorganisation, Personalbestand und -qualifizierung sowie Geschäftsprozesse der Verwaltungen feststellbar?
8. In welcher Weise werden die aus PPPs gewonnenen Erfahrungen von Politik und Verwaltung reflektiert und in Lernprozesse überführt?
9. Welche Rahmenbedingungen beeinflussen das Nachsteuern und das Lernen?

Veröffentlichungen und Vorträge des Projektverbundes 2014

Mühlenkamp, Holger, Public Private Partnerships and Government Debt, in: CESifo Dice Report – Journal for Institutional Comparisons, Vol. 12, Issue 3, (2014), S. 24-30; *Schomaker, Rahel*, Institutional Quality and Private Sector Participation, in: European Journal of Government and Economics (EJGE), Bd. 3 (2014), S. 104–118; *Schomaker, Rahel*, Towards more Competition in Water Infrastructure – Which Regulation do we Need?, in: Public Policy and Administration Review, Bd. 2 (2014), S. 1–16; *Schomaker, Rahel/Huck, Volker*, International Organizations and the Private Sector – Global Public-Private Partnerships

for Global Public Goods?, in: Wentzel, Dirk (Hrsg.), Grundbegriffe der Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Stuttgart 2014; *Ziekow, Jan*, Rekommunalisierung – Roll back der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen? Zum Stand der Diskussion in Deutschland (japanisch), in: Rikkyu Homukenkyu – St. Pauls's Law Review (2014), S. 43–64.

Schomaker, Rahel/Bauer, Christian, Institutional Quality and Private Sector Involvement. European Group for Public Administration (EGPA); Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV); Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften. Annual Conference, Speyer, 11.-13.09.2014; *Ziekow, Jan*, Public Private Partnerships im Spannungsfeld zwischen rechtsstaatlichen Bindungen, Gemeinwohl und privatem Interesse. Symposium, Osaka (Japan), 05.01.2014.

3. **Projektverbund „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen einer Collaborative Governance im 21. Jahrhundert“**

Laufzeit: seit 1.4.2013

Das Internet hat in Gestalt des Web 2.0 und durch die Entwicklung sozialer Medien weitreichende Veränderungen in der Gesellschaft und der öffentlichen wie privaten Kommunikation hervorgerufen. Diese Veränderungskraft machen auch vor dem Staat nicht halt. Er reagiert mit der Entwicklung kollaborativer Governance-Strukturen und partizipativer Verwaltungsprozesse in Gestalt von E-Government-Diensten, Open Data und digitaler Bürgerbeteiligung.

Wissenschaft und Forschung ist es bislang nur punktuell gelungen, mit diesem internet- und digitalisierungsgetriebenen staatlichen Wandlungsprozess Schritt zu halten. Das zeigt sich im Bereich der Wirtschaftswissenschaften an der geringen Anzahl von empirisch validierten Erklärungsmodellen zu Wirkungsbeziehungen in Web 2.0- und E-Government-Diensten. In der Rechtswissenschaft fehlt es – abgesehen von einzelnen Aufsätzen – an einer intensiveren Auseinandersetzung mit öffentlich-rechtlich betriebenen Bewertungsportalen sowie an einer rechtswissenschaftlichen Begleitung des kommunalen E-Governments und der kommunalen E-Partizipation. Ebenso befindet sich die verwaltungswissenschaftliche Forschung zu dem sich wandelnden Staatsverständnis und der dadurch veränderten Bürgerrolle noch in den Anfängen. Zuvorderst fehlt es aber bislang an einem gesamtheitlichen Herangehen, das die konzeptionellen Vorstellungen der verschiedenen Disziplinen und die bereits wissenschaftlich evaluierten Praxiserfahrungen in einem interdisziplinären Forschungsansatz zusammenführt.

Einen solchen Ansatz verfolgt der interdisziplinäre Forschungsverbund »Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen einer Collaborative Governance im 21. Jahrhundert«. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die fördernden und hemmenden Faktoren von kollaborativen E-Governance-Strukturen und -prozessen im Web 2.0 zu identifizieren und die Voraussetzungen für effektive und effiziente E-Government-Services, und E-Interaktionsformen sowie deren Regelungen übergreifend zu untersuchen. Ihm geht es dabei um die evaluative Begleitung der Chancen, Risiken und Auswirkungen der neuartigen staatlichen Verwaltungstätigkeit mittels empirischer Methoden und normativer Ansätze.

Ausgehend von diesem Ziel hat der Projektverbund damit begonnen, die wirtschaftswissenschaftlichen, rechtswissenschaftlichen und verwaltungswissenschaftlichen Zugänge im Wege der Verbundforschung miteinander zu verschmelzen. Bürgerorientierte Web 2.0-Dienste, staatliches Informationshandeln im Web 2.0, die Gestaltung der (neuen) Möglichkeiten des Staates zur Interaktion mit dem Bürger, deren Erwartungshaltungen und die mehrwertschaffende Organisation kollaborativer Aktivitäten im E-Government stehen dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Die involvierten Wissenschaftler Professor Dr. *Hermann Hill*, Professor Dr. *Mario Martini*, Professor Dr. *Michèle Morner* und Professor Dr. *Bernd Wirtz* wählen in dem Verbund einen akteursbezogenen Ansatz, der zwischen E-Government-Anbietern und -nachfragern sowie den verschiedenen Interaktionsformen differenziert. Der Mehrwert dieser interdisziplinären Herangehensweise gegenüber nicht verknüpften Forschungsdisziplinen liegt darin, Möglichkeiten der wechselseitigen Ergänzung und Befruchtung der Einzeldisziplinen zur Gestaltung von Web 2.0-Services aufzuzeigen. Denn ökonomische Handlungs(ir)rationalitäten beeinflussen die rechtliche Rechtfertigung und verwaltungswissenschaftliche Analyse von staatlichen Handlungen einerseits und die Erwartungen der Nutzer andererseits. Umgekehrt steuern rechtliche Rahmenbedingungen und verwaltungswissenschaftliche Zielsetzungen die Eckdaten der Akzeptanz von Web 2.0-Angeboten des Staates. Diese hängen wiederum von den organisatorischen Rahmenbedingungen für Kooperationsbereitschaft und der intrinsischen Motivation der Akteure ab. Der Verbund befreit die Betrachtungen von ihren disziplinären Verengungen. Dadurch entstehen Synergieeffekte für die Analyse von staatlichen Web 2.0-Angeboten, die bisher noch nicht erschlossen wurden.

Der Verbund befasst sich insbesondere mit den Kernfragen,







- welche neuen Handlungs- und Governanceformen staatlicher Verwaltungstätigkeit im E-Government zu identifizieren sind, die das Wissen und die Erwartungen der Nutzer einbeziehen,
- wie diese Handlungs- und Governanceformen durch Web 2.0-Angebote abgebildet und mehrwertschaffend gestaltet und
- in welchen Schritten entsprechende Web 2.0-Angebote implementiert werden können,
- welche Kriterien für eine praxisorientierte Nutzung bestehen,
- was zugunsten einer gemeinwohlorientierten Gestaltung zu berücksichtigen ist,



- welche rechtlichen, organisatorischen und technischen Hürden dabei bestehen und
- wie diese Aspekte in einer sachgerechten Operationalisierung und Implementierung zusammengeführt werden können.

Die Antworten hierauf bilden die erforderliche Wissensgrundlage, um die übergreifenden Fragen zu beantworten, wie

- a) effektive und effiziente Gov 2.0-Angebote,
- b) effektive und effiziente rechtliche Regelungen,
- c) die neue Rolle des Staates und deren verwaltungspraktischen Umsetzung und
- d) eine effektive und effiziente konsensuale Steuerung sowie dezentrale Organisationsformen

im Rahmen einer Collaborative Governance ausgestaltet sein sollten.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Mario Martini (Sprecher)	E-Mail: martini@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-403
	Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill	E-Mail: hill@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-328
	Univ.-Prof. Dr. Michèle Morner	E-Mail: morner@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-329
	Univ.-Prof. Dr. Bernd W. Wirtz	E-Mail: wirtz@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-296
	Assessorin Saskia Fritzsche (Kordinatorin)	E-Mail: fritzsche@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-336
	Vincent Göttel, M.Sc.	E-Mail: goettel@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-436
	Benjamin Kühl, Ref. Iur.	E-Mail: kuehl@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-336
	Manuel Misgeld, Mag. rer. soc. oec.	E-Mail: misgeld@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-437

	Name	Kontaktdaten
	Dipl.-Kaufmann Marc-Julian Thomas	E-Mail: thomas@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-324
	Markus Wojtczak, M.A.	E-Mail: wojtczak@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-437

3/1. Wirtz/Göttel/Thomas: „Bürgerorientierte Web 2.0-Services“, Teilprojekt 1 des Projektverbundes „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen eines Collaborative Government im 21. Jahrhundert“

Laufzeit: 1.4.2013 bis 31.3.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Die Bereitstellung innovativer Web 2.0-Services durch Regierung und Verwaltung hat in letzter Zeit in Forschung und Praxis eine überragende Wichtigkeit erhalten. Bislang sind innerhalb der Forschung jedoch nur wenige komplex-empirische Arbeiten, die sich mit der Thematik befassen, verfügbar. Auch im internationalen Vergleich ist hierzu noch ein erheblicher Forschungsbedarf vorhanden. Daher befasst sich das Forschungsprojekt »Bürgerorientierte Web 2.0-Services« in diesem Kontext mit dem Nutzungsverhalten der Bürger hinsichtlich innovativer Web 2.0-Services im E-Government. In diesem Rahmen werden die Wirkungsbeziehungen einzelner Gov 2.0-Angebote bezüglich der Nutzerwahrnehmung, der Nutzerbedürfnisse sowie des Nutzerverhaltens analysiert. Der Erfolg innovativer Web 2.0-Services hängt dabei maßgeblich von den Nutzungsverhaltensweisen, von der wahrgenommenen Qualität aus Nutzerperspektive und von der Serviceakzeptanz ab. In diesem Zusammenhang stellt die Akzeptanz eine notwendige Bedingung dar, da sie gemäß der Unified Theory of Acceptance and Use of Technology die grundlegenden Einflussfaktoren der Nutzungsintention determiniert. Als hinreichende Bedingung werden in diesem Kontext die Erfolgsfaktoren der Gov 2.0-Angebote angeführt, die innerhalb des Forschungsprojektes identifiziert werden sollen. Schließlich werden die identifizierten Erfolgsfaktoren

im Rahmen einer komplex-empirischen Analyse im Wirkungsgefüge der Akzeptanz innerhalb eines Strukturgleichungsmodells untersucht.

3/2. Martini/Fritzsche/Kühl: „Staatliches Informationshandeln im Web 2.0“, Teilprojekt 2 des Projektverbundes „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen eines Collaborative Government im 21. Jahrhundert“

Laufzeit: 1.4.2013 bis 31.12.2015

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Forschungsprojekt »Staatliches Informationshandeln im Web 2.0« untersucht den Rechtsrahmen neuartiger, partizipativ-kollaborativer Handlungsformen hoheitlicher Verwaltung im Web 2.0, namentlich von u.a. kommunalen Anliegenmanagement-Portalen, öffentlich-rechtlichen Bewertungsplattformen, digitalen Bürgerbefragungen und Online-Konsultationen u.a. (im Folgenden »Gov 2.0-Angebote«).

Während der ersten Projektphase stand zum einen die grundrechtsdogmatische Untersuchung Web 2.0-gestützter Typen staatlichen Informationshandelns wie Online-Informationsregister und staatlich betriebene oder geförderte Online-Bewertungsplattformen im Fokus. Zum anderen haben sich die Projektbearbeiter schwerpunktmäßig mit den datenschutz-, wettbewerbs- und vergaberechtlichen Rahmenbedingungen für die Integration privater Social-Media- und Geodatendiensten in behördliche Online-Angebote auseinandergesetzt. Die zweite Projektphase widmete sich insbesondere verfassungsrechtlichen, demokratietheoretischen und rechtlich-qualitativen Aspekten der Ausgestaltung von partizipativ-kollaborativer Online-Angeboten der öffentlichen Verwaltung. Dabei fanden angesichts der aktuellen Entwicklungen des Forschungsfeldes auch indirekte Formen der Bürgerpartizipation im Wege des Big Data-basierten Crowdsourcings durch Hoheitsträger Berücksichtigung. In der Abschlussphase des Projekts werden insbesondere der interdisziplinäre Austausch mit den anderen Verbundprojekten bzw. die Verarbeitung der daraus hervorgehenden Erkenntnisse, sowie die Fertigstellung der zu den Projektthemen begonnen Dissertationen im Mittelpunkt stehen.

3/3. Morner/Misgeld/Wojtczak: „Public Value durch E-Governance: Die Organisation kollaborativer Aktivitäten im Staat“, Teilprojekt 4 des Projektverbundes „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen eines Collaborative Government im 21. Jahrhundert“

Laufzeit: 1.4.2013 bis 31.1.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Das Teilprojekt untersucht, wie Staat und Bürger über internetbasierte soziale Medien so zusammenarbeiten können, dass ein öffentlicher Mehrwert entsteht. Hintergrund ist eine fortschreitende sozio-technische Entwicklung: Web 2.0-Anwendungen ermöglichen den Nutzern sich auszutauschen und interaktiv in einem wissensintensiven Entscheidungsprozess zusammenzuarbeiten (Kollaboration). Das Projekt zielt darauf, eine effektive und effiziente Steuerung (Governance) von kollaborativen Web 2.0 Anwendungen zu erarbeiten.

Insbesondere eine Selbststeuerung, das heißt eine dezentrale, wechselseitige Abstimmung der Beteiligten, kann einen positiven Beitrag leisten. Diese erlaubt, individuelle Vorbehalte zu überwinden, um gemeinsam komplexe Probleme handhaben zu können. Mit Regeln und Weisungen (verfahrens-) sowie ökonomischen Kennzahlen (ergebnisbasierter Steuerungsmechanismus) kann ein Steuerungsmix entstehen. Abhängig von motivationalen und kognitiven Voraussetzungen lassen sich damit kollaborative Aktivitäten effizient und effektiv gestalten.

Mit einem multivariaten, gemischt-methodischen Vorgehen lässt sich die Frage beantworten, ob die vermuteten Zusammenhänge in der Praxis existieren. Darauf aufbauend sind Handlungsempfehlungen für die Praxis abzuleiten.

Das Ergebnis bildet ein Modell kollaborativer E-Governance, welches zeigt, wie sich kollaborative Aktivitäten der Verwaltung unter der Nutzung von Web 2.0 so organisieren lassen, dass Public Value entsteht.

Veröffentlichungen und Vorträge des Projektverbundes 2014

Fritzsche, Saskia, Legal Challenges of E-Participation as an Instrument of Vibrant Democracy. Insights into the Research project “Government Information Activities in the Web 2.0 Age” at the German Research Institute for Public Administration, in: Pallinger, Tibor/Komáromi, László (Hrsg.), Good Governance: Reforming Representation, 2014; *Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar* (Hrsg.), Transparenz, Partizipation, Kollaboration,

Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 27, 1, Baden-Baden 2014; *Martini, Mario*, Big Data als Herausforderung für den Persönlichkeitsschutz und das Datenschutzrecht, in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.), Bd. 129 (2014), S. 1481–1489; *Martini, Mario*, Die Bürger ins Boot holen – Herausforderungen für die Verwaltung 2.0, in: Leibniz Journal (2014), S. 15; *Martini, Mario*, Transparenz, Partizipation und Kollaboration als Leitbilder einer digitalen Zeitenwende, in: Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Transparenz, Partizipation, Kollaboration, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 27, 1. Aufl., Baden-Baden 2014, S. 11–15; *Martini, Mario*, Vom heimischen Sofa in die digitale Agora: E-Partizipation als Instrument einer lebendigen Demokratie?, in: Hill, Hermann (Hrsg.), Die Neubestimmung der Privatheit, Baden-Baden 2014, S. 161–205; *Martini, Mario/Kühl, Benjamin*, Staatliches Informationshandeln, in: Jura, Bd. 36 (2014), S. 1221–1236; *Morner, Michèle/Misgeld, Manuel*, Governing Public Value: How to Foster Knowledge-intensive Collaboration in the Public Sector, in: Gnan, Luca/Hinna, Alessandro/Monteduro, Fabio (Hrsg.), Mechanisms, roles and consequences of governance, Studies in Public and Non-Profit Governance, Bd. V. 2, 1st ed. Aufl., Bingley 2014, S. 41–57; *Piebler/Wirtz/Daiser*, An Analysis of Continuity Intentions of eGovernment Portal Users, in: Public Management Review, 2014; *Wirtz/Mory/Piebler/Daiser*, Measuring eGovernment Portal Management on the Local Level: Results from a Survey of Public Administration Officials, in: International Public Management Review, Vol. 15, No. 2, 2014; *Wirtz/Nitzsche/Ullrich*, User Integration in Social Media - An Empirical Analysis, in: International Journal of Electronic Business, Vol. 11, No. 1, 2014; *Wirtz/Mory/Piebler*, Web 2.0 and Digital Business Models, in: Martínez-López, F. J. (Hrsg.): E-Business Strategic Management, Berlin 2014

Fritzsche, Saskia, IT im urbanen Raum. ISPRAT Wissenschaftlerkonferenz, Krems (Österreich), 25.09.2014; *Martini, Mario/Fritzsche, Saskia*, Big Data als Herausforderung für den Persönlichkeits- und Diskriminierungsschutz und das Datenschutzrecht. 3. Speyerer Forum zur digitalen Lebenswelt, Speyer, 20.03.2014; *Martini, Mario/Fritzsche, Saskia*, Big Data als Herausforderung für den Persönlichkeits- und Diskriminierungsschutz und das Datenschutzrecht. 13. Netzwerktreffen der E-Government-JuristInnen der Länder und des Bundes, Mainz, 01.07.2014; *Misgeld, Manuel*, Wie lässt sich E-Governance zur Handhabung komplexer Probleme wirksam organisieren? Workshop „Alles Wissen überall zu haben, was kann die Landschaftsplanung zur informationellen Orientierung beitragen?“, Hannover, 06.02.2014; *Misgeld, Manuel*, Governing Wicked Problems: The Role of Self-Organising Governance in Fostering the Problem-Solving Capabilities of Public Sector Organisations. European Consortium for Political Research (ECPR). Graduate Student Conference, Innsbruck (Österreich), 04.07.2014; *Wojtczak, Markus/Morner, Michèle*, Bringing the citizen back in: Motivational aspects of citizen-administration coproduction. European Group for Public Administration (EGPA); Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV); Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften. EGPA Annual Conference, Speyer, 10.-12.09.2014.

4. **Projektverbund „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“**

Laufzeit: seit 1.10.2013

Die „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ äußert sich in einer Vielzahl von Phänomenen. Ihnen ist gemeinsam, dass die Wahrnehmung oder Steuerung exekutiver Aufgaben durch überstaatliche Ebenen oder in transnationaler Zusammenarbeit erfolgen. Die Denationalisierung erfasst somit die vielfach beschriebenen Erscheinungsformen einer Europäisierung der öffentlichen Verwaltungen und ihrer Rechtsgrundlagen ebenso wie die die nationalen Verwaltungen verändernden Vorgaben aus der Sphäre des Völkerrechts und anderer Formen der internationalen Koordinierung jenseits der Europäischen Union und des Europarats.

Sowohl in der Politik- und Verwaltungswissenschaft als auch in der Rechtswissenschaft sind die Untersuchungen, die sich mit Europäisierungsphänomenen auseinandersetzen, mittlerweile Legion. Dennoch fehlt es bislang an einer vertieften ebenen- und staatenübergreifenden Analyse der Voraussetzungen, Instrumente und Verfahren, die eine wirksame Implementierung des überstaatlichen Rechts ermöglichen sollen. Ziel des Projektverbundes ist es, aufbauend auf den vorhandenen Erkenntnissen zu Wirkungsweise, Eigenheiten und Veränderungen innerhalb der europäischen Verwaltungsarchitektur die institutionellen und prozeduralen Implementierungsvoraussetzungen zu untersuchen. Dies schließt ebenenspezifische und ebenenübergreifende Analysen ebenso ein wie vergleichende Untersuchungen. In der Zusammenschau will der Projektverbund neben der Offenlegung interdependenter Entwicklungstendenzen strukturelle Defizite bei der Implementierung überstaatlicher Vorgaben und zwischenstaatlicher Koordination identifizieren, um gegebenenfalls auch präskriptive Aussagen treffen zu können.

In zunächst vier Teilprojekten werden die Implementierung unionaler und anderer überstaatlicher Vorgaben unter Aspekten der implementationsrelevanten Reaktionsmuster und Anpassungsstrategien der europäischen Staaten im Vergleich (national vergleichende Perspektive), der Leistungs- und Anschlussfähigkeit der Handlungsformen der EU-Eigenverwaltung (unionale Perspektive), der vertikalen Kooperation bei der Implementierung des Unionsrechts und der Unionspolitiken (ebenenverbindende unionale Perspektive), sowie die Im-

plementierung internationaler Verpflichtungen durch gemischte Foren im Außenverhältnis (ebenenverbindende internationale Perspektive) betrachtet.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann (Sprecher)	E-Mail: sommermann@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-344
	Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer	E-Mail: michael.bauer@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-326
	Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens	E-Mail: stelkens@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-365
	Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Weiß	E-Mail: weiss@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-283
	Assessor Maximilian Demper	E-Mail: demper@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-429
	Privatdozentin Dr. Cristina Fraenkel-Haeberle (Kordinatorin)	E-Mail fraenkel-haeberle@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-384
	Dr. Emmanuelle Mathieu	E-Mail mathieu@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-170
	Assessor Michael Mirschberger	E-Mail: mirschberger@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-289

4/1. Sommermann/Fraenkel-Haeberle: „Europäisierung und Internationalisierung der nationalen Verwaltungen im Vergleich“, Teilprojekt 1 des Projektverbundes „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“

Laufzeit: 1.10.2013 bis 30.9.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Die nationalen Verwaltungssysteme stehen bei der Implementierung des Unionsrechts unter einem steigenden Anpassungsdruck. Wurde das Verwaltungshandeln zunächst zunehmend durch materiell-rechtliche Vorgaben des europäischen Unionsrechts und des Völkerrechts determiniert, so findet seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkt eine Transformation des Verfahrens und der Verwaltungsorganisation der europäischen Staaten durch überstaatliche Impulse statt. Dennoch ist nach wie vor ein unterschiedlicher Grad an Implementierung in den Mitgliedstaaten festzustellen. Das Projekt hat zunächst Strukturanalysen ausgewählter europäischer Staaten im Hinblick auf die unterschiedlichen Ansätze und Effekte der Implementierung des EU-Rechts zum Gegenstand. Ins Auge gefasst werden im Hinblick auf ihre prägende Bedeutung für die EU Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich. Die Untersuchungsschritte werden im Abgleich mit den Forschungsansätzen der anderen Partner des Projektverbundes vorgenommen. Neben Erkenntnissen über die Reaktionsmuster und Anpassungsstrategien der Staaten sind nähere Aussagen zu den Implementationsvoraussetzungen und zum Grad der Konvergenz der nationalen Verwaltungs(rechts)systeme zu erwarten. Im Rahmen eines internationalen Symposiums soll die Perspektive auf einen größeren Kreis von Staaten erweitert werden. Ein wichtiger Ertrag des Projekts könnte im Übrigen die Sichtbarmachung von Anpassungsoptionen für die Rechtspraxis sein.

4/2. Stelkens/Mirschberger: „Handlungsformen der EU-Eigenverwaltung beim direkten Vollzug des EU-Rechts (und im Europäischen Verwaltungsverbund)“, Teilprojekt 2 des Projektverbundes „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“

Laufzeit: 1.1.2014 bis 31.12.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Teilaspekt der "Denationalisierung" der Verwaltung innerhalb der EU ist auch, dass vielfältige Verwaltungsaufgaben nicht mehr von den mitgliedstaatlichen Verwaltungen, sondern von Trägern der EU-Eigenverwaltung – also von supranationalen Verwaltungsträgern – wahrgenommen werden. Sowohl der Ablauf von Entscheidungsprozessen der EU-Eigenverwaltung bis zum Ergehen einer konkreten Maßnahme als auch die Frage ihrer Verbindlichkeit, ihrer Wirkungen und der hiergegen gegebene Rechtsschutz erscheinen als derzeit rechtlich wenig konturiert. Zwar besteht eine vielfältige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs insbesondere zur Einordnung von Maßnahmen der EU-Eigenverwaltung in das Klagesystem der heutigen Art. 263 ff. AEUV. Dieses reine Rechtsprechungsrecht geht aber naturgemäß nur von Fall zu Fall vor und erscheint insoweit eher durch Einzelbausteine geprägt, denn durch ein vollständig zu einem Gesamtbild zusammengefühtes Mosaik. Das Forschungsprojekt soll aufbauend auf den wissenschaftlichen Vorarbeiten von Projektleiter und -bearbeiter dazu beitragen, ausgehend von der deutschen Lehre der Handlungsformen der Verwaltung, eine mögliche Kategorisierung der Handlungsformen der EU-Verwaltung im weiten Sinne vorzunehmen und ein System für die Einteilung und rechtliche Behandlung von "Verwaltungshandeln" der EU zu etablieren.

4/3. Weiß/Demper: „Politikimplementierung im internationalen Kontext in gemischten Foren: Mechanismen zur Abstimmung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten bei der Umsetzung internationaler Harmonisierungsverpflichtungen: Funktionsweisen und Defizite“, Teilprojekt 4 des Projektverbundes „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“

Laufzeit: 1.1.2014 bis 31.12.2016

Finanzierung: Forschungsinstitut

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind infolge gemischter Abkommen Mitglieder in Internationalen Organisationen, die auf internationaler Ebene eine Angleichung und Abstimmung von Regelwerken beabsichtigen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich daher auf völkerrechtlicher Ebene zu Harmonisierungen verpflichtet. In Konkretisierung und erster Umsetzung der völkerrechtlichen Pflichten formulieren die Staaten in den Gremien dieser Organisationen daher verbindliche oder rechtlich unverbindliche, faktisch aber durch ihre Vorbildwirkung maßgebliche Vorgaben, die die einschlägige nationale Regelung vorprägen. Die EU und die Mitgliedstaaten sind in diesen Gremien vertreten und müssen für ihre Mitwirkung in den Gremien nicht zuletzt infolge unionsrechtlicher Treueverpflichtungen ein einheitliches, abgestimmtes Auftreten organisieren, um ihre Interessen bestmöglich einzubringen.

Wenig erforscht ist die Kooperation von EU-Institutionen und mitgliedstaatlicher Exekutive in diesem Bereich der Implementierung dieser völkerrechtlichen Pflichten. Das Projekt wird daher die Mechanismen zur Abstimmung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten bei der Umsetzung internationaler Harmonisierungsverpflichtungen im Hinblick auf Funktionsweisen und Defizite grundlegend untersuchen. Insbesondere werden formelle Vereinbarungen zur Koordinierung von EU und Mitgliedstaaten, die unterschiedliche Formen annehmen, gesammelt, analysiert und unter Einbezug der konkreten Abstimmungsprozesse aus der Praxis bewertet.

4/4. Bauer/Mathieu: "Opposition in the EU implementation process: Determinants of national actions for annulment against the European Commission" (Widerstand im EU-Implementationsprozess: Determinanten nationalen Klageverhaltens bei Annullierungsverfahren gegen die Europäische Kommission) Teilprojekt 3 des Projektverbunds Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung

Laufzeit: 1.6.2014 bis 31.5.2017

Finanzierung: FÖV

Over time, the Member States have entrusted the EU Commission with an increasingly important role in the implementation of EU policies. The most central instrument available to the Member States for controlling the Commission is the annulment procedure that allows governments to challenge a decision of the Commission before the ECJ. Besides, annulment actions are an interesting indicator of conflict within the EU multi-level administrative structure. In spite of this, annulment litigation has remained largely ignored by researchers of the EU administrative and judicial systems.

Why do Member States initiate annulment actions? What is the role of institutional, political, and economic factors on governments' decisions to litigate against the Commission? To gain a better understanding of annulment litigation, this project aims at elucidating the reasons behind the variation between Member States with regards to their propensity to initiate actions for annulment.

Drawing into the literature on litigation politics and compliance and implementation in the EU, and based on process tracing of carefully selected case studies, this project will shed light on the under-researched issue of annulment procedures, by unveiling the determinants of conflict in multi-level administrative systems and studying how claims before the ECJ are used by the Member States to promote their interests, this work aims at contributing to the research on multi-level implementation and litigation politics.

Veröffentlichungen und Vorträge des Projektverbundes 2014

Adam, Christian/Bauer, Michael W./Hartlapp, Miriam, It's Not Always about Winning: Domestic Politics and Legal Success in EU Annulment Litigation, in: Journal of Common Market Studies (JCMS), Bd. 53 (2014), S. 185–200; Auby, Jean-Bernard/Mirschberger, Michael/Schröder, Hanna/Stelkens, Ulrich/Ziller, Jacques, Book IV: Contracts, in: Hofmann,

Herwig C./Schneider, Jens-Peter/Ziller, Jacques (Hrsg.), *ReNEUAL Model Rules on EU Administrative Law*, (Online Publikation) 2014, S. 143–197; *Sommermann, Karl-Peter*, Prinzipien des Verwaltungsrechts, in: Bogdandy, Armin von/Huber, Peter M. (Hrsg.), *Handbuch Ius Publicum Europaeum*, Bd. V, Heidelberg 2014, S. 863–892; *Sommermann, Karl-Peter*, Towards a Common European Administrative Culture?, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), *Grundmuster der Verwaltungskultur*, Baden-Baden 2014, S. 605–628; *Stelkens, Ulrich*, Administrative Appeals in Germany, in: Dragoş, Dacian Cosmin/Neamţu, Bogdana (Hrsg.), *Alternative dispute resolution in European administrative law*, Berlin 2014, S. 3–55; *Stelkens, Ulrich*, Kommentierung der § 27a, § 35 bis § 39, § 41, § 42a, der europarechtlichen Abschnitte der §§ 54 bis § 62 sowie eines einleitenden Teils zum Europäischen Verwaltungsrecht, Europäisierung des Verwaltungsrecht und Internationalem Verwaltungsrecht, in: *Stelkens, Paul/Bonk, Heinz Joachim/Kallerhoff, Dieter/Neumann, Werner/Sachs, Michael/Schmitz, Heribert/Stelkens, Ulrich* (Hrsg.), *Verwaltungsverfahrensgesetz (Kommentar)*, 8. Aufl., München 2014; *Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael*, The recognition of foreign administrative acts - A German perspective, in: Schmidt-Kessel, Martin (Hrsg.), *German national reports on the 19th International Congress of Comparative Law*, Bd. 24, Tübingen 2014, S. 693–724; *Weiß, Wolfgang*, § 10 Vertragliche Handelspolitik der EU, in: *Arnauld, Andreas von* (Hrsg.), *Enzyklopädie Europarecht*, Baden-Baden 2014, S. 515–586; *Weiß, Wolfgang*, Außenwirtschaftsbeziehungen, in: *Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang* (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2014, Baden-Baden 2014, S. 275–280.

Bauer, Michael W., *Judicial Control of the Guardian: Explaining Patterns of Governmental Annulment Litigation against the European Commission*, Budapest (Hungary), März 2014; *Fraenkel-Haeberle, Cristina*, *Democratic Participation in Global Environmental Legislation*. Universität Turin; Universität Erlangen-Nürnberg. *Participatory Rights in the Environmental Decision Making Process and the Implementation of the Aarhus Convention: A Comparative Perspective*, Turin (Italy), 4.7.2014; *Fraenkel-Haeberle, Cristina*, *I rimedi alternativi al processo amministrativo fra legalità ed efficienza: l'esperienza tedesca* (Die alternativen Rechtsbehelfe zum Verwaltungsprozess zwischen Legalität und Effektivität: Der deutsche Fall). *Giustizia amministrativa e rimedi alternativi: riflessioni e proposte alla luce del contesto europeo* (Verwaltungsjustiz und alternative Rechtsbehelfe: Überlegungen und Anregungen im europäischen Kontext), Trento (Italia), 10.10.2014; *Stelkens, Ulrich*, *Die Rechtsfolgen von Verstößen gegen vergaberechtliche Vorgaben auf den Vertragsschluss*. *ReNEUAL. Public Contracts in Legal Globalization* (Workshop), Florenz (Italien), 16.05.2014; *Stelkens, Ulrich*, *Model Rules on EU Administrative Procedures – 1st tentative Draft 2013 – Book IV – Contracts*. *ReNEUAL conference: “Administrative Procedural Law in the EU”*, Luxembourg (Luxembourg), 27./28.06.2014; *Stelkens, Ulrich*, *Public Contracts: Law & Governance programme of the Kooijmans Institute for Law and Governance. The Public Private Divide, Public Contracts and Semi-Public Institutions*, Amsterdam (The Netherlands), 19.11.2014.

3.2 Zentrum für verwaltungswissenschaftliche Politikberatung (ZvP)

Das Zentrum für verwaltungswissenschaftliche Politikberatung (ZvP) bündelt seit 2010 die unterschiedlichen Beratungseinheiten und -angebote des FÖV unter einem gemeinsamen Dach. Die unter diesem Dach vereinten Beratungseinheiten widmen sich der Bearbeitung von Forschungsaufträgen und Gutachten aus Verwaltung und Politik.

3.2.1 Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation

Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*
 Referenten: Dr. *Christian Bauer*, M.A.
 Axel Piesker, M.A.
 Dipl.-Volkswirtin *Hanna Willwacher*, M.A.



Das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation (InGFA) wurde 2009 als Beratungseinheit am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung gegründet. Damit wurde dem zunehmenden Bedarf an Folgenabschätzungen von Seiten der öffentlichen Verwaltung Rechnung getragen. In den letzten sechs Jahren hat InGFA unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow eine Vielzahl von Gesetzesfolgenabschätzungen (GFA) und Evaluationen durchgeführt.

Eine GFA dient der qualitativen Verbesserung von Normen, insbesondere deren Transparenz, : Verständlichkeit und Effizienz. Im Idealfall führt dies zu einer Reduzierung des Normenbestandes, einer höheren Akzeptanz gesetzlicher Regelungen und Kosteneinsparungen im öffentlichen und privaten Sektor.

InGFA beurteilt die Folgen und Auswirkungen *umfangreicher* Gesetzgebungsvorhaben oder politischer Maßnahmenpakete prospektiv, begleitend oder retrospektiv. Bei der prospektiven und begleitenden GFA werden Aussagen getroffen, ob die angestrebten Ziele auf dem eingeschlagenen Weg erreicht werden können und ob mit nicht-intendierten Auswirkungen gerechnet werden muss. Auch auf alternative Möglichkeiten zur Zielerreichung wird hingewiesen. Bei der retrospektiven GFA werden bereits ergriffene Maßnahmen oder erlassene Vorschriften anhand von Prüfkriterien (z.B. Zielerreichung, Praktikabilität, Akzeptanz) bewertet und Optimierungsmöglichkeiten erarbeitet.

InGFA verfolgt im Wesentlichen folgende Ziele:

- die Akquise und Durchführung weiterer GFA- und Evaluationsprojekte,
- die Forcierung der Institutionalisierung der GFA,
- die Entwicklung von Serviceelementen sowohl für Mitarbeiter und Abgeordnete der Landtage als auch für private Akteure und
- die wissenschaftliche Weiterentwicklung der GFA.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow (Leiter)	E-Mail: ziekow@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-362
	Dr. Christian Bauer	E-Mail: cbauer@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-375
	Axel Piesker, M.A.	E-Mail: piesker@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-434
	Dipl.-Volkswirtin Hanna Willwacher, M.A.	E-Mail: willwacher@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-370
	Assessor iur. Dieter Katz	bis 15.1.2015

Aktuelle Projekte

1. **Ziekow/Piesker/Willwacher: „Evaluation des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) Rheinland-Pfalz (2. Phase)“**

Laufzeit: 15.2.2015 bis 31.7.2016

Finanzierung: Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz

Am 26. Januar 2011 hat der rheinland-pfälzische Landtag eine Novelle des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) beschlossen. Ziel des Änderungsgesetzes ist die Schaffung eines modernen und effizienten POG, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiterhin gewährleisten zu können. § 100 POG enthält eine erneute Evaluationsverpflichtung, die vorsieht, dass die Landesregierung dem Landtag über die Wirksamkeit bestimmter eingriffsintensiver Maßnahmen berichtet. Hierzu gehören:

- die Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen,
- die Datenerhebung durch den Einsatz technischer Mittel zur Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation,
- Auskunft über die Telekommunikation,
- Auskunft über Nutzungsdaten,
- Datenerhebung durch den Einsatz technischer Mittel in informationstechnischen Systemen,
- Funkzellenabfrage,
- besondere Formen des Datenabgleichs.

Das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation Speyer wurde erneut vom rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur mit der Durchführung der 2. Phase der Evaluation (2015-2016) beauftragt. Der Abschlussbericht wird im Jahr 2016 vorgelegt.

2. **Ziekow/Piesker/Willwacher: „Entwicklung eines Tools zur prospektiven und begleitenden Gesetzesfolgenabschätzung“**

Laufzeit: 15.2.2015 bis 31.12.2015

Finanzierung: Evangelische Landeskirche im Rheinland (EKiR)

Die Landessynode ist innerhalb der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) für die Gesetzgebung und den landeskirchlichen Haushalt zuständig. In den vergangenen Jahren hat sie verschiedene Reformvorhaben auf den Weg gebracht, die mit erheblichen Veränderungen verbunden waren. Bei ihren Reformvorhaben ist es für die EKiR entscheidend, dass die Umsetzung vorgesehener Regelungen und Maßnahmen die Kirchengemeinden nicht überfordert und über Gebühr belastet. Aus diesem Grund benötigt das Landeskirchenamt, das für die Entwicklung und Ausarbeitung von Regelungsvorhaben innerhalb der EKiR zuständig ist, ein Tool, mit dem die Folgen von Regelungsvorhaben systematisch erfasst und abgeschätzt werden können. Damit sollen mögliche Umsetzungsprobleme vor Ort frühzeitig erkannt werden und im Gesetzgebungsverfahren Berücksichtigung finden. Mit der Entwicklung eines passgenauen Tools für die Durchführung von prospektiven und begleitenden Gesetzesfolgenabschätzungen, das speziell auf die kirchliche Gesetzgebung zugeschnitten ist, hat die EKiR daher das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation (InGFA) beauftragt. Die Konzeption erfolgt dabei in enger Abstimmung mit der EKiR auf Grundlage eines konkreten Regelungsvorhabens zur Tariftreue. Der Abschlussbericht wird voraussichtlich im Dezember 2015 vorliegen.

3. **Ziekow/Piesker/Katz/Willwacher: „Evaluation des Rechtsextremismus-Datei-Gesetzes (RED-G)“**

Laufzeit: 1.4.2014 bis 30.6.2015

Finanzierung: Bundesministerium des Innern

Als eine Konsequenz aus der NSU-Mordserie wurde im September 2012 die Rechtsextremismusdatei (RED) in Betrieb genommen. Durch das RED-G werden 36 Sicherheitsbehörden verpflichtet, relevante Informationen zu gewaltbezogenen Rechtsextremisten in der RED zu speichern, so dass jede teilnehmende Behörde unmittelbaren Zugriff auf die Daten erhält. Dadurch soll der Informationsaustausch zwischen den Behörden verbessert und eine effektivere Bekämpfung

des gewaltbezogenen Rechtsextremismus gewährleistet werden. (Hier die Bekanntmachung des BMI).

Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus vom 20. August 2012 sieht eine Evaluierung des RED-G vor dem 31. Januar 2016 unter Einbeziehung wissenschaftlicher Sachverständiger vor. Mit der Durchführung der Evaluation hat das Bundesministerium des Innern (BMI) im Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation beauftragt.

Das Evaluationsvorhaben verfolgt zum einen das Ziel, die Häufigkeit und die Auswirkungen der mit den Datenerhebungen, -verarbeitungen und -nutzungen verbundenen Grundrechtseingriffe im Rahmen der RED zu erfassen. Zum anderen geht es um die Untersuchung der Wirksamkeit der gesetzlichen Regelungen im Hinblick auf die Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus. Hierzu wird u.a. untersucht, welche Veränderungen sich beim Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden durch die Nutzung der RED ergeben haben, inwieweit die Regelungen des RED-G praktikabel sind und wie sich die technisch-organisatorischen Voraussetzungen für die Nutzung der RED darstellen. Die Evaluation verfolgt dabei einen interdisziplinären Ansatz, der aus einer Verknüpfung einer empirisch-sozialwissenschaftlichen mit einer rechtswissenschaftlichen Analyse besteht.

4. Ziekow/Piesker/Katz/Willwacher: „Evaluation von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung“

Laufzeit: 1.11.2013 bis 30.6.2015

Finanzierung: Bundesministerium des Innern

Artikel 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 7. Dezember 2011 sieht vor, dass die Bundesregierung die Anwendung der durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz, das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz und das Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes geschaffenen und geänderten Vorschriften des Bundesverfassungsschutzgesetzes, des MAD-Gesetzes, des BND-Gesetzes und des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes unter Einbeziehung eines oder mehrerer Sachverständigen evaluiert. Besonders zu berücksichtigen sind dabei die Häufigkeit und die Auswirkungen der mit den Eingriffsbefugnissen verbundenen

Grundrechtseingriffe, die zudem in Beziehung zur Wirksamkeit der jeweiligen Regelungen zu setzen sind. Zu den zu evaluierenden Regelungen zählen u.a. die Einholung von Auskünften bei Telekommunikationsdiensteanbietern, Banken und Fluggesellschaften sowie weiteren Unternehmen und der Einsatz des IMSI-Catchers durch die Nachrichtendienste.

Der Abschlussbericht wird im April 2015 vorgelegt.

5. Ziekow/Bauer/Willwacher: „Evaluation und Weiterentwicklung der Administration des EU-Emissionshandels“

Laufzeit: 1.11.2013 bis 31.5.2015

Finanzierung: Umweltbundesamt

Ziel des europäischen Emissionshandelssystems ist es, durch die Begrenzung der europaweiten Emissionsmengen und handelbare Emissionsrechte den Ausstoß schädlicher Treibhausgase zu den gesamtwirtschaftlich niedrigsten Kosten zu reduzieren. Inzwischen befindet sich das europäische Emissionshandelssystem in der dritten Handelsperiode (2013-2020). Diese zeichnet sich durch eine stärkere Zentralisierung aus. Die Mitwirkungs- und Entscheidungsbefugnisse der EU-Kommission wurden bedeutend erweitert, so dass sich die Vollzugsbehörden der Mitgliedstaaten bei vielen Vollzugsaufgaben mit der EU-Kommission koordinieren oder ihre Zustimmung einholen müssen.

Ziel des Projektes ist es, Vollzugsprobleme zu identifizieren und zu analysieren, die sich im Rahmen der dritten Handelsperiode ergeben haben und einem effektiven, effizienten und EU-weit einheitlichem Vollzug entgegenstehen. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere Probleme, die sich aus der neuen Aufgabenteilung zwischen EU-Kommission und nationalen Vollzugsbehörden ergeben. Darüber hinaus sollen Handlungsoptionen aufgezeigt werden, die zu einer Verbesserung der Effektivität, Effizienz und Einheitlichkeit des Vollzugs führen können.

Das Forschungsvorhaben wird in Kooperation mit dem Öko-Institut durchgeführt. Der Abschlussbericht wird im Mai 2015 vorgelegt.

Weiterführende Informationen zu InGFA finden Sie unter www.ingfa-speyer.de.

Veröffentlichungen und Vorträge von InGFA 2014:

Konzendorf, Gottfried/Piesker, Axel/Reiter, Renate, Evaluation in der öffentlichen Verwaltung, in: Böttcher, Wolfgang/Kerlen, Christiane/Maats, Peter/Schwab, Oliver/Sheikh, Sonja (Hrsg.), Evaluation in Deutschland und Österreich, Münster 2014, S. 17–21; *Piesker, Axel*, Gesetzesevaluationen in einer legalistischen Verwaltungskultur, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur, Baden-Baden 2014, S. 143–170; *Piesker, Axel*, „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser?“ – Gesetzesevaluationen im Politikfeld Innere Sicherheit, in: Zeitschrift der Koreanisch-Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaften, Bd. 24 (2014), S. 57–110; *Ziekow, Jan/Bauer, Christian/Willwacher, Hanna/Keimeyer, Friedhelm/Graichen, Verena*, Harmonisierungsbedarf im Rahmen der Administration des EU-Emissionshandels als System der Mehrebenenverwaltung (Endbericht), Speyer, 2014; *Ziekow, Jan/Bauer, Christian/Willwacher, Hanna/Keimeyer, Friedhelm/Graichen, Verena*, Harmonisierungsbedarf im Rahmen der Administration des EU-Emissionshandels als System der Mehrebenenverwaltung (Zwischenbericht), Speyer, 2014; *Ziekow, Jan/Piesker, Axel/Salm, Marco/Sicko, Corinna*, Neue Serviceangebote für Dienstleister, Schriften zur Evaluationsforschung, Bd. 4, Baden-Baden 2014.

Willwacher, Hanna, Von Klimaschutz bis Terrorismusbekämpfung – Gesetzesfolgenabschätzung in der Praxis. Praktikervortrag, Bonn, 23.06.2014; *Ziekow, Jan/Piesker, Axel*, Grundlagen der Gesetzesfolgenabschätzung (GFA). Sitzung der Direktoren-Arbeitsgruppe "Qualitative Gesetzgebung – Gesetzesfolgenabschätzung", Mainz, 10./11.03.2014.

3.2.2 Zentrum für Verwaltungskommunikation

Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen wünschen sich, dass der Sprachstil der öffentlichen Verwaltung allgemein verständlich und juristisch präzise zugleich ist. Das Zentrum für Verwaltungskommunikation unterstützt Behörden dabei, dieses Ziel zu erreichen: Mit Partnern auf allen Ebenen der Verwaltung verwirklicht es Projekte zur adressatengerechten Gestaltung einer zeitgemäßen und bürgernahen Verwaltungssprache.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch (Leiter)	E-Mail: fisch@foev-speyer.de
	Burkhard Margies, M.A.	E-Mail: margies@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-397
	Tyko Dirksmeyer, M.A.	E-Mail: dirksmeyer@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-396
	Assessor René Kubach	E-Mail: kubach@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-396

1. **Fisch, R./Margies: „Optimierung von Bescheiden und Informationsschreiben der Deutschen Rentenversicherung“**

Laufzeit: 1.4.2008 bis 30.11.2015

Finanzierung: Deutsche Rentenversicherung Bund

Ziel dieses Projekts ist, die Kundenorientierung der Deutschen Rentenversicherung auch im Sprachstil ihrer Bescheide und Informationsschreiben erkennbar zu machen. Die Beschäftigten der Deutschen

Rentenversicherung lernen, allgemein verständliche Texte zu verfassen, die gleichzeitig verlässliche Information bieten und rechtlicher Überprüfung standhalten können. Es wird ein kommunikatives Gesamtkonzept für die Deutsche Rentenversicherung entwickelt, das einen einheitlichen Stil sowie einheitliche Standards für Inhalt, Sprache, Struktur und Gestaltung von Bescheiden und Informationsschreiben festgelegt.

Wesentlich für das Projekt ist die aktive und weitreichende Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung. Dadurch sollen einerseits mögliche Vorbehalte gegen die Veränderung des lange geübten Sprachstils vermindert werden, andererseits sollen die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Kontakt mit Versicherten und anderen Adressaten für das neue Kommunikationskonzept nutzbar gemacht werden.

Im Rahmen des Projekts wird die auf Textbausteinen basierende Massenkommunikation nach dem neuen Kommunikationskonzept überarbeitet. Die Wirkung der veränderten Texte auf die Adressaten wird laufend empirisch überprüft. Das neue Kommunikationskonzept wird in die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten integriert.

2. Fisch, R./Margies/Kubach: „TOP 100 – Dienstleistungen klar und verständlich beschrieben“

Laufzeit: 1.11.2014 bis 30.4.2016

Finanzierung: Senatskanzlei Berlin

Das Zentrum für Verwaltungskommunikation des FÖV entwickelt gemeinsam mit Beschäftigten des Landes Berlin verständliche und rechtssichere Beschreibungen für 100 Verwaltungsleistungen des Landes Berlin. Verfahrensabläufe sollen transparent dargestellt werden, um Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung zu erleichtern.

Das Projekt ist eine Fortsetzung des Projektes „Qualitätssicherung der für das Bürgertelefon 115 relevantesten Dienstleistungsbeschreibungen im Service-Portal des Landes Berlin“ (siehe unten). Zur Überarbeitung wurden diesmal 100 Dienstleistungen ausgewählt, die online im Service-Portal des Landes Berlin besonders häufig abgefragt werden: vom Antrag auf Ausstellung eines Personalausweises bis zur Einschulungsuntersuchung, von der Anmeldung einer Wohnung bis

zur Aufenthaltsgenehmigung zur Studienvorbereitung. Durch verständlichere Beschreibungen dieser Dienstleistungen erwarten sich die Auftraggeber unter anderem

- mehr richtig und vollständig ausgefüllte Anträge,
- höhere Akzeptanz des Verwaltungshandelns,
- weniger Rückfragen, weniger Beschwerden.

Wie bereits im Vorgängerprojekt sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Landesverwaltung in das Projekt eingebunden, zu deren Aufgaben die Beschreibung der Verwaltungsleistungen gehört. Sie wurden von Mitarbeitern des FÖV in Fortbildungen und Schreib-Workshops geschult, Texte zu verfassen, die allgemein verständlich, bürgerfreundlich und zugleich rechtssicher sind. Die neuen Leistungsbeschreibungen entstehen nun in enger Abstimmung zwischen dem FÖV und den Beschäftigten des Landes Berlin. So kann im Berliner Service-Portal ein allgemein verständlicher Sprachstil dauerhaft etabliert werden.

Abgeschlossene Projekte

3. Ziekow/Margies/Kubach: „Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes“

Laufzeit: 7.8.2012 bis 28.2.2014

Finanzierung: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz

Ein Gesetz in allgemein verständlicher Sprache schreiben – diese Aufgabe stellte das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (MIFKJF) dem Zentrum für Verwaltungskommunikation. Das Landesgleichstellungsgesetz Rheinland-Pfalz (LGG) soll novelliert werden, um die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst besser zu fördern. Außerdem soll das neue Gesetz so geschrieben sein, dass auch Gleichstellungsbeauftragte ohne juristische Ausbildung es verstehen und für ihre tägliche Arbeit nutzen können.

Ein Projektteam aus Vertretern des Ministeriums und Speyerer Beratern setzte die verschiedenen politischen Ziele in gesetzliche Regelungen um. Das Zentrum für Verwaltungskommunikation überprüfte

die einzelnen Vorgaben auf rechtliche Machbarkeit; bei Bedarf schlug es alternative Lösungen vor. Es formulierte einen rechtsförmlichen Gesetzestext in zeitgemäßer und allgemein verständlicher Sprache, der verschiedene Interessen rechtlich und sprachlich zum Ausgleich bringt. Außerdem unterstützten die Speyerer das Ministerium bei der Formulierung der Begründung zum Novellierungsentwurf. Auf der Grundlage des Novellierungsentwurfs wird derzeit das Gesetzgebungsverfahren vorbereitet.

4. Fisch, R./Dirksmeyer/Kubach: „Modernisierung von Bescheiden und Informationsschreiben des Landkreises Starnberg“

Laufzeit: 7.5.2012 bis 31.5.2014

Finanzierung: Landratsamt Starnberg

Kann man jemanden freundlich zum „Idiotentest“ einladen? Wie muss das Formular aussehen, mit dem die Eingliederungshilfe von den Betroffenen selbst erfolgreich beantragt werden kann? Wie kann ein Hinweisblatt so gestaltet werden, dass sich Eltern in den komplizierten Regelungen zum Kindesunterhalt auch ohne Jurastudium zuverlässig orientieren können?

Mit Fragen dieser Art hat sich das Landratsamt Starnberg an das Zentrum für Verwaltungskommunikation gewandt. Ausgehend von „Werkstatt-Seminaren“ haben die Speyerer Berater zusammen mit Beschäftigten des Landratsamts Texte identifiziert, die in der täglichen Verwaltungspraxis vor Ort als schwierig oder problematisch wahrgenommen werden, und entwickeln in gemischten Redaktionsgruppen gemeinsam verständlichere und rechtssichere Neufassungen. Die neuen Texte können dann zur Orientierung für die Formulierung weiterer Schriftstücke des Landkreises Starnberg dienen. So wird der neuentwickelte Sprachstil Teil der Corporate Identity, und die Beschäftigten

tragen ihn auch über die Grenzen der bisher betrachteten Fachbereiche Bürgerservice, Sozialwesen, Familie, Jugend und Sport hinaus.

5. Fisch, R./Margies/Kubach: „Qualitätssicherung der für das Bürgertelefon 115 relevantesten Dienstleistungsbeschreibungen im Service-Portal des Landes Berlin“

Laufzeit: 1.3.2014 bis 31.7.2014

Finanzierung: Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin

Das Zentrum für Verwaltungskommunikation hat Beschreibungen von Verwaltungsdienstleistungen für das Service-Portal des Landes Berlin überarbeitet. Es sind Beschreibungen entstanden, die nicht nur rechtssicher, sondern auch allgemein verständlich sind. Im Service-Portal können sich Berlinerinnen und Berliner über die Dienstleistungen der Verwaltung informieren, zum Beispiel um Behördengänge vorzubereiten. Die Texte verwendet auch das Bürgertelefon 115.

Zur Überarbeitung wurden die Beschreibungen von 25 Dienstleistungen ausgewählt, zu denen besonders oft Rückfragen beim Bürgertelefon gestellt werden: vom Bewohner-Parkausweis bis zur straßenrechtlichen Sondernutzungs-Erlaubnis für Baustellen, von der Namensänderung bis zum Steuer-Freibetrag für Kinder über 18 Jahren. Dank bürgernaher und höflicher Sprache sind die neuen Texte leichter verständlich, ohne an Rechtssicherheit verloren zu haben.

In das Projekt eingebunden waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Landesverwaltung, die Dienstleistungsbeschreibungen für das Service-Portal verfassen. In einer Fortbildungsveranstaltung trainierten sie ihr Sprachbewusstsein. Beim Verfassen verständlicher Texte unterstützt sie künftig ein speziell auf die Bedürfnisse des Service-Portals abgestimmter Leitfaden. Diese begleitenden Maßnahmen helfen, den neuen Sprachstil im Berliner Service-Portal zu erhalten.

Veröffentlichungen und Vorträge 2014:

Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard (Hrsg.), *Bessere Verwaltungssprache*, Berlin 2014; *Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard*, Was tun? Wege zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Arbeit an einer besseren Verwaltungssprache, in: *Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard* (Hrsg.), *Bessere Verwaltungssprache*, Berlin 2014, S. 225–244; *Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard*, Wozu eine bessere Verwaltungssprache?, in: *Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard* (Hrsg.), *Bessere*

Verwaltungssprache, Berlin 2014, S. 9–16; *Margies, Burkhard/Fisch, Rudolf*, Kooperative Ansätze für die Entwicklung einer guten Verwaltungssprache, in: *Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard* (Hrsg.), *Bessere Verwaltungssprache*, Berlin 2014, S. 213–224; *Margies, Burkhard*, Merkmale der Behördensprache und Möglichkeiten der Veränderung, in: *RP Report*, Bd. 40 (2014), S. 31–35.

Margies, Burkhard/Kubach, René, Dienstleistungen klar und verständlich beschreiben – Informationen für Führungskräfte, Berlin, 22.10.2014.

3.2.3 Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung

Das Verhältnis zwischen staatlichen Institutionen und Bürgern befindet sich seit längerem in einem Wandel, der in zahlreichen Staaten zu einer verstärkten Einbeziehung von Bürgern in staatliche und kommunale Entscheidungsprozesse geführt hat. In Deutschland haben die Geschehnisse um den Stuttgarter Hauptbahnhof einen zusätzlichen Impuls gesetzt, wengleich die wissenschaftliche und politische Diskussion schon weit zurückgreift. Das FÖV verfügt seit Jahrzehnten über eine breite wissenschaftliche und praktische Expertise in vielen Bereichen, die derzeit unter dem Begriff „Bürgerbeteiligung“ zusammengefasst werden. Genannt seien nur die Bereiche repräsentative Demokratie und Partizipation, formelle und informelle Bürgerbeteiligung in staatlichen Entscheidungsverfahren, Mediation, e-participation und -democracy, Bürgerhaushalte und Bürgerpanel. Das Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung hat es sich zum Ziel gesetzt, diese multidisziplinären Kompetenzen zu bündeln, methodisch weiterzuentwickeln und innovative Lösungen für die Praxis anbieten zu können.

Das Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung verbindet in einzigartiger Weise die beiden Schwerpunkte der Arbeit des FÖV, Forschung über die Verwaltung auf der einen Seite und praktischen Wissenstransfer auf der anderen Seite. Beispielhaft ist hier die Arbeit der beiden Mitglieder *Jan Ziekow*, Leiter des Kompetenzzentrums, und *Oscar W. Gabriel* (zusammen mit *Christoph Ewen*) zum „Runden Tisch“ Pumpspeicherwerk Atdorf, wo praktische Beteiligungserfahrungen mit empirischer und juristischer Forschung verbunden werden. Empirische Forschung mit praktischer Beteiligung verbindet auch das von *Helmut Klages* geleitete Bürgerpanelprojekt. Das am FÖV mit vier mittelgroßen Pilotkommunen (Arnsberg, Herford, Speyer und Viernheim) entwickelte Bürgerpanel wird inzwischen seit über 10 Jahren in vielen Kommunen eingesetzt. Das Konzept, das auf repräsentativen Befragungen beruht, und diese mit offenen Beteiligungsmöglichkeiten sowie einer fest eingebundenen Bürgergruppe (Panel) verbindet, wurde inzwischen sowohl in kleinen Gemeinden, wie der Verbandsgemeinde Offenbach a.d. Queich, aber

auch in Großstädten wie Leipzig und Hannover erfolgreich eingesetzt worden. In Hannover konnte erstmals ein repräsentatives Online-Panel aufgebaut werden. Als eine Art „Nebeneffekt“ werden laufend aktuelle Daten, die inzwischen in fünf Speyerer Forschungsberichte eingeflossen sind. Aktuell sind zwei weitere Forschungsberichte in Arbeit, die die kommunale Daseinsvorsorge im Bereich Kultur sowie die Stand der Demokratie und Bürgerbeteiligung in den Kommunen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger beleuchten. *Helmut Klages* gehört darüber hinaus zu den Initiatoren der bundesweit beispielgebenden Heidelberger Beteiligungssatzung.

Theoretische und praktische Aspekte der Bürgerbeteiligung sind auch ein Schwerpunkt der Arbeiten von *H. Hill* wie man z.B. an der von ihm zusammen mit *D. Engels*, Präsidenten des Bundesrechnungshofes herausgegebenen Reihe „Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen“ erkennen kann. Nicht nur der Band mit dem Titel „Bürgerbeteiligung“, auch viele andere Bände der Reihe versammeln aktuelle Analysen und praktische Beispiele zum Thema Bürgerbeteiligung. Zusammen mit *M. Martini* und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz Rheinland-Pfalz leitete *H. Hill* im Jahr 2013 die Tagung „2. Speyerer Forum zur digitalen Lebenswelt: Transparenz, Kooperation, Partizipation. Die digitale Verwaltung neu denken“. *M. Martini* und *H. Hill* leiten (zusammen mit *M. Morner* und *B. Wirtz*) den interdisziplinären Forschungsverbund »Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen einer Collaborative Governance im 21. Jahrhundert«. Auch *K. Masser* beschäftigt sich seit langem mit dem Thema E-Partizipation, speziell im Zusammenhang mit kommunalen Bürgerhaushalten. Er bearbeitet darüber hinaus zusammen mit *T. Ritter* das von *J. Ziekow* geleitete Forschungsprojekt „Evaluation der Kommentarfunktion des Beteiligungsportals des Landes Baden-Württemberg“, bei dem es um die Möglichkeit der Online-Partizipation (Online-Konsultation) von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Gesetzesentwürfen geht.

Jan Ziekow ist nicht erst seit seinem Gutachten (Teil D) zum 69. Deutschen Juristentag zum Thema „Neue Formen der Bürgerbeteiligung? Planung und Zulassung von Projekten in der parlamentarischen Demokratie“ bundesweit bekannt. So gehörte er auch zu den Sachverständigen einer Anhörung des Innenausschusses des Bundestages zum Thema „Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Planung von Großvorhaben“ am 18. Februar 2013 und gehört der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ des Landtages Rheinland-Pfalz an. Er leitet weiterhin das aktuelle Projekt „Evaluation Verwaltungsvorschrift „Öffentlichkeitsbeteiligung“ Baden-Württemberg“.

Vervollständigt wird das Kompetenzzentrum durch die Schweizer Juristen *Nadja Braun Binder*, die sich u.a. mit den „Politischen Rechten“ in der Schweiz, dem Thema „e-voting“ und „Direkte Demokratie“ beschäftigt hat.

Die staatliche Ebene (Gesetzgebung wie auch der Gesetzesvollzug auf der Ebene der Mittelbehörden) steht, wie zu sehen ist, ebenso im Focus der Arbeiten am Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung wie die Kommunen mit ihren vielfältigen Beteiligungsinitiativen.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages (Leiter)	E-Mail: klages@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-252
	Dr. Kai Masser, M.A., Mag.rer.publ.	E-Mail: kmasser@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-302
	Ingo Hamann, M.A.	E-Mail: hamann@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-383
	Tobias Ritter, M.A., Mag.rer.publ.	bis 30.09.2014

1. Klages: „Regionales Bürgermonitoring in der Metropolregion Rhein-Neckar“

Laufzeit: 1.6.2007 bis 31.12.2015

Finanzierung: Forschungsinstitut und Metropolregion Rhein-Neckar GmbH

Dieses Projekt integriert Bürgerbefragungen als Beteiligungsverfahren, die repräsentative Ergebnisse liefern und gleichzeitig alle interessierten Bürger an den Befragungen teilnehmen lässt. In Kooperation mit der Metropolregion Rhein-Neckar wird hierzu überregional alle zwei Jahre ein Bürgermonitoring durchgeführt. Das Projekt verfolgt das

Ziel, die bisherige Lücke der auf Beteiligung angelegten Regionalentwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar zu schließen und nach der Einbindung funktionaler Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden nun auch die Bürger aktiv einzubinden und deren Potenziale zu erschließen.

Inhaltlich strukturiert sich das Bürgermonitoring in zwei Bereiche: Erstens die Wahrnehmung und Kenntnis der Region und die Identifikationsmuster in der Region und zweitens der Bewertung der zentralen Arbeitsfelder der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung durch die Bürger. Die Ergebnisse des Bürgermonitoring bilden die Grundlage für Maßnahmen des Regionalmarketing und beteiligen Bürger somit an der Gestaltung der Metropolregion. Die Ergebnisse fließen somit unmittelbar in die Praxis der Regionalsteuerung ein und werden zu diesem Zweck zielbezogen ausgewertet und aufbereitet. Das Projekt leistet für andere Metropolregionen eine wichtige Vorreiterfunktion, indem es das Beteiligungsmodell in der Praxis anwendet und Erfahrungen bezügl. Vorgehen und inhaltlichen Schwerpunkten zur Verfügung stellt.

2. Klages/Masser: „Realisationsbedingungen lokaler Bürgerpanels als Instrument und Motor der Bürgerbeteiligung Phase IV: Erprobung der Tauglichkeit des „Speyerer Bürgerpanelkonzepts“ als Element beteiligungsintensiver Demokratie auf der lokalen Ebene – Eine konfliktausgleichende Alternative zu Bürgerbegehren und -entscheid“

Laufzeit: 1.7.2008 bis 31.5.2015

Finanzierung: Beteiligte Projektkommunen

Empirische Forschung mit praktischer Bürgerbeteiligung verbindet das von *Helmut Klages* geleitete Bürgerpanelprojekt (BP). Das am FÖV entwickelte BP wird seit über 10 Jahren in Kommunen eingesetzt. Das mit vier mittelgroßen Pilotstädten (Arnsberg, Herford, Speyer und Viernheim) entwickelte Konzept, das auf repräsentativen Befragungen beruht und diese mit offenen Beteiligungsmöglichkeiten sowie einer fest eingebundenen Bürgergruppe (Panel) verbindet, wurde inzwischen sowohl in kleinen Gemeinden wie der Verbandsgemeinde Offenbach a.d. Queich, aber auch in Großstädten wie Leipzig und Hannover erfolgreich eingesetzt. Mit Hannover konnte erstmals ein

repräsentatives Online-Panel aufgebaut werden. 2014 wurden Bürgerpanels in den Kommunen Gießen, Kirchheim unter Teck und Walldorf durchgeführt. Als eine Art „Nebeneffekt“ werden im BP laufend aktuelle Daten gewonnen, die in fünf Speyerer Forschungsberichte sowie weitere Monografien und Aufsätze eingeflossen sind. Aktuell sind zwei weitere Forschungsberichte in Arbeit, die die kommunale Daseinsvorsorge im Bereich Kultur sowie die Stand der Demokratie und Bürgerbeteiligung in den Kommunen empirisch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger beleuchten. Die Basis bilden jeweils Daten aus vier und mehr Kommunen.

Kurzbeschreibung des BP unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.15642/>

Online-Bürger-Panel Hannover:

<http://www.innovativeverwaltung.de/Thema/209/8216/Hannoverbaut-Buerger-Panel-fuer-Online-Befragungen-auf.html>

Speyerer Forschungsberichte 255, 261, 265, 268, 273,

download: http://www.foev-speyer.de/publikationen/pubdb.asp?reihen_id=1

3. Ziekow/Masser/Ritter: „Evaluation des Kommentieren-Bereichs des Beteiligungsportals (BP) des Landes Baden-Württemberg“

Laufzeit: 1.10.2013 bis 31.3.2015

Finanzierung: Staatsministerium Baden-Württemberg

Die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg haben seit Anfang März 2013 auf dem Beteiligungsportal (BP) (beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de) die Möglichkeit, Kommentare zu Gesetzesentwürfen der Landesregierung zu verfassen. Es obliegt den betroffenen Ressorts, wie sie mit den eingehenden Kommentaren umgehen.

Im Rahmen der Evaluation des Kommentieren-Bereichs des BP ist eine Kosten-/Nutzenanalyse für die Ressorts das zentrale Element. Weitere wichtige Fragestellungen sind, wie der Dialog zwischen Bürgern (Kommentare) und Stellungnahmen sowie eine eventuelle „Verbesserung“ der Gesetzesentwürfe im politischen Raum bewertet werden und wie die Kommentatoren die Möglichkeit, Kommentare abzugeben einschätzen und im Folgenden die Stellungnahme bewerten.

Das vorgesehene Evaluationsvorhaben gliedert sich in drei deutlich voneinander unterscheidbare Teilbestandteile, eine Kosten-Nutzen-

Analyse (KNA) für die beteiligten Ressorts, eine Wirkungsanalyse bezüglich des BP, allgemein und bei den Kommentatorinnen und Kommentatoren sowie der Aufbau eines Monitoringsystems.

Die Erhebungen zum Entwurf eines Umweltverwaltungsgesetzes für Baden-Württemberg, zu dem bis zum 31. Januar 2014 Kommentare abgegeben werden konnte, laufen derzeit ebenso wie die Erhebungen zum Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, das bis zum 16. Mai 2014 kommentiert werden konnte.

4. Ziekow/Masser/Hamann: „Evaluation der Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung“

Laufzeit: 1.5.2014 bis 30.4.2017

Finanzierung: Staatsministerium Baden-Württemberg

Am 27. Februar 2014 ist die von der Landesregierung erlassene Verwaltungsvorschrift zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung) in Kraft getreten. Im Rahmen des Projekts „Planungsleitfaden Bürgerbeteiligung“ hat das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) 2013 bereits die (möglichen) Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift (VwV) Öffentlichkeitsbeteiligung und dem dazugehörigen Planungsleitfaden auf die Arbeitsbelastung der Regierungspräsidien (RP) in Baden-Württemberg ermittelt. Um die Auswirkungen der VwV Öffentlichkeitsbeteiligung nach deren Inkrafttreten noch präziser bestimmen zu können, wurde das FÖV vom Staatsministerium Baden-Württemberg mit dem über drei Jahre laufenden Projekt beauftragt.

Die Evaluation soll als begleitendes Monitoring mit Inkrafttreten der VwV durchgeführt werden. Alle (potentiell) relevanten Vorhaben sollen ab dem ersten „Bekanntwerden“ („aktenmäßige“ Erfassung) erfasst und in ihrem Verlauf (chronologisch) dokumentiert werden. Zeitlich unterschieden werden müssen drei Phasen (Standardablaufmodell): Vor Beginn des förmlichen Verfahrens, nach Einleitung des förmlichen Verfahrens und nach Abschluss des förmlichen Verfahrens (z.B. bei Anfechtung von Entscheidungen). Die notwendigen Datenerhebungen sollen so weit als möglich durch elektronische Eingabemaschinen und Ankreuzlisten (z.B. Excel) erfolgen. Im Rahmen der Evaluation werden quantitative (z.B. Eigenerfassungen der Behörden in Vorha-

bendokumentationen) und qualitative Erhebungen (z.B. leitfadengestützte Interviews, Case-Studies) sowie Fokusgruppengespräche (mit Betroffenen, Teilnehmern von Beteiligungs-Scopings, Verbänden etc.) durchgeführt.

Veröffentlichungen und Vorträge 2014:

Hogan, K./Möser, A./Masser, Kai, Praxisbeispiel: Online-gestütztes Bürgerpanel in Hannover – 2.850 dauerhaft Beteiligte, in: Ley, Astrid (Hrsg.), Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, 2. neu bearb. Aufl., 2014; *Klages, Helmut/Masser, Kai*, Das Speyerer Bürgerpanel, in: Ley, Astrid (Hrsg.), Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, 2. neu bearb. Aufl., 2014; *Masser, Kai*, Demokratische Bürgerbeteiligung durch Losverfahren. Bürgerpanels als Instrument gegen Politikverdrossenheit?, in: Hill, Hermann (Hrsg.), E-Transformation, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 28, Baden-Baden 2014, S. 109–122; *Masser, Kai/Boje*, Praxisbeispiel Gießen, in: Ley, Astrid (Hrsg.), Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, 2. neu bearb. Aufl., 2014; *Masser, Kai/Möser, A.*, Bürger-Panel Hannover, Beitrag Tagungsband 2. Speyerer Forum zur digitalen Lebenswelt, in: Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Transparenz, Partizipation, Kollaboration, Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 27, 1. Aufl., Baden-Baden 2014; *Ziekow, Jan*, Der Bürger und die legalistische Verwaltungskultur: Zwischen Gesetzesbindung und Sprachlosigkeit, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur, Baden-Baden 2014, S. 105–118; *Ziekow, Jan/Ewen, Christoph/Barth, Regina/Schütte, Silvia*, Neuartiger Öffentlichkeitsdialog in Verfahren mit Umweltprüfung am Beispiel bestimmter Vorhabentypen/Vorhabeneigenschaften Leitfäden für Behörden und rechtliche Verankerung, Berlin 2014; *Ziekow, Jan/Masser, Kai/Ritter, Tobias*, Erweiterte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten in Baden-Württemberg – Abschätzung der Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift „Bürgerdialog“ und des „Leitfadens für eine neue Planungskultur“ der Landesregierung, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 275, Speyer 2014.

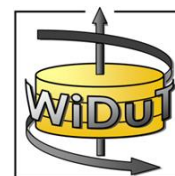
Masser, Kai, Abschied von der autogerechten Stadt – Sanierung der Hochstraße (B44) in Ludwigshafen. Mehr Bürgerbeteiligung – Risiko oder Chance für die repräsentative Demokratie?, Trier, 13.11.2014; *Masser, Kai/Mory, Linda*, Citizens' participation, Open Government and Web2.0 – The Recent Business Cycle Upswing of a long-term Trend. Innovation in Multiple Systems (Annual Conference), Bloomington (USA), 22.-25.06.2014; *Ziekow, Jan*, Bürgerbeteiligung – Reformideen für das Bundesrecht. Mehr Bürgerbeteiligung im Planungswesen, Berlin, 17.02.2014; *Ziekow, Jan*, Alle Macht dem Wutbürger? Überlegungen zur Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großvorhaben, Wiesbaden, 06.05.2014; *Ziekow, Jan*, Transparenz und direkte Demokratie. Demokratiekonferenz, Aarau (Schweiz), 05.06.2014; *Ziekow, Jan*, Exekutive Entscheidungen und Partizipation: Verbesserung der Steuerungsfähigkeit des Staates und der Legitimität staatlichen Handelns? Das Ende des repräsentativen Staates?, Berlin, 12.07.2014; *Ziekow, Jan*, Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten – ein Wandel der Verantwortlichkeiten? Wirtschaftskongress 2014, Düsseldorf, 18.09.2014.

3.2.4 Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)

WiDuT: Ihr Partner für Verwaltungsmodernisierung

Wiss. Leitung: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*

Referentin: *Sarah Schmitt*, M.A., Mag.rer.publ.
Dipl. Betriebswirtin (FH) *Alexandra Lessau*



WiDuT ist eine Serviceeinheit des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) am Kompetenzcenter für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Aufgrund der engen Verzahnung mit der Institutsforschung und der Nähe zur Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer profitieren unsere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner beim Bund und den Ländern stets von neuesten Erkenntnissen der Forschung.

Wir verstehen uns als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis. Unter diesem Verständnis transferieren wir exzellente Forschungsergebnisse in die öffentliche Verwaltung und übermitteln die Anliegen unserer AnsprechpartnerInnen an die Forschung. Für die Verwaltungsmodernisierung relevante Inhalte bereiten wir interaktiv und schnell erfassbar auf und stehen über verschiedene Formate in direktem Dialog mit unserer Zielgruppe.

In regelmäßigen Abständen bündeln wir alle wichtigen Informationen zu Aktivitäten der Verwaltungsmodernisierung beim Bund und in den Ländern und bereiten diese in einer vergleichbaren und transparenten Form auf.

Wir stehen in engem Kontakt mit zentralen Einrichtungen der Verwaltungsmodernisierung wie beispielsweise dem AK VI des Unterausschusses für Allgemeine Verwaltung der Innenministerkonferenz sowie den Verwaltungsmodernisierungsreferaten auf Bundes- und Landesebene. Dabei können die Beteiligten die Kommunikationsmittel frei wählen – von der Tagung vor Ort bis hin zum Einsatz eines Wikis oder Blogs oder der Einrichtung einer Webkonferenz. Alles ist möglich.

Wir zeichnen uns durch eine interdisziplinäre Zusammensetzung aus. Auf diese Weise werden Arbeitsergebnisse durch die Betrachtung aus verschiedenen Perspektiven bereichert und der Blick über den eigenen Tellerrand gefördert.

	Name	Kontaktdaten
	Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill (Leiter)	E-Mail: hill@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-328
	Dipl.-Betriebswirtin (FH) Alexandra Lessau	E-Mail: lessau@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-393
	Sarah Schmitt, M.A., Mag.rer.publ.	E-Mail: sschmitt@foev-speyer.de Tel.: 06232/654-394

Unsere Highlights in 2014/2015

WiDuT-Webseite:

Neben der traditionellen Dokumentation hat WiDuT damit begonnen, Themen zur Verwaltungsmodernisierung auch im Netz transparent, interaktiv, aktuell und auffindbar zusammenzustellen. Im Sinne einer verstärkten Nutzerfreundlichkeit wurde die Webseite komplett überarbeitet, umfassend aktualisiert und um neue Serviceangebote ergänzt. So finden Sie auf unseren Seiten ab sofort:

- alle WiDuT-Dokumentationen,
- alle WiDuT-Umfragen,
- eine Übersicht über die Dienstleistungsportale der Länder und des Bundes,
- eine Übersicht der Open Data-Plattformen,
- Gesetze mit Bezug zur Verwaltungsmodernisierung,
- interaktive Themenkarten zur Verwaltungsmodernisierung sowie
- die WiDuT-*in*Frage-Reihe: arbeitsraumVERWALTUNG

und vieles mehr.

@ www.foev-speyer.de/widut

WiDuT-inFrage-Reihe: arbeitsraumVERWALTUNG

Unter dem Titel arbeitsraumVERWALTUNG wird WiDuT in diesem Jahr verschiedene Kurzumfragen mit den Schwerpunkten Organisation und Personal durchführen.

Das Ziel dabei ist es, im Dialog mit den Interessierten der Verwaltungsmodernisierung Veränderungen in der Arbeitswelt in der öffentlichen Verwaltung aufzuspüren, Debatten anzustoßen und Visionen zu entwerfen, um eine Kartografie zukünftiger Arbeitslandschaften zu entwerfen.

Jeweils ein konkretes Beispiel aus der öffentlichen Verwaltung oder der Privatwirtschaft wird die Basis für eine *inFrage* bilden. Diese Beispiele verdeutlichen einige Entwicklungen der Arbeitskultur und Arbeitsorganisation, die Sie dann in regelmäßigen Abständen auf unserer Webseite bewerten sollen.

Begleitet wird jede Meinungsumfrage mit einem zum Thema aufbereiteten Sondernewsletter. Am Ende des Jahres wird es eine Zusammenfassung aller Meinungsumfragen geben.

@ www.foev-speyer.de/widut/inhalte/44_arbeitsraumVerwaltung.asp

Interaktive WiDuT-Themenkarten

WiDuT hat mit den Themenkarten einen weiteren neuen Service gestartet. Mit Hilfe der Karten werden verschiedene Themen der Verwaltungsmodernisierung visuell und interaktiv aufbereitet. Bereits jetzt stehen dem Webbesucher folgende Karten zur Verfügung:

- Open Data-Portale
- eGovernment-CIOs
- eGovernment-Gesetze
- Die Landesbeauftragten für Datenschutz

Weitere Karten werden in Kürze folgen.

@ www.foev-speyer.de/widut/inhalte/37_Themenkarten_Uebersicht.asp



WiDuT-Newsletters inForm zeigt sich im modernen Gewand und mit neuen Inhalten

Auch der Newsletter *inForm* hat sich sowohl optisch als auch inhaltlich verändert.

Unter anderem gibt es die neue Rubrik „Für Sie gelesen“. Hier werden Aufsätze oder Bücher rund um die Verwaltungsmodernisierung vorgestellt und von der Redaktion bewertet.



Inhaltliche Schwerpunkte der vergangenen Newsletterausgaben bildeten u.a. die Themen:

- Wissensmanagement
- E-Government
- Nudge
- Datenschutz

@ http://foev-speyer.de/widut/inhalte/19_inform.asp

WiDuT-Portal (Wiki)

Auch das WiDuT-Portal hat eine umfassende Aktualisierung erfahren. So wurden mehrere neue Rubriken aufgenommen und bestehende Inhalte neu gegliedert. Die neue Struktur umfasst nun folgende Punkte:

inSight: Hier werden kurze Zusammenfassungen aktueller Themen der Verwaltungsmodernisierung, wissenschaftlicher Studien oder Ereignissen veröffentlicht.

inKontakt: In dieser Rubrik erscheinen die Kontaktdaten aller WiDuT-AnsprechpartnerInnen und Mitglieder des UA AV des AK VI der IMK.

inFührung: *inFührung* listet die Ergebnisse der WiDuT-Umfragen der Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter bei Bund und Ländern der letzten Jahre auf.

inAktion: Diese Rubrik umfasst aktuelle sowie vergangene WiDuT-Dokumentationen und Tagungsberichte (2009-2014).

inHalt: Hier erhalten die NutzerInnen Literaturempfehlungen zu aktuellen Themen. Zudem werden Experten und Best-Practice-Beispiele benannt.

@ www.foev-speyer.de/widut/25_Wiki.asp

WiDuT-Dokumentationen „Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund“

In enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz entsteht die aktuelle Ausgabe der Dokumentation „Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund“. Der Bericht soll interessierten LeserInnen einen Überblick über aktuelle Modernisierungstendenzen bieten und Verwaltungen die Möglichkeit geben, identifizierte Herausforderungen und entwickelte Reformkonzepte mit denen anderer Verwaltungen abzugleichen.



Aufgrund geänderter Arbeitsschwerpunkte in der Praxis wurde die inhaltliche Struktur der Dokumentation optimiert und aktuellen Gegebenheiten angepasst. Die Reformaktivitäten wurden in folgende fünf Modernisierungsfelder unterteilt:

- I. Organisation/Organisationsentwicklung
- II. Personalmanagement
- III. Regelungsoptimierung/Bürokratieabbau
- IV. E-Government/Open Government
- V. Moderne Steuerung

In diesem Zusammenhang möchten wir uns auch herzlich bei Frau *Elisabeth Gerhards* (FÖV Speyer, Sekretariat) für Ihre Unterstützung bei der Layoutgestaltung bedanken.

@ www.foev-speyer.de/widut/inhalte/35_Dokumentation.asp

Teilnahme an der 56. und 57. Sitzung des UA AV des AK VI der IMK

Die WiDuT-Mitarbeiterinnen *Sarah Schmitt* und *Alexandra Lessau* nahmen erneut an der Herbst- und Frühlingsitzung des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz teil.

3.3 Weitere Projekte

3.3.1 Laufende Projekte

1. Merten/Koch: „Grundrechte in Deutschland und Europa“

Laufzeit: 15.4.2004 bis 14.11.2004;
15.1.2005 bis 31.12.2015

Finanzierung: Fritz Thyssen Stiftung

Kooperationspartner: Univ.-Prof. Dr. Dres. h.c. *Hans-Jürgen Papier*

Angesichts der in stetem Wandel begriffenen Staatsfunktionen kommt den Grundrechten zentrale steuernde und begrenzende Bedeutung für das Staatshandeln zu. In angemessenen Abständen bedarf es daher sorgfältiger und umfassender Vergewisserung über den Grundrechtsbestand in Deutschland und in den Verfassungsordnungen der europäischen Staaten. Das im Rahmen des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Speyer etablierte, zur Gänze drittmittelfinanzierte Handbuch-Projekt erfasst die deutsche, die europäische und die international-völkervertragsrechtlich verankerte Grundrechtssubstanz in rund 300 Einzelbeiträgen und bereitet sie systematisch auf; die wechselseitigen Einflüsse, Entstehungs- und Wirkungsbedingungen eines „Jus Commune Europaeum“ werden sichtbar.

Folgende Handbuch-Bände sind im Verlag C.F.Müller, Heidelberg, in der Herausgeberschaft von Detlef Merten und Hans-Jürgen Papier bereits erschienen: Band I: Entwicklung und Grundlagen (2004); Band II: Grundrechte in Deutschland – Allgemeine Lehren I (2006); Band III: Grundrechte in Deutschland – Allgemeine Lehren II (2009); Band IV: Grundrechte in Deutschland – Einzelgrundrechte I (2011); Band V: Grundrechte in Deutschland – Einzelgrundrechte II (2013); Band VI/1: Europäische Grund- und Menschenrechte (2010); Band VI/2: Europäische Grundrechte II: Universelle Menschenrechte (2009); Band VII/1: Grundrechte in Österreich (2009) – die zweite deutlich vermehrte und aktualisierte Auflage ist 2014 unter der Mitherausgeberschaft von Gabriele Kucsko Stadlmayer erschienen; Band VII/2: Grundrechte in der Schweiz und in Liechtenstein (2007). In Vorbereitung sind Band VIII („Landesgrundrechte in Deutschland“) zu den Grundrechten in deutschen Landesverfassungen sowie Folgebände zur Aufarbeitung der Grundrechte in Ostmitteleuropa und Osteuropa

(Band IX, dessen Erscheinen für 2015 vorgesehen ist) und der Grundrechte West-, Nord- und Südeuropa (Band X). An einem Gesamtregister wird kontinuierlich gearbeitet.

Veröffentlichung 2014

Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. VII/1. Grundrechte in Österreich, neu bearb. und erw. 2. Aufl., Heidelberg 2014.

2. Wieland/Braun Binder: Neue rechtliche Rahmenbedingungen (Teilprojekt des Kooperationsprojekts „Steuerpolitik in der EU im Umfeld neuer Fiskalinstitutionen und Abstimmungsverfahren“)

Laufzeit: 1.5.2012 bis 30.4.2015

Finanzierung: Leibniz-Gemeinschaft

Das Teilprojekt „Neue rechtliche Rahmenbedingungen“ befasst sich mit der Frage, inwieweit der Vertrag von Lissabon und verschiedene andere fiskalische Innovationen die Ausgangslage für Harmonisierungsentscheidungen im Bereich der direkten Steuern verändert haben. Zudem wird untersucht, in welche Richtung sich die EuGH-Rechtsprechung im Bereich der direkten Steuern in den letzten Jahren entwickelt hat. Die Arbeit gliedert sich in drei Schwerpunkte:

- Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen nach dem Vertrag von Lissabon
- Analyse der jüngsten EuGH-Rechtsprechung
- Untersuchung von Forderungen nach Harmonisierung im Bereich der direkten Steuern

Die Ergebnisse fließen in das Habilitationsvorhaben von Nadja Braun Binder ein und werden vorrangig in diesem Rahmen publiziert werden.

Im Jahr 2013 lag der Fokus auf der Analyse der EuGH-Rechtsprechung. Diese wurde ausgewertet und in verschiedenen Formaten, sowohl innerhalb des Pakt-Projekts als auch im Rahmen einer wissenschaftlichen Graduiertenkonferenz präsentiert, diskutiert und im Anschluss daran vertieft.

Im Jahr 2014 lag der Schwerpunkt der Analyse auf der durch den Vertrag von Lissabon modifizierten primärrechtlichen Ausgangslage und

deren potenzieller Bedeutung für die Steuerpolitik. Es ist geplant, den Zwischenstand der Analyse wurde wiederum mündlich im Rahmen von Workshops vorgestellt, diskutiert und anschließend vertieft. Im Jahr 2015 werden Forderungen nach Harmonisierung im Bereich der direkten Steuern untersucht.

Vorträge 2014 und 2015

Braun Binder, Nadja, Möglichkeiten der Rechtsangleichung im Bereich der direkten Steuern – vor und nach dem Vertrag von Lissabon. Workshop des PAKT-Projekts „Steuerpolitik in der EU im Umfeld neuer Fiskalinstitutionen und Abstimmungsverfahren, Mannheim, 26.05.2014; *Braun Binder, Nadja*, Rechtsakte der EU-Kommission im Bereich der direkten Steuern. Mannheim, 11.03.2015.

3. König/Luig: Die neue strategische Situation nach Lissabon (Teilprojekt des Kooperationsprojekts „Steuerpolitik in der EU im Umfeld neuer Fiskalinstitutionen und Abstimmungsverfahren“)

Laufzeit: 1.5.2012 bis 30.4.2015

Finanzierung: Leibniz-Gemeinschaft

Beim Teilprojekt „Die neue strategische Situation nach Lissabon“ handelt es sich um das Modul C des von der Leibniz-Gemeinschaft bewilligten Pakt-Projekts zur „Steuerpolitik in der EU“. Neben dem polit-ökonomisch ausgerichteten Modul C ist auch das Modul B „Neue rechtliche Rahmenbedingungen“ am FÖV angesiedelt. Im Modul C werden die Implikationen des Vertrages von Lissabon und der Staatsschuldenkrise im Euroraum auf die Verhandlungs- und Entscheidungssituation in der EU-Steuerpolitik quantitativ untersucht. Im Jahr 2013 erfolgte dazu eine Komplettierung der Datenbasis zu den Rechtsakten der EU für den Zeitraum bis einschließlich Dezember 2012 sowie eine Ausdehnung der extrahierten Transpositionsmaßnahmen von den EU15- auf die EU27-Staaten. Im Mittelpunkt der Auswertung standen bislang die Wirkung der Interessenvielfalt im Rat auf die Art der EU-Gesetzgebung und die Wirkung von ministerieller Macht und nationalem Koalitionskonflikt auf die Transposition von Richtlinien. Die Beantwortung zentraler Forschungsfragen zu „logrolling“ und „reform pressure“ soll künftig insbesondere durch eine Betrachtung der Veto-Suspension im Rat und einen Vergleich zwischen Kommissionsvorschlägen und Rechtsakten erleichtert werden. Geplant ist weiterhin die Einbettung des gesamten EU-Politikprozesses

(von der Gesetzgebung über die Transposition bis hin zur Rechtsdurchsetzung) in eine übergreifende Analyse strategischen Verhaltens.

Veröffentlichung und Vorträge 2014

König, Thomas/Luig, Bernd, Ministerial Gatekeeping and Parliamentary Involvement in the Implementation Process of EU Directives, in: Public Choice, Bd. 160 (2014), S. 501–519.

König, Thomas/Luig, Bernd, National Political Parties and their Positions towards European Integration: Distributional and Informational Implications of EU Decision-Making for National Party Competition. Workshop on European Integration, Konstanz, 13.11.2014; *Luig, Bernd*, Die Einhaltung des EU-Steuerrechts in den alten und neuen Mitgliedstaaten. Steuerpolitik in der EU (Workshop), Mannheim, 26.05.2014.

4. Gabriel/Keil: „Dezentrale Beteiligung an der Planung und Finanzierung der Transformation des Energiesystems (DZ-ES)“

Laufzeit: 1.10.2013 bis 31.8.2016

Finanzierung: Bundesministerium für Bildung und Forschung über Forschungszentrum Jülich

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer führt im Projekt DZ-ES im Arbeitspaket 2 empirische Analysen der Akzeptanzwirkungen verschiedener Governance-Formen beim Übergang zu erneuerbaren Energien durch. Die Analyse bezieht die wichtigsten mit dem Governance-Konzept bezeichneten Regelungsstrukturen ein und fragt, welche Regelungsstrukturen die Bürgerschaft, die Energiekonsumenten, die Entscheidungsträger und die Stakeholder (aus welchen Gründen) wünschen, wie sie deren Vor- und Nachteile wahrnehmen und gegeneinander abwägen und welche Handlungsdispositionen sich aus diesen Wahrnehmungen ergeben. Zur Ermittlung der Einstellungen und der Akzeptanz von Governancemodellen wird mit Hilfe standardisierter Fragebögen zum einen eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Zum zweiten wird die Bevölkerung in Gemeinden befragt, die bei ihrer Strom- und Gaserzeugung unterschiedliche EE-Technologien einsetzen und diese weitgehend rekommunalisiert haben. Ergänzend werden zum dritten die Entscheider befragt. Mit Hilfe einschlägiger Verfahren der multivariaten Datenanalysen werden Zusammenhänge aufgedeckt, die dazu dienen,

dezentrale Beteiligungsverfahren zu generieren, die auf größtmögliche Akzeptanz stoßen, was wiederum die Bedingung für eine effektive und effiziente Durchführung der Energiewende ist.

5. **Wieland/Wolff: “Anreize im öffentlichen Recht”**

Laufzeit: 19.8.2014 bis 18.8.2016

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Gegenstand des Projekts ist die Untersuchung von Anreizen im öff. Recht. Diese werden verstanden als rechtl. Bestimmungen, die Verhalten veranlassen (sollen), indem sie positive oder negative Folgen anknüpfen, die aber weder Ge- oder Verbot sind noch ge- bzw. verbotswidriges Verhalten sanktionieren. Behandelt werden drei Referenzgebiete, die stark durch Anreize geprägt sind und mit der persönlichen, unternehmerischen und staatlichen Sphäre unterschiedliche Regelungsgegenstände repräsentieren: das öff. Ehe- und Familienrecht, das Energieregulierungsrecht sowie das Finanzausgleichsrecht.

In 2014 lag der Fokus auf ersterem. Dabei wurden Anreize zunächst als verwaltungsrechtliche Regelungsmöglichkeit mit abgeschwächter Rechtsverbindlichkeit betrachtet. Der Begriff des Anreizes wird in der Rechtswissenschaft bislang, wenn überhaupt, als vornehmlich ökonomischer Begriff wahrgenommen. Das Projekt stellte dem eine juristische Perspektive gegenüber: Als Steuerungs- und Bewirkungsform wurden Anreize in eine erweiterte verwaltungsrechtliche Formenlehre integriert. In der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen wurden Muster und Regeln gesucht, und es wurden Wirkungsweisen, -bedingungen und -grenzen von Anreizen untersucht. Zugleich widmete sich das Projekt anderen Perspektiven: Denn Anreize werfen Fragen bezüglich ihrer verfassungsrechtl. Vorgaben auf. Darüber hinaus wurde die Gewinnung erster rechtspraktischer und -politischer Erkenntnisse darüber angestrebt, was gute Anreize im öff. Recht ausmacht.

Veröffentlichung 2014

Wolff, Johanna, Steuerrecht und Geschlecht, in: Steuer und Wirtschaft (StuW), Bd. 91 (2014), S. 369–372.

**6. Bauer/Ege: “Determinants and Consequences of Bureaucratic Autonomy of International Public Administrations“
DFG-Forschergruppe International Public Administration**

Laufzeit: 1.10.2014 bis 30.9.2017

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Das Projekt analysiert die Rolle von Verwaltungsstäben in internationalen Organisationen. Konkret wird untersucht, (1) ob und unter welchen Bedingungen internationale Verwaltungen strukturbasierte Autonomie genießen, (2) wie sich die beobachtbare Varianz von Verwaltungsautonomie zwischen den ausgewählten Organisationen (auch über Zeit) erklären lässt und (3) unter welchen Bedingungen Verwaltungsautonomie Politikergebnisse beeinflusst. Hierfür wird ein systematisches Messkonzept für die vergleichende Erhebung von Verwaltungsautonomie entwickelt, die notwendigen Daten erhoben sowie die dadurch identifizierbaren unterschiedlichen Muster und Veränderungen von einschlägigen Verwaltungsstrukturen über Zeit analysiert.

Vorträge 2014

Bauer, Michael W., The Structural Autonomy of International Bureaucracies. 42nd Joint Sessions of Workshops, Salamanca (Spain), April 2014; *Bauer, Michael W./Ege, Jörn*, Projektvorstellung AUTONOMY. Kick-Off-Workshop der DFG Forschergruppe „International Public Administration“, München, 6./7.10.2014.

3.3.2 Abgeschlossene Projekte

7. **Ziekow/Windoffer: „Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit“**

Laufzeit: 1.7.2007 bis 31.7.2014

Finanzierung: Forschungsinstitut

Trotz langjähriger Debatte und allseitigen politischen Bekenntnisses zum Leitbild nachhaltiger Entwicklung ermangelt dieses unverändert klarer Konturen; insbesondere bleiben mit Blick auf die Verwirklichung der dem Nachhaltigkeitskonzept immanenten prozeduralen Zielsetzung einer Integration ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange die Potenziale von Verfahren der Folgenabschätzung staatlicher Entscheidungen unterbelichtet. Vor diesem Hintergrund sind zunächst die Essentialia des Nachhaltigkeitskonzepts herauszuarbeiten, dem eine inter- und intragenerative, eine ganzheitliche sachlich-inhaltliche sowie die o. g. prozedurale Komponente innewohnt. Diese Wesensmerkmale sowie die abstrakte Verpflichtung der Staatsgewalten zur Durchführung von Folgenabschätzungen sind sodann im Unions- und Verfassungsrecht zu fundieren. Um den Stand der Implementierung nachhaltigkeitsorientierter Folgenabschätzungen zu ermitteln, bedarf es einer breit angelegten Analyse des Rechtsrahmens einschlägiger Verfahren im Bereich von Rechtsetzung, strategischer Planung und Vorhabenzulassung. Ausgehend von diesem Befund sind der verfassungsrechtlich gebotene und verwaltungswissenschaftlich-steuerungstheoretisch sinnvolle weitere prozedurale Regelungsbedarf aufzuzeigen und abstraktionsfähige Regelungselemente in eine allgemeine Verfahrensordnung für nachhaltigkeitsorientierte Folgenabschätzungen der Legislative und Exekutive zu überführen.

8. **Wieland/(Kellner/Groh/Hellermann)Wolff: Kommunales Vermögen: Kommunale Finanz- und Vermögensverwaltung unter Knappheitsbedingungen**

Laufzeit: 1.2.2008 bis 18.8.2014
(Unterbrechung wegen Mutterschutz und anschließender Elternzeit der Bearbeiterin: 15.4.2013 bis 2.6.2014)

Finanzierung: Forschungsinstitut

Ausgangsgedanke des Projekts, das im Jahr 2014 abgeschlossen wurde, war dass die öff. Finanzlage, der Trend zu Privatisierungen und Impulse des internat. und des EU-Rechts nicht nur die Kommunen, sondern auch das Recht vor neue Herausforderungen stellen. Ziel war es, konkret und konstruktiv an der Erarbeitung rechtl. Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Finanz- und Vermögenslage mitzuwirken. Hierzu wurden Konzepte und Maßnahmen aus der Praxis untersucht. Konkrete Untersuchungsgegenstände waren: Die verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln (insb. die Schuldenbremse), der kommunale Finanzausgleich der Länder, die Gemeindefinanzreform, die wirtschaftl. Betätigung der Kommunen und die Privatisierungspraxis.

Das Ziel des Projekts wurde voll erfüllt. In Bezug auf viele praktisch relevante Fragen konnte eine dogmatische Fortentwicklung des Kommunalrechts erfolgen. Wo festgestellt wurde, dass die Interpretation geltenden Rechts an ihre Grenzen stößt, konnten die Untersuchungen mit der Formulierung konkreter rechtspolitischer Forderungen zur Debatte beitragen. Da es galt, *aktuelle* Fragen zu untersuchen, wurden die Ergebnisse in Fachzeitschriften und Sammelbänden bereits während der Projektlaufzeit jeweils zeitnah veröffentlicht. So konnte schnell auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden und eine zügige Rückkoppelung mit der Praxis erfolgen. Zum Abschluss wurde ein Forschungsbericht verfasst, der die bereits veröffentlichten Ergebnisse zusammenfasst und in einen Zusammenhang stellt.

Veröffentlichungen und Vorträge 2014

Wieland, Joachim, Finanzierung der Altaufgaben als rückwirkende Verantwortung des Bundes oder als Ausgleichsanspruch gegen das Land?, in: Hans-Günter Henneke (Hrsg.), Gesicherte Kommunalfinanzen trotz Verschuldungs- und Finanz-

krise, Stuttgart 2014, S. 101-107; *Wieland, Joachim*, Eigenständigkeit und Solidarität – Aufgabengerechte Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, in: *JuristenZeitung (JZ)* 17/2014, S. 829-838; *Wieland, Joachim*, Die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung wächst mit dem Fortschritt der Vereinigung Europas, in: *Der Landkreis*, 84. Jhrg. 4/2014, S. 113-117; *Wieland, Joachim/Wolff, Johanna*, Kommunales Vermögen – Kommunale Finanz- und Vermögensverwaltung unter Knappheitsbedingungen, *Speyerer Forschungsberichte*, Bd. 279, Speyer 2014.

Wolff, Johanna, Rechtliche Möglichkeiten der Finanzierung gesunder Schulernährung durch den Bund, Berlin, 13.10.2014; *Wolff, Johanna*, Genug Geld für gute öffentliche Dienste? Die Finanzausstattung von Städten/Gemeinden, Ländern und dem Bund. Podiumsdiskussion, Berlin, 27.10.2014.

9. **Fisch, S./(Kutting)/Steffen: Staatliche Verwaltungsarchitektur der 1950er Jahre in der Bundesrepublik. Demokratische Bauten, demokratische Verwaltung, demokratische Menschen**

Laufzeit: 1.1.2010 bis 31.12.2014 (mit Unterbrechung)

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Ausgehend von der in den 1950er Jahren gehegten Überzeugung, dass Architektur und politisch-gesellschaftliche Ordnung in einem Wechselverhältnis stehen, soll in dem Projekt untersucht werden, von welchen Prozessen die Verwaltungsarchitektur in der jungen Bundesrepublik wie bestimmt wurde und welche sie ihrerseits wie (mit-)bestimmte. Anhand ausgewählter Beispiele für Bauten für obere und oberste Bundesbehörden sollen Interaktions- und Kommunikationsprozesse identifiziert und ihre Entwicklung verfolgt werden. Konkret soll gefragt werden: Wie beeinflusste die Bautätigkeit den Aufbau und die Entwicklung der Bauverwaltung und umgekehrt? Welche Vorstellungen vom (Wieder-)Aufbau an sich und vom „Regierungsbauen“ im Besonderen, welche Ideen von der Verwaltung – von der konkreten Institution, ihren Aufgaben und Abläufen, aber auch von der Verwaltung als „staatlicher Funktion“ und ihrem Verhältnis zum „verwalteten Bürger“ – spielten für die Entstehung der Bauten eine Rolle und wurden umgekehrt von ihnen beeinflusst? Und: Mit welchen Fragen waren Verwaltungsbauten auf der kommunalen Ebene verknüpft – sie entstanden ja nicht nur in einer spezifischen Umgebung, sondern prägten diese auch. Mit der Verbindung von Verwaltungs-, allgemeiner Geschichtswissenschaft und Architekturgeschichte sollen institutionelle Entwicklungs- und Identitätsbildungsprozesse in der jungen

Bundesrepublik analysiert und insbesondere Aussagen zum Selbstbild von Staat, Verwaltung und Stadt getroffen werden.

10. Martini/Damm/Kühl/(Zscheile): Vereinheitlichung und Vereinfachung von Geodatenzugangsbestimmungen

Laufzeit: 15.7.2012 bis 31.12.2014

Finanzierung: Bundesministerium des Innern

Das vom Bundesministerium des Innern geförderte Drittmittelprojekt begann zum 15. Juli 2012.

Dr. Matthias Damm absolvierte im Februar 2013 eine Hospitanz beim Bundesamt für Kartographie und Geodäsie in Frankfurt. Herr Prof. Dr. Martini, Dr. Matthias Damm und Herr Kühl nahmen darüber hinaus an mehreren Arbeitssitzungen im Bundesministerium des Innern teil. Auf diese Weise konnten die Projektbearbeiter aktiv an der Gestaltung verschiedener Normwerke und Nutzungsbedingungen für staatliche Portale teilnehmen. Die Projektbearbeiter nahmen außerdem an verschiedenen Tagungen im Bereich des Open Government und des Geoinformationswesens teil.

Neben den angeführten Veröffentlichungen und den Planungen zur großen Tagung „Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit“, welche am 20.2.2014 stattfand, war das Jahr 2014 geprägt von einer intensiven Gutachtertätigkeit. Die Gutachten betrafen u.a. die noch zu entwickelnde Datenschutzgrund-VO, einen Behördenleitfaden für den Geodatenchutz (der mittlerweile vom BMI für alle Beamten angeboten wird), eine Begutachtung einer datenschutzrechtlichen Selbstverpflichtung, Beantwortung von Fachfragen zu Lizenzen und Wettbewerbsfragen, und Auswirkungen des neuen § 14 EGovG im Geoinformationswesen. Außerdem klärten die Projektbearbeiter den Begriff der amtlichen Geodaten für das BMI und Fragen zu Immaterialgüterrechten an Geodaten.

Veröffentlichungen und Vortrag 2014:

Damm, Matthias, Der Zugang zu Satellitendaten. Perspektiven digitaler Staatlichkeit, in: *Martini, Mario/Thiel, Georg/Röttgen, Astrid* (Hrsg.), Geodaten und Open Government, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 280, Speyer 2014, S. 109–122; *Martini, Mario*, Datenschutz und Sicherheit, in: *Rogall-Grothe, C.* (Hrsg.), Leitfaden Elektronische Rechnung in der öffentlichen Verwaltung, Frankfurt a. M. 2014, S. 53–85; *Martini, Mario*, Geodaten als Rohstoff der digitalen Welt. Perspektiven

digitaler Staatlichkeit, in: Martini, Mario/Thiel, Georg/Röttgen, Astrid (Hrsg.), Geodaten und Open Government, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 280, Speyer 2014, S. 1–4; *Martini, Mario/Damm, Matthias*, Der Zugang der Öffentlichkeit zu hochauflösenden Satellitenbildern, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Bd. 29 (2014), S. 130–135; *Martini, Mario/Damm, Matthias*, Der Zugang der Öffentlichkeit zu hochauflösenden Satellitenbildern, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Bd. 67 (2014), S. 130–135; Martini, Mario/Thiel, Georg/Röttgen, Astrid (Hrsg.), Geodaten und Open Government. Perspektiven digitaler Staatlichkeit, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 280, Speyer 2014; *Zscheile, Falk*, Die Änderung des Lizenzmodells von Open Street Map – eine Zwischenbilanz. Perspektiven digitaler Staatlichkeit, in: Martini, Mario/Thiel, Georg/Röttgen, Astrid (Hrsg.), Geodaten und Open Government, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 280, Speyer 2014, S. 37–79.

Damm, Matthias, Der Zugang zu Satellitendaten. Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit, Berlin, 20.02.2014; *Zscheile, Falk*, Die Änderung des Lizenzmodells von Open Street Map – eine Zwischenbilanz. Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit, Berlin, 20.02.2014.

4. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zählt seit jeher zu den zentralen Aufgaben des Forschungsinstituts. Deshalb wird jeder Forschungsreferentin bzw. jedem Forschungsreferenten neben der Projektarbeit die Möglichkeit einer Promotion angeboten, von der die Mehrheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gebrauch macht.

Letzte Dissertationen:

- *Jüttemeier, Michael*, Organisationswandel und Wissenschaftskultur. Eine organisations- und wissenschaftssoziologische Analyse des Karlsruher Instituts für Technologie, Universität Kassel: Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Georg Krücken, 21. August 2014.
- *Mathieu, Emmanuelle*, Networks, committees or agencies? Coordination and expertise in the implementation of EU regulatory policies, European University Institute, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Adrienne Héritier, 31. Oktober 2014.
- *Richter, Philipp*, Der äußere Aufbau der Landesverwaltung und sein Einfluss auf den Aufgabenvollzug. Territoriale, funktionale und politische Lösungen und Wirkungen in den deutschen Bundesländern am Beispiel der Versorgungsverwaltung, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, 25. August 2014.
- *Limbach, Kathrin*, Uniformity of Customs Administration in the European Union, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Weiß, 2. Juli 2014.
- *Christian Bauer*, Untersuchung des Regulierungsverhaltens der Bundesnetzagentur und der Landesbehörden bei der Regulierung des Zugangs zu den Gasversorgungsnetzen, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, 30. Januar 2014.
- *Robert Piehler*, E-Government: Post Akzeptanz und Servicequalität – Empirische Überprüfung eines multitheoretischen Ansatzes am Beispiel kommunaler E-Government-Portale, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Bernd W. Wirtz, 11. Dezember 2013.

- *Insa Pruiskien*, Fusionen im institutionellen Feld der Hochschulen und Wissenschaft, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 9. Dezember 2013.
- *Andreas Glöckner*, Konzeptionelle Fundamente der Neuen Öffentlichen Rechnungslegung – Interessenkonflikte, Zweckkonzeption und daraus abgeleitete Prinzipien, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlkamp*, 23. Oktober 2013.
- *Linda Mory*, Corporate Social Responsibility, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*, 7. Oktober 2013.
- *Katharina Kloke*, Qualitätsentwicklung an deutschen Hochschulen. Eine professionstheoretische Untersuchung eines neuen Tätigkeitsfeldes, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Georg Krücken*, 19. Juni 2013.
- *Steffen Walther*, Reformen der Beamtenversorgung aus ökonomischer Perspektive, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*, 27. Mai 2013.
- *Regina von Görtz*, Governance von Forschungsnetzwerken. Eine empirische Untersuchung deutscher Forschungsgruppen aus Astrophysik, Nanowissenschaft und Volkswirtschaftslehre, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 20. März 2013.
- *Julia Fleischer*, Policy Advice and Institutional Politics: A Comparative Analysis of Germany and Britain, Universität Potsdam, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Werner Jann*, 19. Dezember 2012.
- *Matthias Damm*, Die Rezeption des italienischen Faschismus in der Weimarer Republik, Technische Universität Chemnitz, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Eckhard Jesse*, 12. Dezember 2012.
- *Csongor Aron Buzogány*, „Is there an Eastern Syndrome?“ Conditionality, compliance and state-society relations in Central and Eastern Europe, Freie Universität Berlin, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Tanja Börzel*, 18. Juni 2012.
- *Stefan Preller*, Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*, 7. Mai 2012.

- *Christian Jock*, Das Instrument der Fachaufsicht – rechtliche und verwaltungswissenschaftliche Probleme und potenzielle Weiterentwicklungen, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, 7. Dezember 2011.
- *Mike Weber*, Informierte Gründungsförderung, Die Bedeutung von Mechanismen der Informationsvermittlung für die Erklärung des Erfolgs neu gegründeter Betriebe, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 19. Mai 2011.
- *Tim Jäkel*, Arbeitsmarktreformen. Eine empirisch-vergleichende Analyse für 16 westeuropäische Länder 1950 bis 2008, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Uwe Wagschal, 23. Februar 2011.
- *Sebastian Ullrich*, Internetbasierte Internationalisierung – Entscheidungsfindung, Umsetzung und Erfolgsmessung, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Bernd W. Wirtz*, 4. November 2010.
- *Richard Heidler*, Evolution und Struktur von Wissenschaftsnetzwerken am Beispiel der Astrophysik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 28. Oktober 2010.
- *Sven Barnekow*, Strategien kommunaler Energieversorger unter volatilen Marktbedingungen. Eine Analyse sozio-technischer Transformationen, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 8. Juni 2009.
- *Stefan Ittner*, Fighting Corruption in Africa – A Comparative Study of Uganda and Botswana, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*, 18. März 2009.
- *Benedikt Speer*, Grenze und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im historischen Kontext – eine explorative politikwissenschaftliche Fallstudie zum Pyrenäenraum, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: em. Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*, 18. Dezember 2008.
- *Martin-Peter Oertel*, Der Erschließungsvertrag mit der kommunalen Eigengesellschaft – Zulässigkeit und Grenzen der Beauftragung als „Drit-

ter“ im Sinne von § 124 BauGB, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, 15. Dezember 2008.

- *Silke Löhr*, Prozessgrundrechte in Deutschland, Frankreich und England – Eine rechtsvergleichende Untersuchung, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: em. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*, 11. September 2008.
- *Heide Klug*, Hochschulreformen und Informationssysteme. Organisation – Personen – Technik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen*, 30. Juli 2007.
- *Alexandra Unkelbach*, Rechtsschutz gegen Gremienentscheidungen und Entscheidungen mit Gremienbeteiligung, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*, 2. Februar 2007.
- *Sabine Frenzel*, Stromhandel und staatliche Ordnungspolitik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Eberhard Bohne*, 17. Februar 2006.
- *Felix Hermonies*, Der Leistungsauftrag im rheinland-pfälzischen Haushaltsrecht, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill*, 21. Januar 2006.
- *Sebastian Wolf*, Institutionelle Balance und Integration. Horizontale Machtverschiebungen in europäisierten Regierungssystemen, Technische Universität Darmstadt, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Heidrun Abromeit*, 6. Dezember 2005.
- *Stefan Werres*, Grundrechtsschutz in der Insolvenz, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*, 12. September 2005.
- *Martin Schurig*, Politikfinanzierung in Frankreich, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Hans Herbert von Arnim*, 27. Juli 2005.
- *Andrea Nesseldreher*, Entscheiden im Informationszeitalter, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ. Prof. Dr. *Hermann Hill*, 26. Juli 2005.
- *Alexander Windoffer*, Die Klärungsbedürftigkeit und –fähigkeit von Rechtsfragen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren des einstweiligen

Rechtsschutzes, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, 31. Januar 2005.

Letzte Habilitationen:

- *Rahel Schomaker*, Characteristics and Institutional Determinants of Economics Performance in the Middle East and North Africa, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Andreas Knorr*, 12. November 2012.
- *Alexander Windoffer*, Verfahren der Folgenbewertung als Instrument der rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, 24. Januar 2011.
- *Thorsten Siegel*, Entscheidungsfindung im Verwaltungsverbund. Horizontale Entscheidungsvernetzung und vertikale Entscheidungsstufung im nationalen und europäischen Verwaltungsverbund, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, 8. Dezember 2008.
- *Jörn von Lucke*, Hochleistungsportale, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Heinrich Reiner-mann*, 19. Juli 2007.
- *Gottfried Konzendorf*, Reform in der Übergangsgesellschaft – Ein Beitrag zur Theorie der Reform, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Carl Böhret*, 25. Januar 2005.
- *Christian Koch*, Verwaltungsrecht im Europäischen Verfassungsverband – auf dem Weg zu einem Recht der Integrationsverfahren, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. *Rainer Pitschas*, 19. Juli 2004.

5. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Um unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Vereinbarkeit von familiären Aufgaben mit den beruflichen Anforderungen zu erleichtern, hat das FÖV am „audit berufundfamilie“ teilgenommen, das von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung unterstützt und von führenden deutschen Wirtschaftsverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH empfohlen wird.



Für den Erhalt des Qualitätssiegels hatte sich das FÖV zuvor einem eingehenden Auditierungsverfahren unterzogen, in dem der Status quo der bereits angebotenen Maßnahmen zur besseren Balance von Beruf und Familie erfasst, das betriebsindividuelle Potenzial systematisch entwickelt und maßgeschneiderte familienbewusste Maßnahmen geschaffen und eingeführt wurden. Mit verbindlichen Zielvereinbarungen sorgt das Audit dafür, dass Familienbewusstsein in der Unternehmenskultur verankert wird.

Im Mai 2012 wurde das FÖV schließlich erfolgreich zertifiziert und im Juni nahm unsere Geschäftsführerin Dr. *Margrit Seckelmann* an der offiziellen Verleihung in Berlin teil.

Im Rahmen des Audits wurde ein mobiles Eltern-Kind-Zimmer angeschafft, Umfragen zu Arbeitszeit und Arbeitsort unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt, um die Grundlage für ein neues flexibles Arbeitszeitmodell zu bilden, die Familienfreundlichkeit in das Leitbild aufgenommen, eine familienfreundlichere Umgestaltung des Forschungskolloquiums umgesetzt, der Gleichstellungsplan überarbeitet, eine Dienstvereinbarung zur Führung von Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächen getroffen und ein Leitfaden für Telearbeit erstellt.

Nach drei Jahren begann im Mai 2015 die Rezertifizierung mit einem Workshop, in dem neue Zielvereinbarungen für die nächsten drei Jahre diskutiert wurden.

6. Veranstaltungen

Das Institut stellt sich der Öffentlichkeit von Verwaltungswissenschaften und Verwaltungspraxis durch Veranstaltungen, zu denen auch oftmals Experten aus der Praxis in die wissenschaftlichen Beratungen einbezogen werden.

Drei Formen kennzeichnen das Veranstaltungsprogramm: Forschungskolloquien, Forschungsseminare und in begrenztem Umfang Arbeitstagungen. Neben Veranstaltungen im nationalen Rahmen führt das Forschungsinstitut auch internationale Symposien und Tagungen durch.

6.1 Forschungskolloquien

Die Forschungskolloquien sind ein Instrument der interdisziplinären Vernetzung der Institutsarbeit. An den Kolloquien nehmen die Mitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sowie als Gäste die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität und gelegentlich Vertreter von Wissenschaft und Praxis teil. Regelmäßig werden auch ausländische oder sonstige auswärtige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu einem Gastvortrag eingeladen. Für die Mitglieder und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts dient das Kolloquium nicht nur dazu, sich frühzeitig der Kritik zu stellen und gegebenenfalls rechtzeitig Korrekturen vorzunehmen, sondern auch dem interdisziplinären Gespräch im Allgemeinen.

Die Struktur des FÖV-Forschungskolloquiums wurde im Sommersemester – federführend von Univ.-Prof. Dr. *Sabine Kropp* – grundlegend überarbeitet. Es setzt sich nun aus drei Säulen zusammen: der eintägigen Blockveranstaltung, mit der das FÖV auch seine Familienfreundlichkeit effektivieren will (durch Vermeidung von Abendterminen), einer nun regelmäßigen Methodenweiterbildung durch Externe sowie den Gastvorträgen.

Die Blockveranstaltung dient der Präsentation und Diskussion von Projekten, die gerade angelaufen sind, oder solchen, die kurz vor dem Abschluss stehen. Ebenso können diejenigen, die gerade Diskussionsbedarf haben, präsentieren. Auch können geplante Projekte oder Projektverbünde oder Entwürfe von Drittmittelprojekten in diesem Rahmen diskutiert werden. Externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind als Diskutantinnen bzw. Diskutanten herzlich willkommen, der Gastvortrag steht diesen ebenso wie den Hörerinnen und Hörern der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften offen.

6.1.1 Wintersemester 2014/2015

Die Leitung des Forschungskolloquiums im Wintersemester 2014/2015 lag bei Univ.-Prof. Dr. *Michael W. Bauer*.

	Gastvorträge
Mittwoch, 26. November 2014, 14.00 bis 15.30 Uhr	Herr Dr. Lukamba Muhiya (Vaal Triangel Campus North West, University South Afrika) "Comparative Analysis of selected former British and French speaking countries in sub-saharan Africa: The context of public administration"
Mittwoch, 3. Dezember 2014 14.00 bis 15.30 Uhr	Herr Dr. Michal Parížek (Institute of Political Studies, Charles University, Prague) "Authority Follows Function: the Politics of International Organizations' Staffing and the Need for Information"
Mittwoch, 7. Januar 2015 14.00 bis 15.30 Uhr	Frau Prof. Dr. Hiroko Kudo (Faculty of Law, Chuo University, Tokyo) "NPM and post NPM in Japan; or why post NPM is less recognised in Japan"

6.1.3 Sommersemester 2015

Blockveranstaltung Vorstellung und Planung von Projekten	Methodenausbildung	Gastvorträge
Dienstag, 21. Juli 2015	Freitag, 8. Mai 2015, 9.30 bis 17.15 Uhr „Zielgerichtete Präsentation, selbstsichere Diskussionsführung und Verteidigung der eigenen Meinung“ Dr. <i>Olaf Hars</i>	Dienstag, 21. Juli 2015 17.30 – 18.30 Uhr Prof. Dr. <i>Hans Vorländer</i> „Ergebnisse einer empirischen Studie zu PEGIDA Dresden“

Im Sommersemester findet im Rahmen des von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Michael W. Bauer* und Herrn Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* geleiteten Forschungskolloquium ein Workshop statt.

7. Nationale und internationale Beziehungen

Das Forschungsinstitut unterhält zahlreiche Kontakte zu in- und ausländischen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen. So ist das FÖV Teil einer Vielzahl von Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene. Neben formellen Kooperationsvereinbarungen zu derartigen Forschungsinstituten und -organisationen richtet es Tagungen mit internationalem Teilnehmerkreis aus und wird von Delegationen ausländischer Forschungseinrichtungen oder auch Regierungsstellen besucht, die sich über die Arbeit des Instituts und den Stand der Forschung informieren. Zur Pflege nationaler und internationaler Beziehungen tragen überdies Gastvorträge, der Aufenthalt von Gastforschern am Institut sowie Vorträge von Mitgliedern des Instituts im In- und Ausland über ihre Forschungsergebnisse bei.

7.1 Aufbau und Pflege von Netzwerken

Einen zentralen systematischen Ansatz zur Vernetzung mit externen Forschern bildet die Einrichtung von Arbeitskreisen (s.o. 3.3.5). Im Kontext der Gründung des Zentrums für Wissenschaftsmanagements (s.u. 8.2) steht die Etablierung einer ortsverteilten Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“, die von Univ.-Prof. Dr. *Dorothea Jansen* koordiniert wurde.

Im Hinblick auf die Verwaltungspraxis besteht mit der von Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill* geleiteten Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) (s.o. 4.1) seit 1996 ein Netzwerk aus Kooperationspartnern in den Staatskanzleien, Innenministerien und Finanzministerien der Länder. Dieses setzt sich zusammen aus den jeweiligen Modernisierungsbeauftragten, mit denen WiDuT kommuniziert und im Rahmen seiner Transferaufgabe u.a. durch die regelmäßige Veranstaltung von Arbeitstagungen die Behandlung modernisierungsrelevanter Fragestellungen initiiert, koordiniert und moderiert.

Das FÖV ist Mitglied des *Transatlantic Policy Consortium (TPC)*. Das TPC ist ein Netzwerk von derzeit knapp 40 europäischen und nordamerikanischen Universitäten und Forschungsinstitutionen auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften, das im Jahr 1998 gegründet wurde und dessen Mitglieder je zur Hälfte aus den USA und der Europäischen Union kommen. Das TPC veranstaltet jährlich eine wissenschaftliche Tagung in den USA oder Europa. Das FÖV ist 2008 als offizielles Mitglied dem Transatlantic Policy Consortium

(TPC) beigetreten. Der Kontakt zu diesem Netzwerk wird für das FÖV von Herrn Prof. Dr. *Eberhard Bohne*, M.A. gepflegt.

Vom 30.-31. Mai 2013 fand in Den Haag eine TPC-Konferenz zum Thema „Transatlantic Perspectives in Public Affairs: Technology, Safety, Security“ statt. Im Rahmen der Konferenz fanden sechs Panels zu den unterschiedlichen Perspektiven des Konferenzthemas statt. Im Rahmen des Panels zum Thema „Energy and Environment: Towards Adaptive Governance“ haben Prof. Dr. *Eberhard Bohne*, M.A. zum Thema „Regulation as a „War on the Informal“: Can the War be Won?“ und *Katerina Potapova* zum Thema „Gas market regulation in Russia: non discriminatory access to the gas transportation system“ vorgetragen. Dr. *Jesse Lehrke* hat im Rahmen des Panels zum Thema „Public Resilience, Emergency Preparedness: Building Capacities to Bounce Back“ einen Vortrag zum Thema „Terrorism Alerts, Target Transference and Implications for Counter-terrorism: Evidence from the 2010 Europe-wide Terrorism alert“ gehalten. Er war außerdem Co-Chair des Panels zum Thema „Sustainable Markets: Entrepreneurship, R&D, and Innovation Policy“.

Das Forschungsnetzwerk „Public Contracts in Legal Globalization“ (www.public-contracts.net)

Das internationale Forschungsnetzwerk „Public Contracts in Legal Globalization“ (PCLG) widmet sich der Rechtsvergleichung im Bereich des Verwaltungsvertragsrechts, sowie verwandten (verwaltungs-)rechtlichen Themen. Im Jahr 2007 von den französischen Professoren *Jean-Bernard Auby* (Sciences Po Paris) und *Rozen Noguellou* (Université Paris Est – Créteil) gegründet, zählt das Netzwerk heute über 200 Wissenschaftler und Praktiker aus über 40 Ländern sowie mehrere Angehörige internationaler Organisationen. Das Netzwerk organisiert mehrere Tagungen im Jahr, produziert Sammelwerke³, stellt eine Datenbank bereit und gibt ein internationales elektronisches Journal heraus (siehe mehr unter www.public-contracts.net). Die Arbeit des Netzwerks wurde kürzlich in der Zeitschrift *International and Comparative Law Quarterly* als Pionierarbeit im Bereich der Verwaltungsrechtsvergleichung gewürdigt⁴. Koordinatoren des Netzwerks sind neben dem Lehrstuhl „Mutations

3 Siehe z.B. das im Rahmen des FÖV-Projekts „Europäisierung des Verwaltungsvertragsrechts“ entstandene Sammelwerk *Rozen Noguellou/Ulrich Stelkens* (Hrsg.), *Droit comparé des Contrats Publics/Comparative Law on Public Contracts*, Bruylant, Brüssel, 2010, 1012 S.

4 *Janina Boughey*, "Administrative Law: the Next Frontier for Comparative Law", in *International and Comparative Law Quarterly*, Bd. 62, Jan. 2013, 55 ff. (79).

de l'action publique et du droit public“ (Sciences Po Paris) die Mitglieder eines siebenköpfigen Lenkungsausschusses, dem auch *Ulrich Stelkens* (FÖV Speyer) angehört. Der Auf- und Ausbau der Netzwerkarbeit wurde wesentlich durch die Arbeit im Rahmen des FÖV-Projekts „Europäisierung des Verwaltungsvertragsrechts“ (Laufzeit: 01.11.2008 – 31.08.2013, mit Unterbrechung vom 01.07. – 31.12.2012) unterstützt.

Das Forschungsnetzwerk ReNEUAL (www.reneual-eu)

Das Forschungsnetzwerk „ReNEUAL – Research Network on EU Administrative Law“ hat sich zum Ziel gesetzt, eine Modellkodifikation des EU-Eigenverwaltungsverfahrensrechts, also sozusagen ein „EU-VwVfG“ zu entwerfen. Die Arbeit, die zunächst parallel zur Initiative des EU-Parlaments, zur Schaffung eines entsprechenden Gesetzentwurfes begonnen wurde⁵ und insbesondere vom Europäischen Bürgerbeauftragten unterstützt wird, konnte im September 2014 zu einem vorläufigen Ende gebracht werden. In einem rechtsvergleichenden Ansatz, der die bestehenden Regelungen des Verwaltungsverfahrensrechts auf EU-Ebene berücksichtigt, stellte das ReNEUAL-Netzwerk die sog. „Model Rules 2014“ vor.

Diese gliedern sich entsprechend der Arbeit des Netzwerks in working groups wie folgt: Administrative Rulemaking, Single Case Decision Making, Contracts, Mutual Assistance und Administrative Information Management“. *Ulrich Stelkens* (FÖV Speyer), Mitglied des steering committee von ReNEUAL, leitete zusammen mit *Jean-Bernard Auby* (Sciences Po Paris) und *Jacques Ziller* (Universität Pavia) die Arbeitsgruppe „Contracts“. Das vierte Buch des Regelentwurfs (Contracts) wurde maßgeblich von Ulrich Stelkens, Michael Mirschberger (FÖV Speyer) und Hanna Schröder (ehemals FÖV Speyer, nun Referentin am EuG) mit erarbeitet. Die Online-Publikation der Model Rules 2014 ist auf der Website des Netzwerks abrufbar. Derzeit sind Buchpublikationen der Verfahrensregeln in namhaften Fachverlagen (u.a. Oxford University Press, C.H. Beck) in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Polnisch und Spanisch in Vorbereitung. Im Herbst 2015 wird die Vorstellung der deutschen Publikation an einer hierfür eigens abgehaltenen Tagung am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig stattfinden.

5 Siehe die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2013 mit Empfehlungen an die Kommission zu einem Verwaltungsverfahren der Europäischen Union (2012/2024(INI)), <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0004&language=DE#top>.

Die Arbeit in diesem Netzwerk verbindet die bisherige Forschungsarbeit von Ulrich Stelkens mit den abgeschlossenen und laufenden Forschungsprojekten zum Verwaltungsvertragsrecht und zur Denationalisierung des Verwaltungsrechts, **insbesondere** des Teil-Projektes „Handlungsformen der EU-Eigenverwaltung beim direkten Vollzug des EU-Rechts (und im Europäischen Verwaltungsverbund)“ am FÖV und vernetzt die Forschungsarbeit des FÖV mit zahlreichen Wissenschaftlern (rund 140 Netzwerkmitglieder) im europäischen Ausland.

EU-weites Netzwerk zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie

Im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung (Tagungsförderung) geförderten Projekts „Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in Europa“, Projektleitung: *Ulrich Stelkens* und *Wolfgang Weiß*, Bearbeiter: *Michael Mirschberger*, FÖV/DHV Speyer, Laufzeit: 15.07.2009 – 30.09.2010, wurde ein EU-weites Netzwerk zur Erforschung der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie aufgebaut.

Die Arbeit des Netzwerks zielte darauf ab, anhand der Dienstleistungsrichtlinie aufzuzeigen, wie einheitlich oder unterschiedlich die Umsetzung von verwaltungsstrukturändernden europäischen Sekundärrechtsakten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfolgt. Die deutsche Umsetzungsstrategie wurde im Lichte der Umsetzung anderer Mitgliedstaaten betrachtet und bewertet, zusätzlich wurden Rückschlüsse auf ein evtl. der Dienstleistungsrichtlinie zugrunde liegendes mitgliedstaatliches Verwaltungsleitbild gezogen. In dem Netzwerk waren 39 Teilnehmer aus den (damals) 27 EU-Mitgliedstaaten beteiligt, die am 29./30.04.2010 zu einem von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Symposium in Speyer eingeladen waren.

Dazu auch: *Stelkens, Ulrich* (Hrsg.), zusammen mit *Wolfgang Weiß* und *Michael Mirschberger*, *The Implementation of the EU Services Directive – Transposition, Problems and Strategies*, T.M.C. Asser Press/Springer, Februar 2012, 665 Seiten.

7.2 Kooperationsvereinbarungen

Das FÖV ist über eine am 25. Januar 1996 unterzeichnete Kooperationsvereinbarung mit dem *Karlsruher Institut für Technologie* (KIT) (ehemals Forschungszentrum Karlsruhe – Technik und Umwelt) verbunden. Damit wurde die bereits vorher bestehende intensive Zusammenarbeit auf eine förmliche

Grundlage gestellt. Formen der Zusammenarbeit sind insbesondere die Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte und wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ergänzt wird die Vereinbarung aus dem Jahre 1996 durch einen am 7. Oktober 2002 unterzeichneten Kooperationsvertrag auf dem Gebiet des Wissensmanagements.

Das Forschungsinstitut hat am 14. Mai 2003 einen Kooperationsvertrag mit dem *Landtag Rheinland-Pfalz* unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichten sich das FÖV und die Landtagsverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz zu einer engen Zusammenarbeit inhaltlicher und personeller Art. Dritte Vertragspartei ist die DHV Speyer. Im Rahmen des Kooperationsvertrags werden auch die Kontakte zu weiteren in- und ausländischen Parlamenten intensiviert. In Zusammenhang mit der Kooperationsvereinbarung steht auch eine Verstärkung der Kontakte zur Historischen Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz.

Seit April 2004 kooperiert die von Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill* geleitete Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) (s.u. 4.1) mit dem Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz. Hierdurch soll die von WiDuT betriebene Dokumentation zur Verwaltungsmodernisierung mittels Online-Datenbank um aktuelle Materialien und Dokumente des Unterausschusses erweitert werden. Zudem wird auf dieser Grundlage im 2-Jahres-Rhythmus (erstmalig in 2004) eine länderübergreifende Dokumentation der Modernisierungsprozesse in den Verwaltungen des Bundes und der Länder als Speyerer Forschungsbericht herausgegeben. Die neueste Ausgabe des Berichts zu den Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund im Zeitraum 2008/2010 ist 2011 erschienen. Die exklusiv für die Kooperationspartner von WiDuT eingerichtete Datenbank bietet mittlerweile Zugriff auf fast 1400 Dokumente zur Verwaltungsmodernisierung, viele im Volltext, und ist damit wesentliches Service-Element von WiDuT.

Mit der *Escola d'Administració Pública de Catalunya, Barcelona* (Spanien), besteht seit 1987 ein Abkommen über Zusammenarbeit, das sich auf die gegenseitige Information über die Forschung auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften, die regelmäßige Veranstaltung gemeinsamer Seminare und anderer wissenschaftlicher Veranstaltungen über die öffentliche Verwaltung sowie den Austausch von Mitarbeitern und Veröffentlichungen erstreckt. Die letzte gemeinsame Tagung fand vom 23. bis 25. Mai 2013 in Speyer statt. Sie

war dem Thema „Gute Rechtsetzung“ gewidmet. – Regelmäßige Kontakte unterhält das Forschungsinstitut auch zum *Instituto Nacional de Administración Pública (INAP)* in Madrid, das dem spanischen Ministerium für öffentliche Verwaltung angegliedert ist. Die wissenschaftliche Verbindung findet vor allem im Rahmen von Tagungen und dem systematischen Austausch von Publikationen statt.

Auch zum *Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften*, Brüssel (Belgien), dessen Mitglied das FÖV ist, unterhält das Forschungsinstitut enge Beziehungen. Univ.-Prof. Dr. Dr. *Klaus König* war bis 2001 Vizepräsident des Instituts und später Vizepräsident der Deutschen Sektion. Im Rahmen der Zusammenarbeit finden regelmäßig gemeinsame Tagungen statt, so die Tagung der Deutschen Sektion des IIAS unter der wissenschaftlichen Leitung des Direktors des FÖV, Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, vom 18. bis 19. Oktober 2013 in Speyer zum Thema „Bewerten und Bewertet-Werden – Wirkungskontrolle und Leistungssicherung in der öffentlichen Verwaltung“. Das FÖV verfügt als Institution über einen Sitz im Vorstand der Deutschen Sektion. Derzeit ist Herr Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* Präsident der Deutschen Sektion.

Über Frau Univ.-Prof. Dr. *Gisela Färber*, kooperiert das FÖV mit der *Association of Local Public Economic Studies (ALPES)*, Ferrara (Italien).

Am 28. September 2004 unterzeichneten Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. *Karl-Peter Sommermann* (in Vertretung des Direktors des Forschungsinstituts) und der Rektor der Brasilianischen Bundesuniversität Fluminense, Univ.-Prof. *Cícero Mauro Fialho Rodrigues*, einen Kooperationsvertrag, an dem auch die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer beteiligt ist. Der seit dem Jahr 2000 bestehende wissenschaftliche Austausch, der auf brasilianischer Seite von Bundesrichter Univ.-Prof. Dr. *Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva* und auf Speyerer Seite von Herrn Univ.-Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann* initiiert wurde, fand seitdem in wissenschaftlichen Veranstaltungen in Brasilien und Deutschland unter Einbeziehung der Justiz- und Verfassungsgerichtsbarkeit beider Länder, darunter ein Bundesverfassungsrichter und der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Gestalt. Nachdem zunächst eine Forschergruppe unter der Leitung der Universitätsprofessoren *Sommermann* und *Perlingeiro* in mehreren durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die brasilianische Partnerorganisation CAPES geförderten Seminaren systematisch rechtliche und verwaltungskulturelle Bedingungen eines effektiven Verwaltungsrechtsschutzes erarbeitet hatte, wurde ab 2008 der Kreis der Forscher auf Professoren aus fünf europäischen und aus fünf amerikanischen Ländern erweitert und auf dieser verbreiterten Basis ein Musterkodex für den Verwaltungsrechtsschutz erarbeitet werden.

Eine kontinuierliche Forschungszusammenarbeit mit der Universität Buenos Aires und der argentinischen Vereinigung für Rechtsvergleichung besteht seit dem Jahr 2005 durch gemeinsame Vorhaben der Universitätsprofessoren *Karl-Peter Sommermann* und *Pedro Aberastury*, der auch an dem Projekt zur Erarbeitung eines Musterkodex für den Verwaltungsrechtsschutz (siehe vorigen Absatz) mitarbeitet.

Seit dem Jahr 2006 werden jährlich auf deutscher Seite von Univ.-Prof. Dr. *Sommermann* geleitete Seminare mit kolumbianischen Wissenschaftlern der Universidad del Rosario, Bogotá, zu Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abgehalten. Ein Seminar, an dem auch der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universidad del Rosario, Herr Univ.-Prof. *Venegas*, sowie die ehemalige Präsidentin des kolumbianischen Staatsrats, Frau Univ.-Prof. *Sarria* mitgewirkt haben, fand im Oktober 2008 in Erfurt und Speyer statt.

Am 29. Juli 2009 hat das FÖV eine Kooperationsvereinbarung mit der School of Public and Environmental Affairs der Indiana University geschlossen. Ziel der Kooperation ist es, gemeinsame Summer Schools, Forschungsprojekte, Lehrveranstaltungen und Symposien durchzuführen und den Austausch von Mitgliedern, Mitarbeitern und Studenten sowie Informationen und Forschungsergebnissen zu fördern. Beauftragte für die Kooperation sind für das FÖV Prof. Dr. *Eberhard Bohne*, M.A. und für die SPEA Prof. Dr. *Sergio Fernandez*.

Das FÖV und die School of Public and Environmental Affairs (SPEA) der Indiana University haben vom 19.-20. Juli 2012 eine internationale Konferenz zum Thema "Converging and Conflicting Trends in the Public Administration of the US, Europe, and Germany" gemeinsam in Speyer veranstaltet, an der insgesamt 94 renommierte Wissenschaftler aus Nordamerika, Europa und Asien teilgenommen haben. Dreh- und Angelpunkt der Veranstaltungen waren die großen Herausforderungen, denen sich die öffentliche Verwaltung auf beiden Seiten des Atlantiks stellen muss, und die unterschiedlichen Strategien zu ihrer Bewältigung. Aufgrund der großen Resonanz auf den offenen Call for Papers konnten insgesamt 16 Panel organisiert werden. Ausgewählte Beiträge sollen in einem Buch unter dem Titel „Trends in the Modern State: Public Administration at a Crossroads“ veröffentlicht werden, das von *Eberhard Bohne*, *John D. Graham* und *Jos C.N. Raadschelders* herausgegeben wird.

Am 29. April 2010 hat das FÖV in Bozen (Italien) eine trilaterale Kooperationsvereinbarung mit der DHV Speyer und der Europäischen Akademie Bozen (EURAC) geschlossen. Mit der Kooperation besiegeln die drei Institu-

tionen „die langjährige fruchtbringende Zusammenarbeit im Bereich Reformen der öffentlichen Verwaltung“, erklärte EURAC-Präsident Dr. *Werner Stuflesser* die Bedeutung des Abkommens. Neben dem Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden, soll in Zukunft auch der Austausch von Forschungsmaterialien und Ergebnissen gefördert und intensiviert werden. Der Schwerpunkt der trilateralen Kooperation liegt insbesondere in der gemeinsamen Forschung in den Bereichen Steuerföderalismus, Messung und Abbau von Bürokratiekosten mit dem Standardkostenmodell, Hochschulrecht und Public Management. Dabei sind die EURAC-Institute für Public Management und für Föderalismus- und Regionalismusforschung involviert. Das FÖV gewinnt mit der EURAC einen wichtigen Partner im Bereich der westeuropäischen Verwaltungsforschung. Von Seiten der DHV Speyer wurde der Kooperationsvertrag durch deren Rektor, Prof. Dr. *Stefan Fisch*, zugleich Mitglied am FÖV, unterzeichnet, von Seiten des FÖV durch dessen Geschäftsführerin, Frau Dr. *Margrit Seckelmann*.

Am 5. Juni 2013 hat das FÖV seine Beziehungen zu Südkorea vertieft, die bereits auf einen Kooperationsvertrag mit der Graduate School of Public Administration an der Dongguk University seit 1989 und mit dem Korea Institute of Public Administration seit 2005 zurückgehen. Nun wurde eine weitere Kooperationsvereinbarung mit dem Research Center for Social Cohesion am Korea Institute of Public Administration, dem Research Institute for Coexistence and Collaboration der Korea National Open University und dem Center for Conflict Resolution der Citizen's Coalition for Economic Justice. Vom 17. bis 19. Oktober 2013 fand am FÖV das mittlerweile 6. Koreanisch-deutsche Symposium zum Verwaltungsrechtsvergleich „Systemkrisen und Systemvertrauen“ unter Leitung von Prof. Dr. *Jon Hyun Seok* (Dankook University) und Prof. Dr. *Jan Ziekow* statt.

7.3 Aufenthalte von Gastforscherinnen und Gastforschern

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung nimmt in jedem Jahr in- und ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die bereits über einige Forschungserfahrung (in der Regel nachgewiesen durch eine Promotion oder eine vergleichbare wissenschaftliche Qualifikation) sowie gute Deutschkenntnisse verfügen, als Gastforscher/innen auf. Am Institut besteht neuerdings auch die Möglichkeit als junior researcher aufgenommen zu werden. Über die Aufnahme der Gastforscher /innen, die von einem/einer der Speyerer Universitätsprofessoren/Universitätsprofessorinnen wissenschaftlich betreut werden, entscheidet der Direktor. Den Gastforschern und

Gastforscherinnen steht die Infrastruktur des Instituts sowie der Universität, insbesondere die auch im internationalen Vergleich gut ausgestattete Bibliothek, zur Verfügung.

Im Jahr 2014 hielten sich folgende Gastforscherinnen und Gastforscher am FÖV auf:

Alice Valdesalici, EURAC - European Academy of Bolzano (Italien)

Dr. *Esra Ergüzelôglu-Kilim*, Universität Mersin (Türkei)

Dr. *Michel Tshiyoyo*, Universität Pretoria (Südafrika)

Prof. *Kil-Yong Park*, Semyung Universität (Südkorea)

Prof. *Chien-Hung Liu*, Nationale Chung Cheng Universität (Taiwan)

Prof. Dr. *Ricardo García Macho*, Universitat Jaume I, Castellón (Spanien)

Prof. *Arthur Gunlicks*, Ph.D., University of Richmond (USA)

Prof. *Hiroko Kudo*, Chuo Universität (Japan)

Prof. Dr. *Maribel González Pascual*, Bergamo Universität (Italien)

Prof. *Tshombe Lukamba-Muhiya*, North-West University (Südafrika)

Prof. Dr. *Irina Pluzhnik*, Tyumen State University (Russland)

Jang Seok Lee, Ministry of Trade, Industry and Energy (Südkorea)

8. Strategische Partnerschaften

8.1 Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Der wichtigste strategische Partner des FÖV ist die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (DUV).

Als ausschließlich postuniversitäre Einrichtung nimmt die DUV Speyer die Aufgabe wahr, die Verwaltungswissenschaften in Ausbildung, Fortbildung und Forschung zu pflegen. Ihr obliegt die Ausbildung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes (Referendare/Referendarinnen), die Fortbildung von Führungskräften im öffentlichen Bereich und die Forschung über rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme internationaler, staatlicher und kommunaler Verwaltungen. Die Universität Speyer besitzt das Promotions- und Habilitationsrecht. Sie ist Mitglied der Hochschulrektorenkonferenz.

Die Universität wurde 1947 von der französischen Besatzungsmacht als Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften gegründet und 1950 unter ihrem heutigen Namen durch Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bestätigt. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz. Durch ein Rahmenabkommen von 1952 haben Bund und Länder die Hochschule in gemeinsamer Trägerschaft übernommen. Nach der Wiedervereinigung sind auch die neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dem Verwaltungsabkommen über die Hochschule beigetreten.

Die Inhaber der 17 Lehrstühle der Universität vertreten das Öffentliche Recht, die Verwaltungswissenschaft, die Wirtschaftswissenschaften sowie Neuere Geschichte, Empirische Sozialwissenschaften und Politikwissenschaft als Schwerpunkte. Ein 18. Stiftungslehrstuhl beschäftigt sich mit Fragen des Wissenschaftsmanagements. Darüber hinaus vermitteln leitende Beamte/Beamtinnen, Richter /Richterinnen und Führungskräfte der Wirtschaft als Honorarprofessoren/-professorinnen und Lehrbeauftragte angewandtes Verwaltungswissen. Die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis hat sich nicht nur in der Lehre außerordentlich bewährt, sondern auch zu zahlreichen Anstößen für neue Forschungsarbeiten beigetragen.

8.2 Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM)

Das Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. (ZWM) ist eine gemeinsame Selbsthilfeeinrichtung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen, Wissenschaftsförderorganisationen und engagierten Einzelpersonen, die sich in gegenseitiger Unterstützung der weiteren Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements annehmen. Im Vorfeld der Gründung des ZWM als eingetragener Verein am 30. April 2002 war das ZWM zunächst als Servicebereich des FÖV tätig.

Die Aktivitäten des ZWM werden von folgenden Zielen und Aufgabenfeldern geleitet:

Ziele

- Verbesserung der wissenschaftsadäquaten Rahmenbedingungen von Lehre und innovativer Forschung,
- Aufbau einer nationalen Plattform für Wissenschaftsmanagement in Speyer, die über Netzwerke in- und ausländische Expertinnen/Experten einbindet,
- Austauschbörse und Ansprechpartner für umsetzbare Forschungsergebnisse und Anwendungserfahrungen aus dem Bereich des Wissenschaftsmanagements.

Aufgaben

- **Ausbildung**
Angebot des einsemestrigen postgradualen Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement und eines zweisemestrigen Aufbaustudiums mit Schwerpunkt Wissenschaftsmanagement in Kooperation mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (DHV);
- **Weiterbildung in ausgewählten Themenbereichen**
Weiterbildung im Wissenschaftsmanagement für Führungs- und Nachwuchsführungskräfte verschiedener Ebenen;

- **Durchführung anwendungsbezogener Forschungsvorhaben**

Praxisorientierte Projekte auf wissenschaftlicher Grundlage auf Anregung und in Abstimmung mit den Partnern und in Zusammenarbeit mit Forschern aus dem Netzwerk des Zentrums;

- **Dokumentation, Wissenstransfer, Beratung sowie Publikationen von Forschungsergebnissen**

Aufbau einer digitalen Wissensbasis für Wissenschaftsmanagement mit z.B. Ansprechpartnern zu Theorie und Praxis des Wissenschaftsmanagements, Fallstudien und best practice-Beispielen;

- **Aufbau und Pflege von Netzwerken**

Etablierung von nationalen und internationalen Netzwerken zwischen Wissenschaftlern, Wissenschaftsmanagern und Wissenschaftsförderern, z.B. themenspezifische Netzwerke für virtuellen und persönlichen Erfahrungsaustausch;

- **Durchführung von Werkstattgesprächen und Tagungen**

Veranstaltungen zu aktuellen Themen des Wissenschaftsmanagements und Entwicklungen im nationalen und internationalen Bereich.

Mitglieder und Partner des ZWM

Die Mitglieder und nationalen und internationalen Kooperations- und Netzwerkpartner des ZWM stammen aus dem öffentlichen und privaten Sektor:

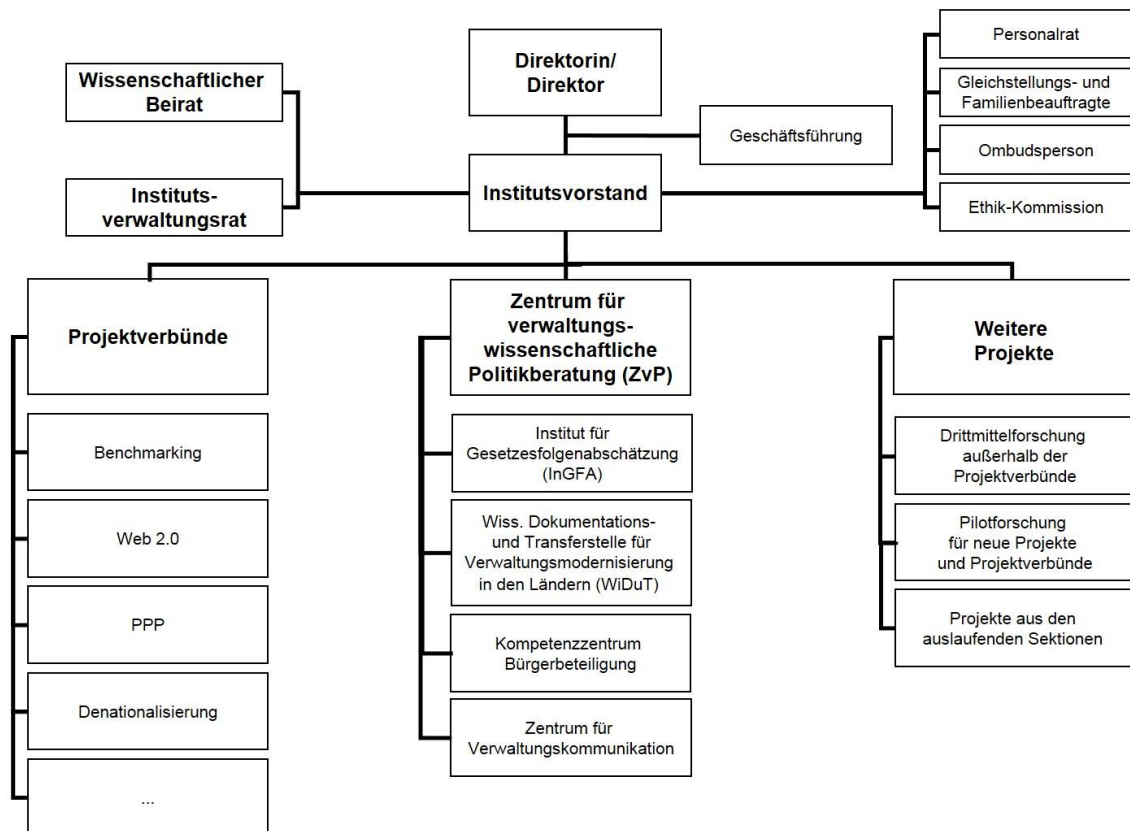
- Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen und Wissenschaftsförderorganisationen, Bildungs- und Wissenschaftsministerien des In- und Auslandes, des Bundes und der Bundesländer,
- hochschul- und forschungsbezogene Unternehmen,
- Wissenschaftsmanager und Forscher in öffentlichen, privaten und industriellen Forschungseinrichtungen.

Zu den Mitgliedern gehören z.B. die Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), die Leibniz-Gemeinschaft (WGL), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Seit der Gründung mit 38 Mitgliedern ist die Zahl der institutionellen und persönlichen Mitglieder kontinuierlich gestiegen.

Das ZWM hat bisher folgende strategische Partnerschaften geschlossen: Für die Aus- und Weiterbildung mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und für die Forschung mit dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Die mit einem Kooperationsvertrag manifestierte strategische Partnerschaft mit dem FÖV kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass die Geschäftsstelle des ZWM in Speyer angesiedelt ist. Ebenfalls mit einem Kooperationsvertrag wurde die internationale Zusammenarbeit mit EARMA – der European Association of Research Managers and Administrators mit Sitz in Brüssel besiegelt.

9. Statistischer Teil

9.1 Organisation



9.2 Finanzierung

Als der Leibniz-Gemeinschaft zugehörige Einrichtung wird das Forschungsinstitut vom Bund und den Ländern gemeinsam (jeweils 50 %) finanziert.

Angesichts des relativ geringen absoluten Betrags der institutionellen Förderung ist das Forschungsinstitut auf die Einwerbung von Drittmitteln angewiesen, um flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, aktuelle Fragen aufgreifen und in Projekten bearbeiten zu können. Die Drittmittelquote des Jahres 2014 belief sich, bezogen auf den Gesamthaushalt, auf rund 27 %. Nicht einbezogen sind dabei Einnahmen aus Verkäufen und Ähnlichem.

9.2.1 Gesamtbudget (in EURO)*

	Summe		Anteil am Gesamthaushalt	
	2014	2013	2014	2013
Institutionelle Förderung				
Bund	1.321.552	1.289.500	36,71 %	37,13 %
Länder	1.321.552	1.289.500	36,71 %	37,13 %
Eigene Einnahmen	223	2.530	0,01 %	0,07 %
Drittmittel	956.860	891.418	26,58 %	25,69 %
Summe	3.600.187	3.472.948	100 %	100 %

* Gesamthaushalt: Institutionelle Förderung und Drittmittel.

9.2.2 Drittmittel 2014 aufgeteilt nach Zuwendungsgebern
(gerundet auf 1.000 EURO)

Drittmittelgeber	Summe	Anteil an gesamten Drittmitteln
EU	—	—
davon Projekte	—	—
davon Veranstaltungen	—	—
Bund	369.458	39 %
davon Projekte	369.458	39 %
davon Veranstaltungen	—	—

Drittmittel- geber	Summe	Anteil an gesamten Drittmitteln
Länder	143.326	15 %
davon Pro- jekte	143.326	15 %
davon Ver- anstaltun- gen	—	—
Gemeinden	69.677	7 %
	69.677	7 %
davon Projekte	—	—
davon Ver- anstaltun- gen		
DFG	79.788	8 %
davon Pro- jekte	40.188	4 %
davon Ver- anstaltun- gen	39.600	4%
Stiftungen	37.620	4 %
davon Pro- jekte	37.620	4 %
davon Ver- anstaltun- gen	—	—
Sonstige	256.991	27 %
davon Pro- jekte	179.906	19 %
davon Ver- anstaltun- gen	77.085	8 %
gesamt	956.860	100 %

9.2.3 Haushaltsausgaben

	Summe		Anteil am Gesamthaushalt	
	€	€		
	2014	2013	2014	2013
Personal- ausgaben	1.977.670	1.728.831	59,88 %	54,76 %
Sachaus- gaben	625.291	685.602	18,93 %	21,72 %
Investitio- nen	51.477	97.486	1,56 %	3,09 %
Haus- haltstech- nische Verrech- nung*	583.000	583.000	17,65 %	18,47 %
DFG	65.300	62.200	1,98 %	1,97 %
Summe	3.302.738	3.157.119	100 %	100 %

* anteilige Personalkosten für Verwaltungs- und Bibliotheksleistungen der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

9.3 Personaldaten

9.3.1 Personalübersicht

Das Forschungsinstitut verfügte nach dem Stellenplan im Jahr 2014 über insgesamt 21 Stellen für wissenschaftliches und Leitungspersonal sowie vier Stellen für nicht-wissenschaftliches Personal.

Stellenplan 2014

Vergütungs-/Besoldungsgruppe	Anzahl (Soll)	Anzahl (Ist) (Stand: 31.12.2014)
<i>Stellenplan für wissenschaftliches und Leitungspersonal</i>		
A 15	1	1
TV-L E 14	7	2
TV-L E 13	13	13,9
TV-L E 12	—	0,5
Zwischensumme	21	17,4
<i>Stellenplan für nicht-wissenschaftliches Personal</i>		
TV-L E 13	1	1
TV-L E 11	-	1
TV-L E 8	2	0,75
TV-L E 5	1	1
Zwischensumme	4	3,75
Summe	25	21,15

Weitere Beschäftigungsverhältnisse

Vertragsart	Wertigkeit	Anzahl (Ist)
<i>Drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse (zum Teil nicht ganzjährig)</i>		
Abgeordnete Beamte	—	2
Dienstvertrag	TV-L E 13 1/1 bis 1/2	13
Dienstvertrag	TV-L E 13/2 und geringer	3
Dienstvertrag	Wissenschaftliche Hilfskraft	16
Werkvertrag	---	1

*9.3.2 Merkmale des wissenschaftlichen Personals
(Stichtag: 31. Dezember 2014)*

	insgesamt	davon weiblich
Höchste akademische Qualifikation		
Hochschulabschluss	26	5
Promotion	12	7
Habilitation	5	2
Ausbildung (Erststudium)		
Juristen	13	6
Verwaltungswissenschaftler	1	—
Ökonomen	13	3
Soziologen	4	—
Politologen	7	2
Historiker	1	1
Sprachwissenschaftler	2	1
Sonstige	2	1

9.4 Stellenplanung für den Programmzeitraum*

Verg.- Gruppe/ Bes.- Gruppe	2014	2015	2016	2017	2018	2019
A 15	1	1	1	1	1	1
TV-L E 14	7	7	7	7	7	7
TV-L E 13	13	13	13	13	13	13
Summe	21	21	21	21	21	21
TV-L E 13	1	1	1	1	1	1
TV-L E 8	2	2	2	2	2	2
TV-L E 5	1	1	1	1	1	1
Summe	4	4	4	4	4	4

* Die Drittmittelfinanzierung wurde in dieser Übersicht über die Planung der institutionell geförderten Stellen nicht berücksichtigt.

**Anhang I:
Rechtsgrundlagen**

Auszug aus dem

**Landesgesetz über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (DUVwG) vom 19.11.2010
(GVBl. 2010, S. 502, Nr. 223-20).**

**Vierter Abschnitt
Forschungsinstitut**

§ 67

Rechtsstellung und Aufgaben

- (1) Bei der Hochschule besteht das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Es untersteht in Selbstverwaltungsangelegenheiten der Rechtsaufsicht des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums und in Auftragsangelegenheiten der Fachaufsicht des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums.
- (2) Dem Forschungsinstitut obliegt die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (Verwaltungsforschung), insbesondere im Rahmen fachübergreifender Forschungsvorhaben, unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung; dies umfasst die Erschließung und Aufbereitung wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- (3) Das Forschungsinstitut hat das Recht der Selbstverwaltung und das eigene Satzungsrecht im Rahmen der Gesetze. Es nimmt seine Aufgaben als eigene Angelegenheiten wahr (Selbstverwaltungsangelegenheiten), soweit sie nicht als staatliche Aufgaben zur Erfüllung im Auftrag des Landes übertragen sind (Auftragsangelegenheiten). Satzungen bedürfen der Genehmigung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums.
- (4) Die Verwaltungs- und Bibliotheksorganisation für das Forschungsinstitut obliegt allein der Hochschule.

§ 68

Mitglieder

- (1) Das Forschungsinstitut hat Ordentliche und Korrespondierende Mitglieder. Die Ordentlichen und Korrespondierenden Mitglieder üben ihre Tätig-

keit als öffentliches Ehrenamt im Sinne von § 72 Abs. 2 LBG aus. Weitere Formen der Mitgliedschaft kann das Forschungsinstitut durch Satzung bestimmen.

(2) Die Ordentlichen Mitglieder werden vom Institutsvorstand im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat für die Dauer von fünf Jahren aus dem Kreis der auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland berufen; Wiederberufung ist möglich. Die Berufung ist dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium anzuzeigen. Der Institutsvorstand entscheidet auf der Grundlage eines individuellen Forschungsplans des zu berufenden Mitglieds, der sich in das Forschungsprogramm des Forschungsinstituts einpassen muss. Die Ordentlichen Mitglieder sind zur Wahl des Institutsvorstands berechtigt und können in den Institutsvorstand gewählt werden.

(3) Die Korrespondierenden Mitglieder werden vom Institutsvorstand im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat für die Dauer von fünf Jahren berufen; Wiederberufung ist möglich. Korrespondierende Mitglieder können sein:

1. auf dem Gebiet der Verwaltungsforschung ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler,
2. an in- oder ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anderer Disziplinen, welche die Verwaltungsforschung durch interdisziplinäre Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut fördern können, und
3. Praktikerinnen und Praktiker, die bei der Fortentwicklung der Verwaltungswissenschaften mitwirken.

Die Korrespondierenden Mitglieder wirken beratend und unterstützend bei den Forschungsprojekten mit und sind Teil eines wissenschaftlichen Netzwerks, welches die Forschungsk Kooperation des Forschungsinstituts unterstützt.

§ 69 Organe

Organe des Forschungsinstituts sind der Institutsvorstand, die Direktorin oder der Direktor, der Institutsverwaltungsrat und der Wissenschaftliche Beirat.

§ 70
Durchführungsbestimmungen

Das Nähere über Aufgaben und Organisation des Forschungsinstituts regelt das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung.

**Landesverordnung
über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
vom 15. Juni 2012**

Aufgrund des § 70 des Verwaltungshochschulgesetzes vom in der Fassung vom 19. November 2012 (GVBl. S. 502), geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (GVBl. S. 455, BS 223-20), wird verordnet:

§ 1

Aufgaben

- (1) In Erfüllung seiner Aufgabe zur Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften (§ 67 Abs. 2 des Verwaltungshochschulgesetzes – DHVG –) führt das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (Forschungsinstitut) insbesondere fachübergreifende Forschungsvorhaben durch, veröffentlicht seine Forschungsergebnisse, pflegt die Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen und veranstaltet internationale wissenschaftliche Konferenzen zu verwaltungswissenschaftlichen Fragestellungen sowie andere Fachtagungen.
- (2) Das Forschungsinstitut entwickelt ein Leitbild und ein Forschungsprogramm, aus dem sich die Forschungsschwerpunkte ergeben. Das Forschungsprogramm ist jährlich fortzuschreiben. Darüber hinaus stellt das Forschungsinstitut einen jährlichen Arbeitsplan auf, aus dem sich der für die Forschungsleistungen erforderliche personelle, finanzielle und zeitliche Aufwand ergibt.
- (3) Das Forschungsinstitut fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs. Es fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Es beachtet bei allen Vorschlägen und Entscheidungen sowie in seiner Forschungstätigkeit die geschlechtsspezifischen und familienbezogenen Auswirkungen (Gender Mainstreaming).

§ 2

Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten

(1) Zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten gehören insbesondere

1. die Entwicklung des Leitbildes und des Forschungsprogramms,
2. die Planung und Durchführung der Forschung,
3. die Pflege und Entwicklung von Kooperationen mit deutschen und ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, wissenschaftlichen Einrichtungen und Netzwerken, insbesondere im europäischen Forschungsverbund,
4. die Berufung der Mitglieder,
5. die Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
6. die Weiterbildung des Personals,
7. die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags,
8. die Verwaltung eigenen Vermögens und
9. die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Aufgaben des Forschungsinstituts.

(2) Die §§ 9, 74, 75 und 76 DHVG gelten für das Forschungsinstitut entsprechend.

§ 3

Direktorin oder Direktor

(1) Die Berufung der Direktorin oder des Direktors des Forschungsinstituts erfolgt nach Durchführung eines Auswahlverfahrens auf Vorschlag des Institutsvorstands mit Zustimmung des Institutsverwaltungsrats durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium für die Dauer von sieben Jahren. Wiederholte Berufungen sind zulässig. Eine vorzeitige Abberufung der Direktorin oder des Direktors erfolgt auf einen mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder des Institutsvorstands gefassten Antrag mit Zustimmung des Institutsverwaltungsrats durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium.

(2) Die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts

1. leitet und vertritt das Forschungsinstitut in alleiniger Verantwortung, soweit nicht eine Zuständigkeit anderer Organe ausdrücklich begründet ist,
2. ist für Leitbild und Forschungsprogramm des Forschungsinstituts verantwortlich, die sie oder er dem Institutsvorstand zur Beschlussfassung vorschlägt und
3. berichtet dem Institutsvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat regelmäßig, mindestens jedoch einmal jährlich über den Stand der Forschungsvorhaben und über die Entwicklung der Mitgliedschaft.

(3) Bei der Erledigung der Aufgaben nach Absatz 2 wird die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts von einer Geschäftsführerin oder einem Geschäftsführer unterstützt. Soweit zur Erledigung dieser Aufgaben nicht eigene Personal- oder Sachmittel des Forschungsinstituts zur Verfügung stehen, kann sich das Forschungsinstitut im Einvernehmen mit der Rektorin oder dem Rektor der Hochschule des Personals und der sächlichen Einrichtungen der Hochschule bedienen.

(4) Die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts nimmt gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Forschungsinstituts die Arbeitgeberfunktion wahr. Sie oder er ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Beamtinnen und Beamten und ernennt und entlässt diese, soweit die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident sich diese Befugnisse nicht durch die Landesverordnung über die Ernennung und Entlassung der Landesbeamten und Richter im Landesdienst vom 19. Mai 1980 (GVBl. S. 110, BS 2030-1-10) in der jeweils geltenden Fassung vorbehalten hat.

§ 4

Institutsvorstand

(1) Der Institutsvorstand besteht aus der Direktorin oder dem Direktor des Forschungsinstituts sowie drei weiteren Mitgliedern, die verschiedene disziplinäre Zugänge zur verwaltungswissenschaftlichen Forschung repräsentieren sollen.

(2) Die drei weiteren Mitglieder des Institutsvorstands werden von den Ordentlichen Mitgliedern des Forschungsinstituts aus ihrer Mitte für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Institutsvorstands findet eine Nachwahl für die verbleibende Amtszeit statt.

(3) Die Mitglieder des Institutsvorstands sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

(4) Der Institutsvorstand beschließt

1. das von der Direktorin oder dem Direktor des Forschungsinstituts vorgeschlagene Leitbild und Forschungsprogramm,
2. den Vorschlag zur Berufung der Direktorin oder des Direktors des Forschungsinstituts nach § 3 Abs. 1,
3. den Vorschlag zur Berufung von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats nach § 5 Abs. 2,
4. die Berufung von Mitgliedern des Forschungsinstituts (§ 68 DHVG),
5. die Forschungsvorhaben sowie
6. die Institutsordnung.

§ 5

Wissenschaftlicher Beirat

(1) Dem Wissenschaftlichen Beirat obliegt die wissenschaftliche Begleitung des Forschungsinstituts. Er unterstützt Evaluierungen des Forschungsinstituts.

(2) Der Wissenschaftliche Beirat besteht aus mindestens drei und höchstens fünf nicht dem Forschungsinstitut angehörenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die verschiedene Fachrichtungen des Forschungsinstituts vertreten sollen. Mindestens ein Mitglied soll seine berufliche Tätigkeit im Ausland ausüben. Die Mitglieder werden auf Vorschlag des Institutsvorstands von dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium für die Dauer von fünf Jahren berufen. Eine erneute Berufung ist nur einmalig zulässig.

(3) Vor der Berufung eines Mitglieds gibt der Institutsvorstand dem Wissenschaftlichen Beirat Gelegenheit zur Stellungnahme. Dazu informiert die Direktorin oder der Direktor des Forschungsinstituts die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats von der Berufungsabsicht.

(4) Der Wissenschaftliche Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 6

Institutsverwaltungsrat

(1) Der Institutsverwaltungsrat dient der Verbindung des Forschungsinstituts mit der Verwaltungspraxis und der Wahrung des gesamtstaatlichen Interesses aufgrund der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung des Forschungsinstituts nach Artikel 91 b des Grundgesetzes (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) vom 28. November 1975 (BAnz. Nr. 240 S. 4) in der jeweils geltenden Fassung. Er berät den Institutsvorstand, erörtert den jährlichen Arbeitsplan und vermittelt insbesondere den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis.

(2) Das Einvernehmen des Institutsverwaltungsrats ist erforderlich bei der Aufstellung des Haushaltsvoranschlags. Das Benehmen des Institutsverwaltungsrats ist erforderlich bei

1. der Entwicklung des Leitbildes und des Forschungsprogramms sowie
2. der Institutsordnung.

(3) Der Institutsverwaltungsrat besteht aus

1. drei Vertreterinnen oder Vertretern des Bundes,
2. drei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz, wobei ein Mitglied dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium und ein Mitglied dem für die Angelegenheiten der Rechtspflege zuständigen Ministeriums angehören muss, sowie
3. je einer Vertreterin oder einem Vertreter derjenigen Länder, die durch Erklärung gegenüber dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz dem Institutsverwaltungsrat beitreten.

Die Mitglieder werden von den jeweils zuständigen Stellen dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz sowie dem Institutsvorstand namentlich benannt. Vertretung und Stimmübertragung sind zulässig. Den Vorsitz führt das Mitglied, das dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Landes Rheinland-Pfalz angehört; die Vertretung erfolgt durch das dem für die Angelegenheiten der Rechtspflege zuständigen Ministeriums des Landes Rheinland-Pfalz angehörende Mitglied. Die Direktorin oder der Direktor und die stellvertretende Direktorin oder der

stellvertretende Direktor des Forschungsinstituts sowie das vorsitzende Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Institutsverwaltungsrats teil.

(4) Der Institutsverwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7

Personal, Finanzierung und Haushaltsgrundsätze

(1) Das Personal des Forschungsinstituts steht im unmittelbaren Dienst des Landes Rheinland-Pfalz.

(2) Das Forschungsinstitut wird gemäß der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung und der Ausführungsvereinbarung zu dieser Rahmenvereinbarung von den Vertragschließenden, vorbehaltlich der Entscheidungen der hiernach zuständigen Stellen gemeinschaftlich finanziert.

(3) § 72 DHVG gilt für das Forschungsinstitut entsprechend.

§ 8

Institutsordnung

Das Nähere über die Wahrnehmung der Aufgaben und die Organisation des Forschungsinstituts regelt eine Institutsordnung, die der Genehmigung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums bedarf.

§ 9

Übergangsbestimmungen

(1) Der bei Inkrafttreten dieser Verordnung im Amt befindliche Institutsvorstand bleibt für seine noch verbleibende Amtszeit im Amt. Die erstmalige Wahl des Institutsvorstandes nach § 4 erfolgt nach Ende dieser Amtszeit.

(2) Die oder der bei Inkrafttreten dieser Verordnung im Amt befindliche Direktorin oder Direktor des Forschungsinstituts bleibt für die noch verbleibende Amtszeit im Amt. Die erstmalige Wahl der Direktorin oder des Direktors nach § 3 erfolgt nach Ende dieser Amtszeit.

§ 10
Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Landesverordnung über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung vom 22. Dezember 2005 (GVBl. 2006 S. 16), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 2006 (GVBl. S. 438), BS 223-20-2, außer Kraft.

Mainz, den 15. Juni 2012

Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

In Vertretung

Vera Reiß

Institutsordnung

des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung

Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung gibt sich nach § 8 der Landesverordnung über das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung vom 15. Juni 2012 (GVBl. 2012 S. 213, BS 223-20-2) folgende Institutsordnung:

§ 1

Direktorin / Direktor

Die Berufung der Direktorin oder des Direktors erfolgt nach Durchführung eines Auswahlverfahrens auf Vorschlag des Institutsvorstands mit Zustimmung des Institutsverwaltungsrats durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium des Landes für die Dauer von sieben Jahren. Zur Vorbereitung des Vorschlags des Institutsvorstands wird eine Auswahlkommission gebildet, der vier vom Institutsvorstand benannte Ordentliche Mitglieder des Instituts, ein Mitglied des Institutsverwaltungsrats, ein Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats sowie eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler angehören, die oder der in der verwaltungswissenschaftlichen Forschung ausgewiesen und nicht Mitglied des Instituts ist sowie vom Institutsvorstand benannt wird.

§ 2

Institutsvorstand

(1) Der Institutsvorstand besteht aus der Direktorin oder dem Direktor sowie drei weiteren, aus den Reihen der Ordentlichen Mitglieder gewählten Personen, die verschiedene disziplinäre Zugänge zur verwaltungswissenschaftlichen Forschung repräsentieren sollen. Für die Mitglieder des Institutsvorstandes werden Abwesenheitsvertretungen gewählt.

(2) Der Institutsvorstand wird von der Direktorin oder dem Direktor zu seinen Sitzungen schriftlich einberufen. Hierbei ist eine Tagesordnung mit näherer Bezeichnung der Beratungsgegenstände anzugeben. Der Institutsvorstand ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens zwei Mitglieder des Institutsvorstandes dies unter näherer Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich verlangen.

(3) Die Einladung soll den Mitgliedern des Institutsvorstandes eine Woche vor dem Sitzungstermin zugegangen sein. In begründeten Ausnahmefällen kann die Ladungsfrist abgekürzt werden. Jedes Mitglied des Instituts kann

unter Beachtung dieser Fristen schriftlich verlangen, dass eine näher bezeichnete Angelegenheit in die Tagesordnung aufgenommen wird. Falls kein in der Sitzung des Institutsvorstandes anwesendes Mitglied des Institutsvorstandes bzw. dessen Vertreter widerspricht, kann auch über eine Angelegenheit, die nicht Tagesordnungspunkt ist, in der Sitzung des Institutsvorstandes beraten und beschlossen werden.

(4) Die Direktorin oder der Direktor kann weitere Personen um ihre Teilnahme an der Sitzung des Institutsvorstandes bitten, wenn dies wegen der zu behandelnden Angelegenheiten zweckmäßig erscheint.

(5) Die Direktorin oder der Direktor führt den Vorsitz in der Sitzung des Institutsvorstandes. Der Institutsvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Institutsvorstand beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder; über die Annahme und Durchführung der einzelnen Forschungsvorhaben beschließt er mit der Mehrheit der Zahl seiner Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Direktorin oder des Direktors.

(6) Zur Stellvertretung der Direktorin oder des Direktors wird ein Mitglied des Institutsvorstands durch denselben gewählt.

§ 3

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(1) Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind die auf den Planstellen des Instituts geführten oder aus Drittmitteln finanzierten Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten, die mit der Bearbeitung von Forschungsaufgaben betraut sind.

(2) Das Institut unterstützt und fördert die wissenschaftliche Weiterqualifikation der Forschungsreferentinnen und Forschungsreferenten. Diese sowie die sie ggf. betreuenden Mitglieder des Instituts unterrichten die Direktorin oder den Direktor laufend über die Entwicklung der wissenschaftlichen Weiterqualifikation.

§ 4

Formen der Mitgliedschaft

Das Institut hat Ordentliche und Korrespondierende Mitglieder (§ 68 Abs. 1 Satz 1 DHVG). Das Institut kann Personen, die sich um das Institut besonders verdient gemacht haben, die Ehrenmitgliedschaft verleihen (Ehrenmitglieder). Sofern dies zur Ergänzung der Forschung des Instituts erforderlich ist,

können Personen für die Zeit ihrer wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Ordentlichen Mitgliedern in Forschungsvorhaben zu vorhabensbezogenen Mitgliedern ernannt werden. Die Verleihung nach Satz 2 und die Ernennung gemäß Satz 3 erfolgen durch Beschluss des Institutsvorstands.

§ 5

Mitglieder- und Beschäftigtenversammlung

(1) Die Versammlung der Ordentlichen Mitglieder des Instituts (Mitgliederversammlung) wird von der Direktorin oder dem Direktor mindestens einmal im Kalenderjahr schriftlich einberufen. Die Ladungsfrist soll zwei Wochen betragen. Die Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Viertel der Ordentlichen Mitglieder dies unter näherer Bezeichnung des Beratungsgegenstandes schriftlich verlangt.

(2) Bei der Einberufung der Mitgliederversammlung ist eine Tagesordnung mit näherer Bezeichnung der Beratungsgegenstände anzugeben. Falls kein in der Mitgliederversammlung anwesendes Ordentliches Mitglied des Instituts widerspricht, kann auch über eine Angelegenheit, die nicht Tagesordnungspunkt ist, beraten und beschlossen werden.

(3) Die Direktorin oder der Direktor führt den Vorsitz der Mitgliederversammlung.

(4) Die Mitgliederversammlung kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden Empfehlungen gegenüber dem Institutsvorstand und der Direktorin oder dem Direktor aussprechen. Für die Beschlussfähigkeit gilt § 29 Abs. 1 DHVG.

(5) Für die Versammlung der am Institut tätigen Beschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten (Beschäftigtenversammlung) gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

§ 6

Veranstaltungen

Das Institut führt unter der wissenschaftlichen Leitung von Mitgliedern des Instituts internationale wissenschaftliche Konferenzen zu verwaltungswissenschaftlichen Fragestellungen sowie andere Veranstaltungen durch. Eine Kooperation mit anderen Einrichtungen sowie eine gemeinsame Leitung mit auswärtigen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern ist möglich.

§ 7

Veröffentlichung von Forschungsergebnissen

Bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sind die beteiligten Mitglieder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, die einen eigenen wissenschaftlichen Beitrag geleistet haben, als Mitautorinnen und Mitautoren zu nennen. Falls keine Einigung erreicht werden kann, entscheidet die Direktorin oder der Direktor.

§ 8

Hoheitliche Forschung, Gemeinnützigkeit der entgeltlichen Auftragsforschung

(1) Die Institutsforschung unterscheidet sich in hoheitliche Forschung und in entgeltliche Auftragsforschung im Ressortbereich der Bundes- oder Landesbehörden sowie für Private.

(2) Der Bereich der entgeltlichen Auftragsforschung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(3) Zweck des Betriebs ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben im Bereich der wissenschaftlichen Erforschung staatlichen Verwaltungshandelns im Auftrag von Bund, Ländern, Gemeinden oder anderer Auftraggeber. Diese Projekte dienen der Hervorbringung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich des Verwaltungshandelns. Die im Rahmen der Forschungsprojekte gewonnenen Erkenntnisse sollen entweder über öffentlich zugängliche Projektberichte in einer der Publikationsreihen des Instituts oder in einem anerkannten Fachverlag, über wissenschaftliche Artikel, Tagungen, die Nachrichtenreihen oder die Homepage des Instituts der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

(4) Der Betrieb gewerblicher Art der entgeltlichen Forschungstätigkeit des Instituts ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(5) Mittel des Bereichs der gewerblichen Auftragsforschung des Instituts dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Sie sind in diesem Rahmen für den vom Mittelgeber bestimmten Zweck zu verwenden. Die Mittel sind bei der für Haushaltsfragen zuständigen Stelle auf gesonderten Konten zu führen.

(6) Das Institut erhält bei Auflösung oder Aufhebung des Betriebs gewerblicher Art oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der von ihm geleisteten Sacheinlagen zurück.

(7) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Einwerbung und Annahme von Drittmitteln darf nicht mit einer Beschaffungsentscheidung des Instituts in Zusammenhang stehen. Die rechtlichen und tatsächlichen Leistungsbeziehungen zwischen Drittmittelgeber und Forschungsinstitut sind zu dokumentieren und aufzubewahren.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Institutsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz in Kraft. Gleichzeitig tritt die Institutsordnung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 7. Dezember 2004 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz vom 17. Januar 2005, S. 16 ff.) außer Kraft.

§ 10

Überprüfung

Vier Jahre nach dem Inkrafttreten prüft der Institutsvorstand, ob sich die Bestimmungen dieser Institutsordnung bewährt haben.

Speyer, den 13. November 2012

Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow

Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung

Die Institutsordnung wurde von der Staatskanzlei am 17. November 2012 genehmigt und am 17. Dezember 2012 im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz veröffentlicht.

**Anhang II:
Alle Veröffentlichungen und Vorträge der Mitglieder,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2014**

1. Selbständige Veröffentlichungen

- Arnim, Hans Herbert von* (Hrsg.), Die Bezahlung und Versorgung von Politikern und Managern. Beiträge auf der 15. Speyerer Demokratietagung vom 24. bis 25. Oktober 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 224, Berlin 2014.
- Arnim, Hans Herbert von* (Hrsg.), Volkssouveränität, Wahlrecht und direkte Demokratie. Beiträge auf der 14. Speyerer Demokratietagung vom 6. bis 7. Dezember 2012 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 221, Berlin 2014.
- Bauer, Christian*, Die Energieversorgung zwischen Regulierungs- und Gewährleistungsstaat. Die Gasnetzzugangs- und Gasnetzentgeltregulierung durch Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 225, Berlin 2014.
- Bohne, Eberhard/Graham, John D./Raadschelders, Jos C. N./Lehrke, Paul* (Hrsg.), Public administration and the Modern State. Assessing Trends and Impact, Basingstoke 2014.
- Collin, Peter/Bender, Gerd/Ruppert, Stefan/Seckelmann, Margrit/Stolleis, Michael* (Hrsg.), Moderne Regulierungsregime/Regulierte Selbstregulierung in der westlichen Welt des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 290, Frankfurt am Main 2014.
- Färber, Gisela/Salm, Marco/Schwab, Christian*, Evaluation des Verwaltungsmodernisierungsprozesses ‚Change²‘ der Stadt Mannheim, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 276, Speyer 2014.
- Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard* (Hrsg.), Bessere Verwaltungssprache. Grundlagen, Empirie, Handlungsmöglichkeiten, Berlin 2014.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Die Universität im Mehrebenensystem – Modernisierungsansätze in Deutschland, Italien und Österreich, Ius publicum europaeum, Bd. 226, Tübingen 2014.
- Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Seckelmann, Margrit/Thews, Michael* (Hrsg.), Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen, Loseblattausgabe, Wiesbaden 2014.
- Hill, Hermann* (Hrsg.), Die Neubestimmung der Privatheit, Baden-Baden 2014.
- Hill, Hermann* (Hrsg.), E-Transformation. Veränderung der Verwaltung durch digitale Medien, Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 28, Baden-Baden 2014.
- Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar* (Hrsg.), Transparenz, Partizipation, Kollaboration. Die digitale Verwaltung neu denken, Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 27, Baden-Baden 2014.
- Hill, Hermann/Sommermann, Karl-Peter/Wieland, Joachim/Ziekow, Jan* (Hrsg.), Brauchen wir eine neue Verfassung? – Zur Zukunftsfähigkeit des Grundgesetzes. Vorträge der 75. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 25. bis 27. Februar 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe

der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Bd. 222, Berlin 2014.

König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, Baden-Baden 2014.

Kuhlmann, Sabine/Wollmann, Hellmut, Introduction to comparative public administration. Administrative systems and reforms in Europe, Cheltenham 2014.

Martini, Mario, Die Pflegekammer – verwaltungspolitische Sinnhaftigkeit und rechtliche Grenzen, Schriften zum Gesundheitsrecht, Bd. 29, Berlin 2014.

Martini, Mario, Wettbewerbsrechtliche Sanktionsmöglichkeiten der Rechtsanwaltskammern, Baden-Baden 2014.

Martini, Mario/Thiel, Georg/Röttgen, Astrid (Hrsg.), Geodaten und Open Government. Perspektiven digitaler Staatlichkeit, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 280, Speyer 2014.

Mathieu, Emmanuelle, Networks, committees or agencies?: coordination and expertise in the implementation of EU regulatory policies, Florence 2014.

Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. VII/1. Grundrechte in Österreich, neu bearb. und erw. 2. Aufl., Heidelberg 2014.

Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. VII/2. Grundrechte in der Schweiz und Lichtenstein, neu bearb. und erw. 2. Aufl., Heidelberg 2014.

Morner, Michèle (Hrsg.), 1. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance 22. bis 23. April 2013. Politik, Verwaltung und Aufsichtsräte im Spannungsfeld zwischen Gesetz, gelebter Praxis und Öffentlichkeit, Speyerer Arbeitshefte, Bd. 213, Speyer 2014.

Müller, Lena-Sophie/Fritzsche, Saskia/Hartenstein, Heiko/Hecht, Stefanie/Krämer, Elisabeth/Hill, Hermann, Ein soziales Netzwerk als internes Kommunikationsmittel für die öffentliche Verwaltung. Potenziale, Herausforderungen und Realisierungsoptionen auf dem Weg zur vernetzten Organisation, Berlin 2014.

Perlingeiro, Ricardo/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Euro-American Model Code of Administrative Jurisdiction, Niterói 2014.

Preller, Stefan, Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 278, Speyer 2014.

Pruisken, Insa, Fusionen im institutionellen Feld "Hochschule und Wissenschaft", Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, Bd. 15, Baden-Baden 2014.

Walther, Steffen, Reformen der Beamtenversorgung aus ökonomischer Perspektive, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 277, Speyer 2014.

- Wieland, Joachim/Wolff, Johanna*, Kommunales Vermögen – Kommunale Finanz- und Vermögensverwaltung unter Knappheitsbedingungen, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 279, Speyer 2014.
- Wirtz, Bernd W.*, Mergers & Acquisitions Management. Strategie und Organisation von Unternehmenszusammenschlüssen, 3. aktualisierte u. überarb. Aufl, Wiesbaden 2014.
- Ziekow, Jan* (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Luftverkehrs-, Planfeststellungs- und Umweltrechts, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 219, Berlin 2014.
- Ziekow, Jan* (Hrsg.), Bewerten und Bewertet-Werden. Wirkungskontrolle und Leistungssicherung in der öffentlichen Verwaltung, Schriften der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 38, Baden-Baden 2014.
- Ziekow, Jan/Masser, Kai/Ritter, Tobias*, Erweiterte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten in Baden-Württemberg – Abschätzung der Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift „Bürgerdialog“ und des „Leitfadens für eine neue Planungskultur“ der Landesregierung, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 275, Speyer 2014.
- Ziekow, Jan/Piesker, Axel/Salm, Marco/Sicko, Corinna*, Neue Serviceangebote für Dienstleister. Erfahrungen mit den Einheitlichen Ansprechpartnern in Baden-Württemberg, Schriften zur Evaluationsforschung, Bd. 4, Baden-Baden 2014.

2. Aufsätze in Zeitschriften und elektronische Veröffentlichungen

- Adam, Christian/Bauer, Michael W./Hartlapp, Miriam*, It's Not Always about Winning: Domestic Politics and Legal Success in EU Annulment Litigation, in: Journal of Common Market Studies (JCMS), Bd. 53 (2014), S. 185–200.
- Arnim, Hans Herbert von*, Abgeordnetengesetz ohne Kontrolle – Zur Diätennovelle der großen Koalition, in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) (2014), S. 605–615.
- Arnim, Hans Herbert von*, Die EU-Politikfinanzierung ignoriert europarechtliche Grundsätze, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Bd. 67 (2014), S. 2250–2256.
- Arnim, Hans Herbert von*, Die Strategien der Macht und das Problem ihrer Kontrolle, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ), Bd. 33 (2014), S. 846–852.
- Arnim, Hans Herbert von*, Kritisches zur Kritik der Sperrklausel-Rechtsprechung des BVerfG, in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.), Bd. 129 (2014), S. 1489–1500.
- Arnim, Hans Herbert von*, Europäische Politikfinanzierung: So undemokratisch wie die EU selbst (16.5.2014); online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eu-abgeordnete-gehalt-parteienfinanzierung/>.
- Arnim, Hans Herbert von*, Diätenerhöhung – Fern von den Augen der Öffentlichkeit (2.7.2014); online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/diaeten-erhoehung-bundestagsabgeordnete-verfassungsmaessigkeit/>.

- Bauer, Christian/Seckelmann, Margrit*, Zentral, dezentral oder egal? Eine rechtliche und verwaltungswissenschaftliche Analyse der Aufteilung der Regulierungsaufgaben zwischen Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 67 (2014), S. 951–960.
- Bauer, Michael W./Becker, Stefan*, Debate: From the front line to the back stage—how the financial crisis has quietly strengthened the European Commission, in: *Public Money & Management (PMM)*, Bd. 34 (2014), S. 161–163.
- Bauer, Michael W./Becker, Stefan*, The Unexpected Winner of the Crisis: The European Commission's Strengthened Role in Economic Governance, in: *Journal of European Integration*, Bd. 36 (2014), S. 213–229.
- Bauer, Michael W./Becker, Stefan/Richet, Isabelle*, La gouvernance économique durant et après la crise, in: *Pouvoirs – revue française d'études constitutionnelles et politiques*, Bd. 149 (2014), S. 29–44.
- Bauer, Michael W./Knill, Christoph*, A Conceptual Framework for the Comparative Analysis of Policy Change: Measurement, Explanation and Strategies of Policy Dismantling, in: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, Bd. 16 (2014), S. 28–44.
- Bauer, Michael W./Tatham, Michaël*, German Regional Administrative Elites, New Public Management and the Role of the State in the Economy, in: *Revue Française d'Administration Publique (RFAP)*, Bd. 151-152 (2014), S. 783–804.
- Beckers, Thorsten/Hoffrichter, Albert*, Eine (institutionen-)ökonomische Analyse grundsätzlicher und aktueller Fragen bezüglich des institutionellen Stromsektordesigns im Bereich der Erzeugung, in: *Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ)*, Bd. 3 (2014), S. 57–63.
- Bohne, Eberhard*, Gegenstand, methodische Grundlagen und theoretischer Bezugsrahmen der Verwaltungswissenschaft, in: *Die Verwaltung (Verw)*, Bd. 47 (2014), S. 159–195.
- Bohne, Eberhard/Bauer, Christian*, Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung der Regulierung der Strom- und Gaswirtschaft, in: *Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ)*, Bd. 3 (2014), S. 443–451.
- Braun Binder, Nadja*, Blickpunkt Deutschland – 2014 – das Jahr der Selbstanzeigen?, in: *Steuer-Revue*, Bd. 69 (2014), S. 594–596.
- Braun Binder, Nadja*, Quoren und Fristen bei der elektronischen Unterschriftensammlung (e-Collecting), in: *Zeitschrift für Schweizerisches Recht (ZSR)*, Bd. 133 (2014), S. 539–557.
- Bronnenmayer, Matias/Wirtz, Bernd W./Göttel, Vincent*, Success factors of management consulting, in: *Review of Managerial Science* (2014), S. 1–34.
- Demper, Maxmilian*, 6. Speyerer Kartellrechtsforum: Aktuelle Themen, Energierecht als Teilschwerpunkt und künftige Verfahrensentwicklungen, in: *Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWS)*, Bd. 25 (2014), S. 220–222.
- Färber, Gisela/Hengstwerth, Stephanie/Salm, Marco*, Grundsteuerreform in Deutschland: eine unendliche Geschichte?, in: *Wirtschaftsdienst*, Bd. 94 (2014), S. 740–747.

- Färber, Gisela/Kühl, Carsten/Alt, Denis*, Faire Steuerbasis notwendig – eine Erwiderung, in: *Wirtschaftsdienst*, Bd. 94 (2014), S. 579–582.
- Färber, Gisela/Kühl, Carsten/Alt, Denis*, Neuordnung der Besteuerungskompetenzen bei der Einkommensteuer: Entlastung des vertikalen und des horizontalen Finanzausgleichs, in: *Wirtschaftsdienst*, Bd. 94 (2014), S. 267–274.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Bürgerpartizipation und Betroffenenbeteiligung mit Blick auf Italien, in: *Die Verwaltung (Verw)*, Bd. 47 (2014), S. 271–283.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Mehrebenendemokratie und Bürgerpartizipation (Bericht), in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 67 (2014), S. 570–573.
- König, Thomas/Luig, Bernd*, Ministerial Gatekeeping and Parliamentary Involvement in the Implementation Process of EU Directives, in: *Public Choice*, Bd. 160 (2014), S. 501–519.
- König, Thomas/Mäder, Lars*, The Strategic Nature of Compliance: An Empirical Evaluation of Law Implementation in the Central Monitoring System of the European Union, in: *American Journal of Political Science (AJPS)*, Bd. 58 (2014), S. 246–263.
- Kühling, Jürgen/Beckers, Thorsten/Ryndin, Andrej/Bäumel, Andreas*, Schutz fiskalischer Interessen bei IFG-Anfragen zu ÖPP-Projekten – Das Beispiel der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei Bundesautobahnen, in: *InfrastrukturRecht (IR)*, Bd. 11 (2014), S. 101–107.
- Kuhlmann, Sabine*, Multi-level Governance in Kontinentaleuropa: Mehrebenenverflechtung und institutionelle Reformfähigkeit im deutsch-französischen Vergleich, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Bd. 8 (2014), S. 193–210.
- Kuhlmann, Sabine*, Transparenzlücke im Mehrebenensystem, in: *Public Governance* (2014), S. 15.
- Lehrke, Jesse*, A Cohesion Model for Assessing Military Arbitration of Revolutions, in: *Armed Forces & Society*, Bd. 40 (2014), S. 146–167.
- Lehrke, Jesse/Schomaker, Rahel*, Mechanisms of Convergence in Domestic Counter-Terrorism Regulation: American Influence, Domestic Needs, and International Networks, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, Bd. 37 (2014), S. 689–712.
- Margies, Burkhard*, Merkmale der Behördensprache und Möglichkeiten der Veränderung, in: *RP Report*, Bd. 40 (2014), S. 31–35.
- Martini, Mario*, Big Data als Herausforderung für den Persönlichkeitsschutz und das Datenschutzrecht, in: *Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.)*, Bd. 129 (2014), S. 1481–1489.
- Martini, Mario*, Die Bürger ins Boot holen – Herausforderungen für die Verwaltung 2.0, in: *Leibniz Journal* (1/2014), S. 15.
- Martini, Mario*, Zeitliche Höchstgrenzen der Forderungsdurchsetzung als Herausforderung für den Rechtsstaat, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) – Extra*, Bd. 33 (2014), S. 1-23; online verfügbar unter http://rsw.beck.de/rsw/upload/NVwZ/NVwZ-Extra_2014_23.pdf.

- Martini, Mario/Damm, Matthias*, Der Zugang der Öffentlichkeit zu hochauflösenden Satellitenbildern, in: *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)*, Bd. 29 (2014), S. 130–135.
- Martini, Mario/Damm, Matthias*, Der Zugang der Öffentlichkeit zu hochauflösenden Satellitenbildern, in: *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)*, Bd. 67 (2014), S. 130–135.
- Martini, Mario/Damm, Matthias*, Succession of States in the EU, in: *ancilla iuris*, Bd. 9 (2014), S. 159–181.
- Martini, Mario/Kühl, Benjamin*, Staatliches Informationshandeln, in: *Jura*, Bd. 36 (2014), S. 1221–1236.
- Michels, Caroline/Schmoch, Ulrich*, Impact of bibliometric studies on the publication behaviour of authors, in: *Scientometrics*, Bd. 98 (2014), S. 369–385.
- Möltner, Hannah/Morner, Michèle*, Erfolgsrezept Unternehmenskultur!?, in: *high potential* (Dezember 2013/Januar 2014), S. 11f.
- Morner, Michèle/Wojtczak, Markus/Klimke, Bettina*, Balance von Gemeinwohl und Ökonomie: Zentrale Aspekte eines zukunftsgerichteten Beteiligungsmanagements, in: *Publicus – Der Online-Spiegel für das öffentliche Recht* (2014), S. 18–20.
- Mühlenkamp, Holger*, Public Private Partnerships and Government Debt, in: *CESifo Dice Report – Journal for Institutional Comparisons*, Vol. 12, Issue 3, (2014), S. 24–30.
- Papenfuß, Ulf/Morner, Michèle*, Governance-Praxis: Reform drängt – Bundesweite Expertenkommission für Musterkodex empfohlen, in: *Publicus – Der Online-Spiegel für das öffentliche Recht* (2014), S. 26–28.
- Piehler, Robert/Wirtz, Bernd W./Daiser, Peter*, An Analysis of Continuity Intentions of eGovernment Portal Users, in: *Public Management Review*, Bd. 16 (2014), S. 1–36.
- Piesker, Axel*, „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser?“ – Gesetzesevaluationen im Politikfeld Innere Sicherheit, in: *Zeitschrift der Koreanisch-Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaften*, Bd. 24 (2014), S. 57–110.
- Pitschas, Rainer*, Administrative Law in the Modern State. The Change of the German Administrative Law on the Background of the Economic, Ecologic and Social Perspectives of Development within the Contemporary Europe, in: *The Hokkai-Gakuen Law Journal*, Bd. 50 (2014), S. 237–258.
- Pitschas, Rainer*, Alternative Konfliktlösung im öffentlich-rechtlichen Bereich, in: *Zeitschrift für Konflikt-Management und Mediation*, Bd. 17 (2014), S. 146–149.
- Schomaker, Rahel*, Institutional Quality and Private Sector Participation, in: *European Journal of Government and Economics (EJGE)*, Bd. 3 (2014), S. 104–118.
- Schomaker, Rahel*, Towards more Competition in Water Infrastructure – Which Regulation do we Need?, in: *Public Policy and Administration Review*, Bd. 2 (2014), S. 1–16.
- Schwab, Christian/Kuhlmann, Sabine/Wollmann, Hellmut*, Local Public Sector Reforms in Times of Crisis: National Trajectories and International Comparisons (Bericht), in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 67 (2014), S. 839–842.
- Seckelmann, Margrit*, „Mit seltener Objektivität“: Fritz Morstein Marx – Die mittleren Jahre (1934-1961), in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 67 (2014), S. 1029–1048.

- Seckelmann, Margrit*, Wohin schwimmt die Demokratie?, Liquid Democracy auf dem Prüfstand, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), Bd. 67 (2014), S. 1–10.
- Sommermann, Karl-Peter*, Some Reflections on the Concept of Solidarity and its Transformation into a Legal Principle, in: Archiv des Völkerrechts (AVR), Bd. 52 (2014), S. 10–24.
- Stelkens, Paul/Wabnitz, Miriam*, Mitbenutzung von Bundesfernstraßen zum Ausbau von NGA-Netzen, in: MultiMedia und Recht (MMR), Bd. 17 (2014), S. 655–660.
- Stelkens, Ulrich*, Das verwaltungswissenschaftliche Ergänzungsstudium (nicht nur) für Rechtsreferendare an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, in: Ad Legendum, Bd. 11 (2014), S. 267–272.
- Stelkens, Ulrich/Wabnitz, Miriam*, Micro- und Minitrenching im TKG-Wegerecht, in: MultiMedia und Recht (MMR), Bd. 17 (2014), S. 587–591.
- Stelkens, Ulrich/Wabnitz, Miriam*, Mitbenutzung „alternativer Infrastrukturen“ für NGA-Netze, in: MultiMedia und Recht (MMR), Bd. 17 (2014), S. 730–735.
- Swiatczak, Martyna/Morner, Michèle*, Vergütungsstruktur als Erfolgsfaktor: Leistungsanreizsystem für Geschäftsführer öffentlicher Unternehmen, in: Publicus – Der Online-Spiegel für das öffentliche Recht (2014), S. 14–16.
- Tatham, Michaël/Bauer, Michael W.*, Competence ring-fencing from below? The drivers of regional demands for control over upwards dispersion, in: Journal of European Public Policy, Bd. 21 (2014), S. 1367–1385.
- Tatham, Michaël/Bauer, Michael W.*, Support from below? Supranational institutions, regional élites and governance preferences, in: Journal of Public Policy, Bd. 34 (2014), S. 237–267.
- Walther, Axel/Morner, Michèle*, Ein Cooling-Off für Vorstände? Status Quo und Entwicklungsperspektiven aus betriebswirtschaftlicher Sicht, in: Zeitschrift für Corporate Governance (ZCG), Bd. 4 (2014), S. 153–156.
- Walther, Axel/Morner, Michèle*, Opening the Black Box of Nomination Committees: A Case-Study of Non-Executive Director Selections in German Supervisory Boards // Opening the black box of nomination committees: a case study of non-executive director selections in German supervisory boards, in: International Journal of Business Governance and Ethics (IJBGE), Bd. 9 (2014), S. 136.
- Walther, Axel/Morner, Michèle*, Thesen zur Zukunft wertschaffender Corporate Governance, in: Der Aufsichtsrat (2014), S. 38–40.
- Walther, Axel/Schirmer, Felix/Morner, Michèle*, Hoher Anspruch, harte Wirklichkeit: „Say-on-Pay“ und die Wirkung der Schweizer „Abzocker-Initiative“, in: Der Aufsichtsrat (2014), S. 122–124.
- Weiß, Wolfgang*, Alternative Streitbeilegung und die Verwaltung des Binnenmarkts, in: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.), Bd. 129 (2014), S. 553–562.
- Weiß, Wolfgang*, Hat die Selbstregulierung der Wirtschaft noch eine Zukunft?, in: Der Staat, Bd. 53 (2014), S. 555–575.

- Weiß, Wolfgang*, Kommunale Entscheidungsspielräume bei § 46 EnWG, in: Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ), Bd. 3 (2014), S. 435–443.
- Weiß, Wolfgang*, Zu den Auswahlkriterien für eine Konzession gemäß § 46 II, III EnWG: Anmerkung zu den BGH-Urteilen vom 17.12.2013, Az. KZR 65/12 und KZR 66/12, in: Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ), Bd. 3 (2014), S. 280–283.
- Wieland, Joachim*, Die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung wächst mit dem Fortschritt der Vereinigung Europas, in: Der Landkreis, Bd. 84 (2014), S. 113–117.
- Wieland, Joachim*, Eigenständigkeit und Solidarität – Aufgabengerechte Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, in: JuristenZeitung (JZ), Bd. 69 (2014), S. 829–838.
- Wieland, Joachim*, Investitionen statt Nullverschuldung, in: Ifo Schnelldienst (2014), S. 5–12.
- Wieland, Joachim*, CSU will EU-Kompetenzgerichtshof. Nicht immer gleich nach den Richtern rufen (13.01.2014); online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eu-kontrolle-kompetenzgerichtshof-csu/>.
- Wieland, Joachim*, ESM und Fiskalpakt verfassungsgemäß. Der Rettungsschirm hält (18.03.2014); online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bverfg-urteil-2-bvr-1390-12-esm-fiskalpakt-ezb/>.
- Wieland, Joachim*, Wahl des EU-Kommissionspräsidenten. Machtkampf in Brüssel (17.06.2014); online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/europawahl-kommissionspraesident-juncker/>.
- Wieland, Joachim*, Rekapitalisierung unter dem Rettungsschirm: Der Bundestag als Bankenretter (14.11.2014), online verfügbar unter <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/banken-rekapitalisierung-rettungsschirm-grundgesetz-bundestag-esm/>.
- Wirtz, Bernd W.*, Business Models, Value Chains and Competencies in Media Markets. A Service System Perspective, in: Palabra Clave – Revista de Comunicación (Pacla), Bd. 17 (2014), S. 1041–1066.
- Wirtz, Bernd W./Göttel, Vincent*, Business Model Innovation, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Bd. 43 (2014), S. 529–535.
- Wirtz, Bernd W./Göttel, Vincent*, Business Model Innovation: das Fallbeispiel Google, Teil 1: Fallbeschreibung und Aufgaben, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Bd. 43 (2014), S. 566–568.
- Wirtz, Bernd W./Göttel, Vincent*, Business Model Innovation: das Fallbeispiel Google, Teil 2: Lösungen, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Bd. 43 (2014), S. 629–632.
- Wirtz, Bernd W./Mory, Linda/Piehler, Robert/Daiser, Peter*, Measuring eGovernment Portal Management on the Local Level: Results from a Survey of Public Administration Officials, in: International Public Management Review (IPMR), Bd. 15 (2014), S. 1–31.

- Wirtz, Bernd W./Nitzsche, Philipp T./Ullrich, Sebastian*, User integration in social media: an empirical analysis, in: *International Journal of Electronic Business (IJEB)*, Bd. 11 (2014), S. 63–84.
- Wolff, Johanna*, Steuerrecht und Geschlecht, in: *Steuer und Wirtschaft (StuW)*, Bd. 91 (2014), S. 369–372.
- Ziekow, Jan*, Möglichkeiten und Grenzen der Verbesserung der Chancen von Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, Bd. 67 (2014), S. 765–776.
- Ziekow, Jan*, Rekommunalisierung – Roll back der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen? Zum Stand der Diskussion in Deutschland (japanisch), in: *Rikkyu Homukenkyu – St. Pauls’s Law Review* (2014), S. 43–64.
- Ziekow, Jan*, Verfahrensfehler im Umweltrecht – notwendige Nachjustierungen im deutschen Verwaltungsrecht, in: *Natur und Recht (NuR)*, Bd. 36 (2014), S. 229–235.

3. Aufsätze in Sammelwerken

- Arnim, Hans Herbert von*, Die Bezahlung von Politikern: Art, Höhe und Verfahren, in: ders. (Hrsg.), *Die Bezahlung und Versorgung von Politikern und Managern*, Beiträge auf der 15. Speyerer Demokratietagung vom 24. bis 25. Oktober 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 224, Berlin 2014, S. 31–56.
- Arnim, Hans Herbert von*, Die politische, die wirtschaftliche und die mediale Kasse: Ersticken sie die Bürger? in: ders. (Hrsg.), *Volkssouveränität, Wahlrecht und direkte Demokratie*, Beiträge auf der 14. Speyerer Demokratietagung vom 6. bis 7. Dezember 2012 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 221, Berlin 2014, S. 27–32.
- Aubin, David/Mathieu, Emmanuelle/Matthys, Joery/Verhoest, Koen*, Assessing the Regulatory Arrangements: Concepts, Theories and Methods. Adaptive regulatory arrangements in Belgium, Ireland, the Netherlands and Switzerland, in: *Aubin, David/Verhoest, Koen* (Hrsg.), *Multi-level regulation in the telecommunications sector*, Basingstoke 2014, S. 12–44.
- Auby, Jean-Bernard/Mirschberger, Michael/Schröder, Hanna/Stelkens, Ulrich/Ziller, Jacques*, Book IV: Contracts, in: *Hofmann, Herwig C./Schneider, Jens-Peter/Ziller, Jacques* (Hrsg.), *ReNEUAL Model Rules on EU Administrative Law*, (Online Publikation) 2014, S. 143–197.
- Bauer, Michael W./Studinger, Philipp*, Regio-Crats’ Policy Participation Demands in the EU Multilevel System. Assessing trends and impact, in: *Bohne, Eberhard/Graham, John D./Raadschelders, Jos C. N./Lehrke, Paul* (Hrsg.), *Public administration and the modern state*, Basingstoke 2014, S. 238–256.
- Braun Binder, Nadja*, Direkte Demokratie nach dem Vertrag von Lissabon? Ein Schweizer Beitrag zur Debatte = Democracy in the European Union: a contribution from Swiss

perspective, in: Kübler, Daniel (Hrsg.), Demokratie in der Europäischen Union, Schriften zur Demokratieforschung, Bd. 9, Zürich 2014, S. 129–140.

Braun Binder, Nadja, Instrumente der direkten Demokratie im Mehrebenensystem. Beiträge zur Reform der Demokratie in Österreich, in: Bußjäger, Peter/Balthasar, Alexander/Sonntag, Niklas (Hrsg.), Direkte Demokratie im Diskurs, Schriftenreihe des Instituts für Föderalismus, Bd. 118, Wien 2014, S. 61–74.

Braun Binder, Nadja, Kommentierung Artt. 60 (Eigentum, Enteignung) und 61 (Sozialisierung), in: Brocker, Lars/Droege, Michael/Jutzi, Siegfried (Hrsg.), Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz (Kommentar), 2. Aufl., Baden-Baden 2014.

Collin, Peter/Bender, Gerd/Ruppert, Stefan/Seckelmann, Margrit/Stolleis, Michael, Vorwort, in: Collin, Peter/Bender, Gerd/Ruppert, Stefan/Seckelmann, Margrit/Stolleis, Michael (Hrsg.), Moderne Regulierungsregime/Regulierte Selbstregulierung in der westlichen Welt des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 290, Frankfurt am Main 2014, S. VII–IX.

Damm, Matthias, Der Zugang zu Satellitendaten. Perspektiven digitaler Staatlichkeit, in: Martini, Mario/Thiel, Georg/Röttgen, Astrid (Hrsg.), Geodaten und Open Government, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 280, Speyer 2014, S. 109–122.

Färber, Gisela, (Fast) 20 Jahre Integration der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich: Eine finanzwissenschaftliche Perspektive, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF) (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2014 – Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2014, S. 112–130.

Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard, Einfluss der Verwaltungskultur auf die Sprache der legalistischen Verwaltung. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur, Baden-Baden 2014, S. 67–80.

Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard, Was tun? Wege zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Arbeit an einer besseren Verwaltungssprache, in: dies. (Hrsg.), Bessere Verwaltungssprache, Grundlagen, Empirie, Handlungsmöglichkeiten, Berlin 2014, S. 225–244.

Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard, Wozu eine bessere Verwaltungssprache?, in: dies. (Hrsg.), Bessere Verwaltungssprache, Grundlagen, Empirie, Handlungsmöglichkeiten, Berlin 2014, S. 9–16.

Fritzsche, Saskia, Legal Challenges of E-Participation as an Instrument of Vibrant Democracy. Insights into the Research project “Government Information Activities in the Web 2.0 Age” at the German Research Institute for Public Administration, in: Pallinger, Tibor/Komáromi, László (Hrsg.), Good Governance: Reforming Representation, 2014.

Fritzsche, Saskia, Virtuelle Vernetzung für die digitale Verwaltung. Zehn Handlungsempfehlungen für den Einsatz eines sozialen Netzwerks als Binnenkommunikationskanal der öffentlichen Verwaltung, in: Hill, Hermann (Hrsg.), E-Transformation, Veränderung der Verwaltung durch digitale Medien, Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 28, Baden-Baden 2014, S. 9–27.

- Gabriel, Oscar W.*, Bürgerbeteiligung an Großprojekten: Ausdruck lebendiger Demokratie oder das Lernen, die bittere Pille zu schlucken?, in: Hill, Hermann/Sommermann, Karl-Peter/Wieland, Joachim/Ziekow, Jan (Hrsg.), Brauchen wir eine neue Verfassung? – Zur Zukunftsfähigkeit des Grundgesetzes, Vorträge der 75. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 25. bis 27. Februar 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Bd. 222, Berlin 2014, S. 31–66.
- Gabriel, Oscar W.*, Politische Beteiligung in Deutschland, in: Pohl, Kerstin/Massing, Peter (Hrsg.), Mehr Partizipation – mehr Demokratie?, Schwalbach am Taunus 2014, S. 27–45.
- Gabriel, Oscar W.*, Verwaltungsvertrauen und Demokratie. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur, Baden-Baden 2014, S. 359–390.
- Gabriel, Oscar W./Frankenberger, Rolf/Geißel, Brigitte*, Partizipative Verfahren und ihre Wirkungen auf politische Systeme, in: Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Partizipation im Wandel, Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh 2014, S. 297–326.
- Gabriel, Oscar W./Keil, Silke I.*, Empirische Wahlforschung in Deutschland. Kritik und Entwicklungsperspektiven, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, 2. überarb. Aufl., Wiesbaden 2014, S. 827–868.
- Gabriel, Oscar W./Kersting, Norbert*, Politisches Engagement in deutschen Kommunen. Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, in: Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Partizipation im Wandel, Gütersloh 2014, S. 43–181.
- Hogan, K./Möser, A./Masser, Kai*, Praxisbeispiel: Online-gestütztes Bürgerpanel in Hannover – 2.850 dauerhaft Beteiligte, in: Ley, Astrid (Hrsg.), Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, 2. neu bearb. Aufl., 2014.
- Klages, Helmut/Masser, Kai*, Das Speyerer Bürgerpanel, in: Ley, Astrid (Hrsg.), Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, 2. neu bearb. Aufl., 2014.
- Konzendorf, Gottfried/Piesker, Axel/Reiter, Renate*, Evaluation in der öffentlichen Verwaltung, in: Böttcher, Wolfgang/Kerlen, Christiane/Maats, Peter/Schwab, Oliver/Sheikh, Sonja (Hrsg.), Evaluation in Deutschland und Österreich, Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation, Münster 2014, S. 17–21.
- Kuhlmann, Sabine*, Verwaltungspluralität in Europa: Konvergenz, Divergenz oder Persistenz? Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur, Baden-Baden 2014, S. 469–491.

- Kuhlmann, Sabine/Grohs, Stephan/Bogumil, Jörg*, Reforming Public Administration in Multilevel Systems. An Evaluation of Performance Changes in European Local Government, in: Bohne, Eberhard/Graham, John D./Raadschelders, Jos C. N./Lehrke, Paul (Hrsg.), Public administration and the modern state, Assessing trends and impact, Basingstoke 2014, S. 205–222.
- Lehrke, Jesse/Schomaker, Rahel*, The Sources of Security Regulation Convergence, in: Bohne, Eberhard/Graham, John D./Raadschelders, Jos C. N./Lehrke, Paul (Hrsg.), Public administration and the modern state, Assessing trends and impact, Basingstoke 2014, S. 90–105.
- Magiera, Siegfried*, Freizügigkeit und ihre Grenzen in der Europäischen Union. in: Calliess, Christian/Kahl, Wolfgang/Schmalenbach, Kirsten (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union, Deidelsheimer Kolloquium zu Ehren von Detlef Merten anlässlich seines 75. Geburtstages, Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Bd. 80, Berlin 2014, S. 161–180.
- Magiera, Siegfried*, Gerichtshof der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Europa von A bis Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 13. Aufl., Baden-Baden 2014, S. 279–285.
- Magiera, Siegfried*, Kommentierung der Art. 38 bis 49 („Der Bundestag“), Art. 121 („Begriff der Mehrheit“) und Art. 137 („Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes“) Grundgesetz, in: Sachs, Michael/Battis, Ulrich/Huber, Peter M. (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, 7. Aufl., München 2014, S. 1213-1313, 2473-2474, 2534-2540.
- Magiera, Siegfried*, Kommentierung der Art. 39 bis 46 („Bürgerrechte“), in: Meyer, Jürgen (Hrsg.), Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Kommentar), 4. Aufl., Baden-Baden 2014, S. 569–651.
- Magiera, Siegfried*, Rechnungshof, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Europa von A bis Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 13. Aufl., Baden-Baden 2014, S. 404–407.
- Magiera, Siegfried*, Rechtsakte und Rechtssetzung der Union, in: Niedobitek, Matthias (Hrsg.), Europarecht – Grundlagen der Union, Berlin/Boston 2014, S. 599–682.
- Magiera, Siegfried/Niedobitek, Matthias*, Gerichtshof, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2014, Baden-Baden 2014, S. 117–126.
- Magiera, Siegfried/Niedobitek, Matthias*, Rechnungshof, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2014, Baden-Baden 2014, S. 141–147.
- Margies, Burkhard/Fisch, Rudolf*, Kooperative Ansätze für die Entwicklung einer guten Verwaltungssprache, in: Fisch, Rudolf/Margies, Burkhard (Hrsg.), Bessere Verwaltungssprache, Grundlagen, Empirie, Handlungsmöglichkeiten, Berlin 2014, S. 213–224.
- Martini, Mario*, Datenschutz und Sicherheit, in: Rogall-Grothe, C. (Hrsg.), Leitfaden Elektronische Rechnung in der öffentlichen Verwaltung, Frankfurt a. M. 2014, S. 53–85.

- Martini, Mario*, Geodaten als Rohstoff der digitalen Welt, in: Martini, Mario/Thiel, Georg/Röttgen, Astrid (Hrsg.), Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 280, Speyer 2014, S. 1–4.
- Martini, Mario*, Kommentierung der Art. 114 und 115 rh-pf. Landesverfassung, in: Brocker, Lars/Droege, Michael/Jutzi, Siegfried (Hrsg.), Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz (Kommentar), 2. Aufl., Baden-Baden 2014, S. 930–954.
- Martini, Mario*, Transparenz, Partizipation und Kollaboration als Leitbilder einer digitalen Zeitenwende, in: Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Transparenz, Partizipation, Kollaboration, Die digitale Verwaltung neu denken, Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 27, Baden-Baden 2014, S. 11–15.
- Martini, Mario*, Vom heimischen Sofa in die digitale Agora: E-Partizipation als Instrument einer lebendigen Demokratie?, in: Hill, Hermann (Hrsg.), Die Neubestimmung der Privatheit, Baden-Baden 2014, S. 161–205.
- Masser, Kai*, Demokratische Bürgerbeteiligung durch Losverfahren. Bürgerpanels als Instrument gegen Politikverdrossenheit?, in: Hill, Hermann (Hrsg.), E-Transformation, Veränderung der Verwaltung durch digitale Medien, Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 28, Baden-Baden 2014, S. 109–122.
- Masser, Kai/Boje*, Praxisbeispiel Gießen, in: Ley, Astrid (Hrsg.), Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, 2. neu bearb. Aufl., 2014.
- Masser, Kai/Mory, Linda*, Bürgerbeteiligung im WEB 2.0 – Zur aktuellen Konjunktur eines langfristigen Trends. in: Dittler, Ullrich/Hoyer, Michael (Hrsg.), Social Network – die Revolution der Kommunikation, Kundenkommunikation, Facebook-Freundschaften, digitale Demokratie und virtuelle Shitstorms unter medienpsychologischer und mediensoziologischer Perspektive, München 2014.
- Masser, Kai/Mory, Linda*, Verwaltungsmodernisierung in der Republik Südafrika: (Wie) Kann ausländische Unterstützung helfen?, in: Ognois, Laure (Hrsg.), Grenzüberschreitende Entwicklungszusammenarbeit : 18. – 20. April 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Speyerer Arbeitshefte, Bd. 212, Speyer 2014.
- Masser, Kai/Möser, A.*, Bürger-Panel Hannover, in: Hill, Hermann/Martini, Mario/Wagner, Edgar (Hrsg.), Transparenz, Partizipation, Kollaboration, Die digitale Verwaltung neu denken, Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Bd. 27, Baden-Baden 2014.
- Masser, Kai/Schimanke, Dieter/Kubar, Alexey*, Building Up Centers for Administrative Services (CAS) in Ukraine, in: Ognois, Laure (Hrsg.), Grenzüberschreitende Entwicklungszusammenarbeit: 18. – 20. April 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Speyerer Arbeitshefte, Bd. 212, Speyer 2014.
- Mathieu, Emmanuelle/Aubin, David*, Regulation of Telecommunications in Belgium: Organizational Complexity and Regulatory Effectiveness, in: Aubin, David/Verhoest, Koen (Hrsg.), Multi-level regulation in the telecommunications sector, Adaptive regulatory arrangements in Belgium, Ireland, the Netherlands and Switzerland, Basingstoke 2014, S. 45–47.

- Morner, Michèle/Misgeld, Manuel*, Governing Public Value: How to Foster Knowledge-intensive Collaboration in the Public Sector, in: Gnan, Luca/Hinna, Alessandro/Monteduro, Fabio (Hrsg.), Mechanisms, roles and consequences of governance, Emerging issues, Studies in Public and Non-Profit Governance, Bd. V. 2, Bingley 2014, S. 41–57.
- Piesker, Axel*, Gesetzesevaluationen in einer legalistischen Verwaltungskultur. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur, Baden-Baden 2014, S. 143–170.
- Potapova, Katerina*, Zur Kritik des Konzepts 'Informelles Regieren', in: Bröchler, Stephan/Grunden, Timo (Hrsg.), Informelle Politik, Konzepte, Akteure und Prozesse, Wiesbaden 2014, S. 99–117.
- Schomaker, Rahel/Huck, Volker*, International Organizations and the Private Sector – Global Public-Private Partnerships for Global Public Goods?, in: Wentzel, Dirk (Hrsg.), Grundbegriffe der Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Stuttgart 2014.
- Schomaker, Rahel/Wentzel, Dirk*, Bestimmungsfaktoren erfolgreicher Revolutionen – Zur Rolle von Demographie und Migrationsmöglichkeiten, in: Apolte, Thomas (Hrsg.), Transfer von Institutionen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 340, Berlin 2014.
- Seckelmann, Margrit*, § 53 VwVfG (Hemmung der Verjährung durch Verwaltungsakt), in: Bauer, Rainer/Heckmann, Dirk/Ruge, Kay/Schallbruch, Martin (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz mit rechtlichen Aspekten des E-Government (Kommentar), Wiesbaden 2014.
- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung des § 1 (Auftrag der Schule) (in Fortführung der Kommentierung von Hennecke/Günzel), in: Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Seckelmann, Margrit/Thews, Michael (Hrsg.), Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen, Loseblattausgabe, Wiesbaden 2014.
- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung des § 20 (Schulversuche) (in Fortführung der Kommentierung von Günzel), in: Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Seckelmann, Margrit/Thews, Michael (Hrsg.), Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen, Loseblattausgabe, Wiesbaden 2014.
- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung des § 23 (Selbständigkeit der Schulen) (in Fortführung der Kommentierung von Hennecke/Günzel), in: Grumbach, Joachim/Bickenbach, Christian/Seckelmann, Margrit/Thews, Michael (Hrsg.), Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG), Kommentar mit Ausführungsbestimmungen, Loseblattausgabe, Wiesbaden 2014.
- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung des § 42a VwVfG (Genehmigungsfiktion), in: Bauer, Rainer/Heckmann, Dirk/Ruge, Kay/Schallbruch, Martin (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz mit rechtlichen Aspekten des E-Government (Kommentar), Wiesbaden 2014.

- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung des Art. 27 (Elternrecht und Schulwesen), in: Brocker, Lars/Droege, Michael/Jutzi, Siegfried (Hrsg.), Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz (Kommentar), 2. Aufl., Baden-Baden 2014.
- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung des Art. 28 (Öffentliche und private Schulen), in: Brocker, Lars/Droege, Michael/Jutzi, Siegfried (Hrsg.), Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz (Kommentar), 2. Aufl., Baden-Baden 2014.
- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung des Art. 29 (Christliche Gemeinschaftsschule), in: Brocker, Lars/Droege, Michael/Jutzi, Siegfried (Hrsg.), Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz (Kommentar), 2. Aufl., Baden-Baden 2014.
- Seckelmann, Margrit*, Kommentierung zu Art. 30 (Privatschulen), in: Brocker, Lars/Droege, Michael/Jutzi, Siegfried (Hrsg.), Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz (Kommentar), 2. Aufl., Baden-Baden 2014.
- Seckelmann, Margrit*, Reflexive Reformprozesse und politische Selbstkorrekturfähigkeit: Erfolgsbedingungen von Evaluationen am Beispiel der Hartz-Gesetze, in: Ziekow, Jan (Hrsg.), Bewerten und Bewertet-Werden, Wirkungskontrolle und Leistungssicherung in der öffentlichen Verwaltung, Schriften der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 38, Baden-Baden 2014, S. 83–120.
- Seckelmann, Margrit*, Regulierte Selbstregulierung – Gewährleistungsstaat – Kooperativer Staat – Governance: Aktuelle Bilder des Zusammenwirkens zwischen öffentlichen und privaten Akteuren als Analysekatoren für historische Kooperationsformen, in: Collin, Peter/Bender, Gerd/Ruppert, Stefan/Seckelmann, Margrit/Stolleis, Michael (Hrsg.), Moderne Regulierungsregime/Regulierte Selbstregulierung in der westlichen Welt des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Bd. 290, Frankfurt am Main 2014, S. 27–55.
- Seckelmann, Margrit*, Wohin schwimmt die Demokratie?, Liquid Democracy auf dem Prüfstand, in: Hill, Hermann/Sommermann, Karl-Peter/Wieland, Joachim/Ziekow, Jan (Hrsg.), Brauchen wir eine neue Verfassung? – Zur Zukunftsfähigkeit des Grundgesetzes, Vorträge der 75. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 25. bis 27. Februar 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Bd. 222, Berlin 2014, S. 67–89.
- Siegel, Thorsten*, Die Berücksichtigung der Ergebnisse von Mediationsverfahren in der Planfeststellung, in: Ziekow, Jan (Hrsg.), Aktuelle Probleme des Luftverkehrs-, Planfeststellungs- und Umweltrechts, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Bd. 219, Berlin 2014, S. 367–381.
- Sommermann, Karl-Peter*, Deutsch-georgische wissenschaftliche Zusammenarbeit. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Einrichtung eines Master-Studiengangs „Public Administration“ an der Staatlichen Universität Tiflis, in: Ognois, Laure (Hrsg.), Grenzüberschreitende Entwicklungszusammenarbeit : 18. – 20. April 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Speyerer Arbeitshefte, Bd. 212, Speyer 2014, S. 7–23.

- Sommermann, Karl-Peter*, Prinzipien des Verwaltungsrechts, in: Bogdandy, Armin von/Huber, Peter M. (Hrsg.), Handbuch Ius Publicum Europaeum, Verwaltungsrecht in Europa: Grundzüge, Bd. V, Heidelberg 2014, S. 863–892.
- Sommermann, Karl-Peter*, Soziale Rechte in Stufen: Überwindung einer alten Debatte?, in: Calliess, Christian/Kahl, Wolfgang/Schmalenbach, Kirsten (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union, Deidesheimer Kollequium zu Ehren von Detlef Merten anlässlich seines 75. Geburtstages, Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Bd. 80, Berlin 2014, S. 107–127.
- Sommermann, Karl-Peter*, The Theory of “Essential National Policies” in the Lisbon Judgment of the German Federal Constitutional Court, in: Giegerich, Thomas/Gstrein, Oskar Josef/Zeitmann, Sebastian (Hrsg.), The EU Between 'an Ever Closer Union' and Inalienable Policy Domains of Member States, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration, Bd. 80, Baden-Baden 2014, S. 43–58.
- Sommermann, Karl-Peter*, Towards a Common European Administrative Culture? Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur, Baden-Baden 2014, S. 605–628.
- Sommermann, Karl-Peter/Kruse, Franziska*, Stellungnahme zur Rolle der Gemeinden im europäischen Mehrebenensystem, in: Alber, Elisabeth/Zwilling, Carolin (Hrsg.), Gemeinden im Europäischen Mehrebenensystem: Herausforderungen im 21. Jahrhundert, Schriftenreihe der Europäischen Akademie Bozen, Bereich »Minderheiten und Autonomien«, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 379–387.
- Stelkens, Ulrich*, Administrative Appeals in Germany, in: Dragoş, Dacian Cosmin/Neamţu, Bogdana (Hrsg.), Alternative dispute resolution in European administrative law, Berlin 2014, S. 3–55.
- Stelkens, Ulrich*, Contrat et Urbanisme. 2014 : textes, jurisprudence, doctrine et pratiques, in: GRIDAUH (Hrsg.), Droit de l'aménagement, de l'urbanisme, de l'habitat, 18e édition, Paris 2014.
- Stelkens, Ulrich*, Kommentierung der § 27a, § 35 bis § 39, § 41, § 42a, der europarechtlichen Abschnitte der §§ 54 bis § 62 sowie eines einleitenden Teils zum Europäischen Verwaltungsrecht, Europäisierung des Verwaltungsrecht und Internationalem Verwaltungsrecht, in: Stelkens, Paul/Bonk, Heinz Joachim/Kallerhoff, Dieter/Neumann, Werner/Sachs, Michael/Schmitz, Heribert/Stelkens, Ulrich (Hrsg.), Verwaltungsverfahrgesetz (Kommentar), 8. Aufl., München 2014.
- Stelkens, Ulrich*, L'utilisation du contrat en droit de l'urbanisme en Allemagne, in: Fatôme, Étienne/Noguellou, Rozen (Hrsg.), Contrat et Urbanisme, (Online Publikation) 2014, S. 27–40.
- Stelkens, Ulrich*, Vers la reconnaissance de principe généraux paneuropéens du droit administratif dans l'Europe des 47?, in: Auby, Jean-Bernard (Hrsg.), Traité de droit administratif européen, Bd. 19, 2. Aufl., Bruxelles 2014, S. 713–740.

- Stelkens, Ulrich/Mirschberger, Michael*, The recognition of foreign administrative acts – A German perspective, in: Schmidt-Kessel, Martin (Hrsg.), German national reports on the 19th International Congress of Comparative Law, Bd. 24, Tübingen 2014, S. 693–724.
- Verhoest, Koen/Aubin, David/Matthys, Joery/Mathieu, Emmanuelle*, Autonomy and Decision-Making Power of independent Regulatory Agencies in Multi-Level Arrangements, in: Aubin, David/Verhoest, Koen (Hrsg.), Multi-level regulation in the telecommunications sector, Adaptive regulatory arrangements in Belgium, Ireland, the Netherlands and Switzerland, Basingstoke 2014, S. 162–202.
- Weiß, Wolfgang*, § 10 Vertragliche Handelspolitik der EU, in: Arnould, Andreas von (Hrsg.), Enzyklopädie Europarecht, Baden-Baden 2014, S. 515–586.
- Weiß, Wolfgang*, § 3 V Das Beihilferegime, in: Blanke, Hermann-Josef/Niedobitek, Matthias (Hrsg.), Europarecht – Politiken der Union, Berlin/Boston 2014, S. 398-400, 488-534.
- Weiß, Wolfgang*, § 5 Unionsrecht und nationales Recht, in: Niedobitek, Matthias (Hrsg.), Europarecht – Grundlagen der Union, Berlin/Boston 2014, S. 393–501.
- Weiß, Wolfgang*, Außenwirtschaftsbeziehungen, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2014, Baden-Baden 2014, S. 275–280.
- Weiß, Wolfgang*, Kommentierung der VO 978/2012 über das Allgemeine Präferenzsystem der EU, in: Herrmann, Christoph/Krenzler, Horst G./Nastoll, Barbara/Baule, Sylvia (Hrsg.), EU-Außenwirtschafts- und Zollrecht (Kommentar), 4. Aufl., München 2014.
- Weiß, Wolfgang*, Kommentierung des Art. 19a Landesverfassung, in: Brocker, Lars/Droege, Michael/Jutzi, Siegfried (Hrsg.), Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz (Kommentar), 2. Aufl., Baden-Baden 2014, S. 254–260.
- Weiß, Wolfgang*, Wirtschaftsräume: Freihandelszonen, Zollunionen und Gemeinsame Märkte, in: Odendahl, Kerstin (Hrsg.), Räume im Völkerrecht, 2014.
- Weiß, Wolfgang/Magiera, Siegfried*, Alternative Dispute Resolution in European Administrative Law, in: Dragoş, Dacian Cosmin/Neamţu, Bogdana (Hrsg.), Alternative dispute resolution in European administrative law, Berlin 2014, S. 489–537.
- Wieland, Joachim*, Finanzierung der Altaufgaben als rückwirkende Verantwortung des Bundes oder oder als Ausgleichsanspruch gegen das Land?, in: Henneke, Hans-Günter (Hrsg.), Gesicherte Kommunal Finanzen trotz Verschuldungs- und Finanzkrise, Schriften zum deutschen und europäischen Kommunalrecht, Bd. 46, Stuttgart u. a. 2014, S. 101–107.
- Wieland, Joachim*, Kündigungsschutz und Streikrecht in kirchlichen Einrichtungen. Freundschaft für Bernhard Schlink zum 70. Geburtstag, in: Nolte, Jakob/Poscher, Ralf/Wolter, Henner (Hrsg.), Die Verfassung als Aufgabe von Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit, Heidelberg u. a. 2014, S. 277–288.
- Wieland, Joachim*, Verfassungsfragen der Energiewende: Rahmenbedingungen der Umgestaltung. Energiewende – Brauchen wir eine neue Wende?, in: Stiftung Gesellschaft

für Rechtspolitik/Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier (Hrsg.), Bitburger Gespräche – Jahrbuch 2014, München 2014, S. 11–26.

Wirtz, Bernd W./Nitzsche, Philipp/Mory, Linda, Cross media marketing strategies, in: Liu, Yu-li/Picard, Robert G. (Hrsg.), Policy and marketing strategies for digital media, Bd. 19, New York 2014, S. 218–232.

Wirtz, Bernd W./Piehler, Robert/Mory, Linda, Web 2.0 and Digital Business Models, in: Martínez-López, Francisco J. (Hrsg.), Handbook of strategic e-business management, Berlin, Heidelberg 2014, S. 751–766.

Wirtz, Bernd W./Thomas, Marc-Julian, Design und Entwicklung der Business Model-Innovation, in: Schallmo, Daniel R. A. (Hrsg.), Kompendium Geschäftsmodell-Innovation, Grundlagen, aktuelle Ansätze und Fallbeispiele zur erfolgreichen Geschäftsmodell-Innovation, Wiesbaden 2014, S. 31–49.

Wolff, Johanna, §§ 45-52 EEG (Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten), in: Boewe, Marius/Greb, Klaus (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien, München 2014.

Wolff, Johanna, Kommentierung zu Artt. 58 (Berufsfreiheit) und 59 (Öffentliche Ehrenämter, Arbeitszeit und Verdienstausschluss), in: Brocker, Lars/Droege, Michael/Jutzi, Siegfried (Hrsg.), Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz (Kommentar), 2. Aufl., Baden-Baden 2014.

Ziekow, Jan, Der Bürger und die legalistische Verwaltungskultur: Zwischen Gesetzesbindung und Sprachlosigkeit. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, in: König, Klaus/Kropp, Sabine/Kuhlmann, Sabine/Reichard, Christoph/Sommermann, Karl-Peter/Ziekow, Jan (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur, Baden-Baden 2014, S. 105–118.

Ziekow, Jan, Fluglärm in der Nacht – Von den Tücken der Behebung von Fehlern von Planfeststellungsbeschlüssen, in: Ewer, Wolfgang (Hrsg.), Methodik – Ordnung – Umwelt, Festschrift für Hans-Joachim Koch aus Anlass seines siebzigsten Geburtstags, Bd. 1279, Berlin 2014, S. 481–493.

Ziekow, Jan, Parlamentarische Demokratie im Wandel? in: Hill, Hermann/Sommermann, Karl-Peter/Wieland, Joachim/Ziekow, Jan (Hrsg.), Brauchen wir eine neue Verfassung? – Zur Zukunftsfähigkeit des Grundgesetzes, Vorträge der 75. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 25. bis 27. Februar 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Bd. 222, Berlin 2014, S. 91–95.

Ziekow, Jan, The Impact of Legislative Impact Assessment on Regulatory Reform in Germany, in: Korea Legislation Research Institute (Hrsg.), Legislative Impact Assessment for Regulatory Reform: Achievements and Prospects, Paju-si 2014, S. 97–127.

Zscheile, Falk, Die Änderung des Lizenzmodells von Open Street Map – eine Zwischenbilanz, in: Martini, Mario/Thiel, Georg/Röttgen, Astrid (Hrsg.), Geodaten und Open Government, Perspektiven digitaler Staatlichkeit, Speyerer Forschungsberichte, Bd. 280, Speyer 2014, S. 37–79.

4. Weitere Veröffentlichungen

- Beckers, Thorsten/Bieschke, Nils/Lenz, Ann-Katrin/Heurich, Jens/Kühling, Jürgen/Hertel, Wolfram/Schäfer, Dorothea*, Alternative Modelle für die Organisation und die Finanzierung des Ausbaus der Stromübertragungsnetze in Deutschland – Eine (institutionen-) ökonomische Analyse unter Einbezug juristischer und technisch-systemischer Expertise; Studie im Rahmen des vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (MFW) des Landes Baden-Württemberg, vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk (MWEIMH) des Landes Nordrhein-Westfalen und vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT) beauftragten Projektes „Alternativen zur Finanzierung des Ausbaus der Übertragungsnetze in Deutschland“, Berlin/Regensburg 2014.
- Beckers, Thorsten/Wagemann, Felix/Ryndin, Andrej/Klatt, Jan Peter*, Eine (institutionen-) ökonomische Analyse der Kalkulation von Lebenszykluskosten und der Erstellung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei PPP-Vorhaben; Endbericht zu dem mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) realisierten Forschungsvorhabens „Ermittlung von Lebenszykluskosten und Vergleich verschiedener Beschaffungsvarianten im Hochbau unter Berücksichtigung institutionenökonomischer Erkenntnisse (LV-bau)“, Berlin 2014.
- Braun Binder, Nadja*, Anpassung der Quoren bei e-Collecting (Gutachten), Aarau 2014.
- Färber, Gisela/Hengstwerth, Stephanie/Zeitz, Dirk*, Finanzwissenschaftliche Aspekte der Einkreisung kreisfreier Städte im Land Brandenburg (Gutachten), Speyer 2014.
- Kuhlmann, Sabine/Wollmann, Hellmut*, Verwaltungen im internationalen Vergleich, Hagen 2014.
- Salm, Marco*, Property Taxes in BRICS: Comparison and a First Draft for Performance Measurement, FÖV Discussion Papers 79, Speyer 2014.
- Weber, Alexander/Beckers, Thorsten/Feuß, Sebastian/Hirschhausen, Christian von/Hoffrichter, Albert/Weber, Daniel*, Potentiale zur Erzielung von Deckungsbeiträgen für Pumpspeicherkraftwerke in der Schweiz, Österreich und Deutschland (Gutachten), Berlin 2014.
- Ziekow, Jan/Bauer, Christian/Willwacher, Hanna/Keimeyer, Friedhelm/Graichen, Verena*, Harmonisierungsbedarf im Rahmen der Administration des EU-Emissionshandels als System der Mehrebenenverwaltung (Endbericht), Speyer 2014.
- Ziekow, Jan/Bauer, Christian/Willwacher, Hanna/Keimeyer, Friedhelm/Graichen, Verena*, Harmonisierungsbedarf im Rahmen der Administration des EU-Emissionshandels als System der Mehrebenenverwaltung (Zwischenbericht), Speyer 2014.
- Ziekow, Jan/Ewen, Christoph/Barth, Regina/Schütte, Silvia*, Neuartiger Öffentlichkeitsdialog in Verfahren mit Umweltprüfung am Beispiel bestimmter Vorhabentypen/Vorhabeneigenschaften Leitfäden für Behörden und rechtliche Verankerung, Berlin 2014.

5. Vorträge

Arnim, Hans Herbert von, Korruptionsprävention bei Abgeordneten, Deutscher Bundestag, Gespräch mit GRECO-Experten des Europarats, Berlin, 13.03.2014.

Arnim, Hans Herbert von, Selbstbedienung in der Politik, Arbeitgebervereinigung Ostfriesland, Jahresversammlung, Emden, 19.03.2014.

Bauer, Christian, Die Energiewende in der Politik- und Partizipationsverflechtungsfalle. Das Beispiel des Stromnetzausbaus, Jahrestagung der Deutschen Sektion des IIAS, Hannover, 20.11.2014.

Bauer, Michael W., Images of Statehood: Subnational Administrative Elites in Times of Crisis, 21st CES International Conference of Europeanists, Washington D.C. (USA), March 2014.

Bauer, Michael W., Implementing the Early Warning System in European Regions, 21st CES International Conference of Europeanists, Washington D.C. (USA), March 2014.

Bauer, Michael W., Judicial Control of the Guardian: Explaining Patterns of Governmental Annulment Litigation against the European Commission, Central European University (CEU), Budapest (Hungary), March 2014.

Bauer, Michael W., The Weakened 'Winner': The European Parliament's Budgetary Power after Lisbon, 21st CES International Conference of Europeanists, Washington D.C. (USA), March 2014.

Bauer, Michael W., The Structural Autonomy of International Bureaucracies, European Consortium of Political Research, 42nd Joint Sessions of Workshops, Salamanca (Spain), April 2014.

Bauer, Michael W., German Regional Administrative Elites, New Public Management and the Role of the State in the Economy, Transatlantic Policy Consortium (TPC), Transatlantic Perspectives: Innovation in Multiple Systems, Bloomington (USA), June 2014.

Bauer, Michael W., The Commission in the Wider Institutional Context at a Time of Crisis, European University Institute (EUI), Re-Thinking European Integration (Workshop), Florence (Italy), June 2014.

Bauer, Michael W., Neglected Faces of Policy Change: Measurement, Explanation and Strategies of Policy Dismantling, KFG Conference Perspectives on European Governance in Comparative Perspective: Interests, Institutions and Policy-Making (in the honor of Adrienne Héritier on the occasion of her 70th birthday), Berlin, July 2014.

Bauer, Michael W., Executive versus Parliamentarian Bureaucrats: Similar or Different Logics of Influence?, European University Institute (EUI), The Administration of European Democracy (Workshop), Florence (Italy), October 2014.

Bauer, Michael W., The EU Budget Process after Lisbon: How the European Parliament lost Power, Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft, Gewaltenteilung und Demokratie im Mehrebenensystem der EU: neu, anders? Oder weniger legitim?, Leipzig, October 2014.

- Bauer, Michael W./Ege, Jörn*, Projektvorstellung AUTONOMY, Kick-Off-Workshop der DFG Forschergruppe „International Public Administration“, München, 6./7.10.2014.
- Beckers, Thorsten*, Verkehrsinfrastrukturfinanzierung in Deutschland – Defizitanalyse und Handlungsoptionen, Verkehrsökonomik und -politik, Berlin, 26.06.2014.
- Beckers, Thorsten*, Zentrale Fragen zum Reformbedarf im deutschen Bahnsystem (Integration vs. Desintegration, Wettbewerb vs. Zentralität, AG vs. öffentliche Ausrichtung), Verkehrsökonomik und -politik, Berlin, 27.06.2014.
- Beckers, Thorsten*, Mautgebühren und die Bedeutung von Institutionen im Kontext von Lenkungs- und Finanzierungszielen, Institut für Verkehrswesen an der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU - IVe), Pkw-Straßenbenützungsgebühren – Lösung oder Hemmschuh für eine nachhaltige Mobilität?, Wien (Österreich), 29.09.2014.
- Beckers, Thorsten*, Beteiligung von Industrie sowie Bürgern und öffentlicher Hand an FEE-Projekten im Rahmen der Energiewende - Eine ökonomische Analyse unter Berücksichtigung allokativer und potentieller distributiver Ziele, Forschungszentrum für Umweltpolitik der FU Berlin, Herausforderungen an die Mehrebenen-Governance der deutschen Energiewende, Berlin, 03.11.2014.
- Beckers, Thorsten*, Eine (institutionen-)ökonomische Analyse des ÖPP-Ansatzes und seiner Anwendung bei den Bundesautobahnen (BAB), Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne, Fachgespräch „Die ÖPP-Falle: Risiken und Alternativen“, Berlin, 15.12.2014.
- Bohne, Eberhard*, Market-based vs. Collaborative Regulation, Transatlantic Policy Consortium, Annual Conference, Bloomington (USA), 23./24.06.2014.
- Braun Binder, Nadja*, Finanzierung der direktdemokratischen Bürgerbeteiligung, EURAC; Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Mehrebenendemokratie und Bürgerpartizipation, Bozen (Italien), 17.01.2014.
- Braun Binder, Nadja*, Möglichkeiten der Rechtsangleichung im Bereich der direkten Steuern – vor und nach dem Vertrag von Lissabon, ZEW Mannheim, Workshop des PAKT-Projekts Steuerpolitik in der EU im Umfeld neuer Fiskalinstitutionen und Abstimmungsverfahren, Mannheim, 26.05.2014.
- Braun Binder, Nadja*, Transparenzregeln, Spenden- und Ausgabenbegrenzungen in der direkten Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, ...am Gelde hängt doch alles?, Berlin, 11.06.2014.
- Braun Binder, Nadja/Krimmer, Robert*, Interrelation between International Standards and ICT Projects in Public Administration: Two Case Studies in the Field of Electronic Voting, European Group for Public Administration (EGPA); Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV); Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, EGPA Annual Conference 2014, Speyer, 11.09.2014.
- Damm, Matthias*, Der Zugang zu Satellitendaten, Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit, Berlin, 20.02.2014.
- Färber, Gisela*, The German University of Administrative Sciences Speyer - History, Institution, Tasks, Department of Human Resources and Social Security of Guangdong, Guangzhou (China), 01.04.2014.

- Färber, Gisela*, Performance Comparison and Benchmarking in the Public Sector in Germany, Shenzhen Institute of Standards and Technology, Shenzhen (China), 03.04.2014.
- Färber, Gisela*, Postgraduate teaching and further education in the German University of Administrative Sciences Speyer, University of Tartu, Innovative Curricula Design Conference, Tartu (Estonia), 10.04.2014.
- Färber, Gisela*, Better Regulation in Germany - Program, Institutions, Perspectives, University of Tartu, Tartu (Estonia), 11.04.2014.
- Färber, Gisela*, Moderation der Podiumsdiskussion „Haushaltskonsolidierung, Schuldenregime und Herausforderungen der nächsten Jahre“, Gesellschaft für Programmforschung, Konsolidierungspolitik im Schatten der Schuldenbremse – Chance für intelligente Budgetpolitik? (Jahrestagung), Berlin, 22.05.2014.
- Färber, Gisela*, CHANGE2 - Innovative Konzepte für Politik und Verwaltung der Stadt Mannheim, Präsentation für einen Workshop mit dem Shanghai Administration Institute, Speyer, 17.06.2014.
- Färber, Gisela*, Verteilung der Besteuerungskompetenzen vs. Finanzausgleich – Eine subnationale Perspektive, Das Teilen beherrschen. Analysen zur Reform des Finanzausgleichs 2019, Berlin, 20.07.2014.
- Färber, Gisela*, How to Improve Decision-making and Innovation Ability for High-ranking Executives - Some Considerations from a German Perspective, No. 5 Branch Institute des Shanghai Administration Institutes, Shanghai (China), 23.10.2014.
- Färber, Gisela*, Concurrent Powers in Federal Tax Systems – An Instrument for A Fair(er) Tax Competition?, International Association of Centers of federal Studies (IACFS), Concurrent Powers in Federal Systems: Meaning, Making, and Managing (Annual Conference), Capetown (South Africa), 07.11.2014.
- Färber, Gisela/Salm, Marco/Schwab, Christian*, Evaluation des Verwaltungsmodernisierungsprozesses „CHANGE2“ der Stadt Mannheim, Hauptausschuss der Stadt Mannheim, Mannheim, 21.01.2014.
- Färber, Gisela/Zeit, Dirk*, Legitimation durch Gesetzesfolgenabschätzung? Möglichkeiten und Grenzen für die Legitimation staatlichen Verwaltungshandelns, Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS), Legitimation von Verwaltungshandeln (Jahrestagung), Hannover, 21.11.2014.
- Finkbeiner, Nadine/Möltner, Hannah/Morner, Michèle*, Unravelling the motivation to cooperate: The impact of managerial participation, psychological regulation mechanisms, and cooperation norms, European Academy of Management (EURAM), 14th Annual Conference, València (Spain), 04.06.2014.
- Fraenkel-Haerberle, Cristina*, Il ripensamento del ricorso amministrativo previo in Germania (Reformansätze beim deutschen Vorverfahren), Università di Trento, Verso nuovi rimedi amministrativi (Auf der Suche nach neuen administrativen Rechtsbehelfen), Trento (Italia), 06.06.2014.

- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Democratic Participation in Global Environmental Legislation, Universität Turin; Universität Erlangen-Nürnberg, Participatory Rights in the Environmental Decision Making Process and the Implementation of the Aarhus Convention: A Comparative Perspective, Turin (Italy), 4.7.2014.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, L'articulation entre élections nationales et élections locales: un rapport comparé, Université Sorbonne, Droit électoral et Démocratie – Regards comparés France Allemagne, Paris (France), 12.09.2014.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Die italienische Verwaltungsgerichtsbarkeit im historischen Kontext, IPE-Autorentagung, Starnberg, 24.-26.09.2014.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, I rimedi alternativi al processo amministrativo fra legalità ed efficienza: l'esperienza tedesca (Die alternativen Rechtsbehelfe zum Verwaltungsprozess zwischen Legalität und Effektivität: Der deutsche Fall), Giustizia amministrativa e rimedi alternativi: riflessioni e proposte alla luce del contesto europeo (Verwaltungsjustiz und alternative Rechtsbehelfe: Überlegungen und Anregungen im europäischen Kontext), Trento (Italia), 10.10.2014.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturvorhaben: zum Verhältnis zwischen Betroffenenpartizipation und Bürgerbeteiligung, International Institute of Administrative Sciences, Legitimation von Verwaltungshandeln, Hannover, 20.11.2014.
- Fraenkel-Haeberle, Cristina*, Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit im italienischen Universitätsrecht, Universität Innsbruck, Rechtliche Möglichkeiten der Kooperation in der Europaregion, Innsbruck (Österreich), 04.12.2014.
- Fritzsche, Saskia*, Talkrunde "Social INTRANET: Eine Chance für die öffentliche Verwaltung?", CeBIT 2014 / Stand des IT-Planungsrates von Bund und Ländern, Hannover, 11.03.2014.
- Fritzsche, Saskia*, IT im urbanen Raum, ISPRAT Wissenschaftlerkonferenz, Krems (Österreich), 25.09.2014.
- Fritzsche, Saskia*, Ein soziales Netzwerk als internes Kommunikationsmittel für die öffentliche Verwaltung, ISPRAT-Wissenschaftlerkonferenz, Krems (Österreich), 26.09.2014.
- Gabriel, Oscar W.*, Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 2013, Universität Trier, Trier, 18.01.2014.
- Gabriel, Oscar W.*, Untergräbt die negativistische Berichterstattung der Massenmedien das Vertrauen in die Politik? Anmerkungen zur Mediamalaise, Universität Koblenz-Landau, Landau/Pfalz, 20.01.2014.
- Gabriel, Oscar W.*, Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Bertelsmann Stiftung; Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, 20.05.2014.
- Gabriel, Oscar W.*, Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Bertelsmann Stiftung; Staatsministerium Baden-Württemberg, Berlin, 09.09.2014.

- Gabriel, Oscar W.*, Bürgerbeteiligung an der Planung von Großprojekten am Beispiel der Konflikte über Stuttgart 21 und das Pumpspeicherwerk Atdorf, Universität Trier, Trier, 13.11.2014.
- Gonzales, Camilo/Amin, Nurul/Verhoest, Koen/Mathieu, Emmanuelle*, Measuring and explaining multilevel and multi-actor regulatory arrangements in liberalized telecommunications markets in Europe, Latin America, and South Asia, ECPR Regulatory and governance standing group, Barcelona (Spain), June 2014.
- Jäkel, Tim*, Benchmarking for Better Public Sector Performance: Empirical Evidence from European Local Government, National Research University - Higher School of Economics Moscow, Moscow (Russia), 28.03.2014.
- Jäkel, Tim*, The Spatial Dimension of Public Performance Benchmarking: Empirical Evidence from Swedish Municipalities, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), ZEW Research Colloquium, Mannheim, 08.05.2014.
- Jäkel, Tim*, Leistungsvergleiche der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe: Ansätze und Erfahrungen aus Deutschland, England und Schweden, Vergleichsring Jugendhilfe mittlerer Großstädte, Kassel, 22.05.2014.
- Jäkel, Tim*, The Spatial Dimension of Public Performance Benchmarking: Empirical Evidence from Swedish Municipalities, Indiana Memorial Union (IMU), Innovation in Multiple Systems (Transatlantic Policy Consortium Summer 2014 Conference), Bloomington (USA), 24.06.2014.
- Knorr, Andreas*, Germany's New "Market Transparency Unit for Fuels" – An Innovative Antitrust Instrument?, Transatlantic Policy Consortium (TPC), Annual Conference, Bloomington (USA), 23.06.2014.
- Knorr, Andreas/Heinemann, André W./Stelkens, Ulrich*, A Road Charging System for Passenger Vehicles in Germany – An Economic Analysis of a Controversial Political Idea, Hong Kong Society for Transportation Studies, 19th International Conference, Hong Kong (China), 15.12.2014.
- Knorr, Andreas/Hipp, Claudia/Eisenkopf, Alexander*, Air Passenger Rights in the EU: Where Do We Stand, and What Should Come Next?, Air Transport Research Society (ATRS), 2014 World Conference, Bordeaux (France), 18.07.2014.
- Knorr, Andreas/Krause, Sonja/Heinemann, André W.*, The Real Property Tax Reform in Germany and Multi-Level Governance: An Interdisciplinary View On Reform Deadlocks From A Business and Political-Economic Perspective, Society of Interdisciplinary Business Research (SIBR), 2014 Hong Kong Conference on Interdisciplinary Business & Economics Research, Hong Kong (China), 27.09.2014.
- Koch, Christian*, Personalabbau und Bildung von Personalpools, Bundesministerium des Innern, Verwaltung und Wissenschaft (3. Dialogforum), Berlin, 19.02.2014.
- Koch, Christian*, Personaleinstellungen und -führung: Motivierung, Beurteilung, Weiterbildung, GIZ, Studienreise von Vertretern der Staatlichen Universität Tbilisi und öffentlichen Beamten aus Georgien, Speyer, 08.12.2014.
- König, Thomas*, Policy Conflict: Measurement and Robustness, European Science Research Council (ESRC); London School of Economics and Political Science (LSE), Robustness

- Testing and the Empirical Analysis of Observational Data (Workshop), Köln, 26./27.09.2014.
- König, Thomas/Angelova, Mariyana/Proksch, Sven-Oliver*, Policy Demand and Accountability. How Voters Evaluate Legislative Activities and Coalition Governments, American Political Science Association, 110th Annual Meeting, Washington D.C. (USA), 27.-30.08.2014.
- König, Thomas/Luig, Bernd*, National Political Parties and their Positions towards European Integration: Distributional and Informational Implications of EU Decision-Making for National Party Competition, Universität Konstanz, Workshop on European Integration, Konstanz, 13.11.2014.
- König, Thomas/Mäder, Lars*, Enforcing Compliance. A Quantitative Study of Member States' Transposition and the European Commission's Infringement Activities, American Political Science Association, 110th Annual Meeting, Washington D.C. (USA), 27.-30.08.2014.
- König, Thomas/Mäder, Lars*, (Non-)compliance in the EU27, American Political Science Association, 110th Annual Meeting, Washington D.C. (USA), 27.-30.08.2014.
- Kuhlmann, Sabine*, Abbau bürokratischer Hemmnisse für Unternehmen infolge nationaler Gesetzgebung, IHK Mittelstandsausschuss, 18.09.2014.
- Kuhlmann, Sabine*, Administrative Reforms and Local Governance in EU Countries: A Comparative Perspective, University Siena, LocRef Training School, Siena (Italy), 29.09.2014.
- Kuhlmann, Sabine*, Local Public Sector Reforms from a European Perspective: Progress and Challenges of the COST-Action LocRef, University Siena, LocRef Training School, Siena (Italy), 29.09.2014.
- Lehrke, Jesse/Schomaker, Rahel*, To Kill or Capture? Terrorist Suspect Targeting Strategies and Their Effectiveness for Counter-Terrorism, Transatlantic Policy Consortium (TPC), Conference 2014 - Innovation in Multiple Systems, Bloomington (USA), 24.06.2014.
- Luig, Bernd*, Die Einhaltung des EU-Steuerrechts in den alten und neuen Mitgliedstaaten, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Steuerpolitik in der EU (Workshop), Mannheim, 26.05.2014.
- Magiera, Siegfried*, Die soziale Dimension der Freizügigkeit in der Europäischen Union, Europa nach den Wahlen, Andrassy Universität Budapest; Budapest Business School; Europa-Kolleg Hamburg; Konrad Adenauer Stiftung,, Budapest (Ungarn), 26.09.2014.
- Magiera, Siegfried*, Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft, Fortbildung Europa, Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union, Boppard, 16.10.2014.
- Magiera, Siegfried*, Die Europäische Union – Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Innenministerium Thüringen, Ressortübergreifende und -interne Fortbildung, Speyer, 20.10.2014.

- Margies, Burkhard/Kubach, René*, Dienstleistungen klar und verständlich beschreiben – Informationen für Führungskräfte, Senatskanzlei, Berlin, 22.10.2014.
- Martini, Mario*, Die Pressebeihilfe im Fadenkreuz des Unionsrechts, Medienwirtschaft zwischen Vielfalt und Konzentration, Mannheim, 28.11.2014.
- Martini, Mario/Fritzsche, Saskia*, Big Data als Herausforderung für den Persönlichkeits- und Diskriminierungsschutz und das Datenschutzrecht, 3. Speyerer Forum zur digitalen Lebenswelt, Speyer, 20.03.2014.
- Martini, Mario/Fritzsche, Saskia*, Big Data als Herausforderung für den Persönlichkeits- und Diskriminierungsschutz und das Datenschutzrecht, 13. Netzwerktreffen der E-Government-JuristInnen der Länder und des Bundes, Mainz, 01.07.2014.
- Masser, Kai*, Abschied von der autogerechten Stadt – Sanierung der Hochstraße (B44) in Ludwigshafen, Universität Trier; Konrad-Adenauer-Stiftung, Mehr Bürgerbeteiligung – Risiko oder Chance für die repräsentative Demokratie?, Trier, 13.11.2014.
- Masser, Kai/Mory, Linda*, Bürgerbeteiligung im WEB 2.0 – Zur aktuellen Konjunktur eines langfristigen Trends, Social Network – Die Revolution der Kommunikation (5. Medienkongress), Villingen-Schwenningen, 04.04.2014.
- Masser, Kai/Mory, Linda*, Citizens' participation, Open Government and Web2.0 – The Recent Business Cycle Upswing of a long-term Trend, Transatlantic Policy Consortium (TPC), Innovation in Multiple Systems (Annual Conference), Bloomington (USA), 22.-25.06.2014.
- Masser, Kai/Mory, Linda/Kleifeld, Ulrike*, Open Government 2014 – “Proliferation Stories from Germany”, International Institute of Administrative Sciences, Annual Conference, Ifrane (Morocco), 13.-17.06.2014.
- Mathieu, Emmanuelle*, Networks, committees or agencies? Coordination and expertise in the implementation of EU regulatory policies, Research Seminar at University of Antwerp, Antwerp (Belgium), February 2014.
- Mathieu, Emmanuelle*, Networks, committees or agencies? The many faces of the EU regulatory space, ECPR Regulatory and governance standing group, Barcelona (Spain), June 2014.
- Mathieu, Emmanuelle*, Networks, committees or agencies? The many faces of the EU regulatory space, EGPA Annual Conference, Speyer, September 2014.
- Misgeld, Manuel*, Wie lässt sich E-Governance zur Handhabung komplexer Probleme wirksam organisieren?, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität, Workshop „Alles Wissen überall zu haben, was kann die Landschaftsplanung zur informationellen Orientierung beitragen?“, Hannover, 06.02.2014.
- Misgeld, Manuel*, Governing Wicked Problems: The Role of Self-Organising Governance in Fostering the Problem-Solving Capabilities of Public Sector Organisations, European Consortium for Political Research (ECPR), Graduate Student Conference, Innsbruck (Österreich), 04.07.2014.
- Morner, Michèle*, Unternehmenssteuerung und Werte - Von Wertediskrepanzen, Ergebnissteuerung & (De-) Motivation der Führungskräfte, Zentrum „Frau in Beruf und

- Technik“; IHK Mittleres Ruhrgebiet Bochum, 40. Unternehmerinnen- und Managerinnen-Talk, Witten, 28.10.2014.
- Morner, Michèle*, Verantwortung in Aufsicht und Führung - Führungskräfte zwischen eigenverantwortlichem Handeln, Wertediskrepanzen und gelungener Compliance, Fachtagung für Aufsichtsräte 2014, Mainz, 11.11.2014.
- Morner, Michèle/Papenfuß, Ulf*, Sinn und Unsinn variabler Vergütung für die öffentliche Aufgabenerfüllung, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Zukunftsfähiges Beteiligungsmanagement: Chancen für Städte und Kommunen sowie Bund und Länder; 2. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance, Speyer, 29.04.2014.
- Morner, Michèle/Swiatczak, Martyna/Finkbeiner, Nadine*, Towards Collective Action in Performance Measurement and Management – The Case of Municipal Ownership Management, European Group for Public Administration (EGPA); Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV); Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, EGPA Annual Conference, Speyer, 10.-12.09.2014.
- Pitschas, Rainer*, International vergleichende Verwaltungsforschung als Themenfeld der Verwaltungswissenschaft - Disziplinäre und interdisziplinäre Zugänge, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Ringvorlesung, Speyer, 14.01.2014.
- Pitschas, Rainer*, Verfassungsrechtliche Grenzen der Priorisierung und Rationierung medizinischer Versorgung, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, 16. Speyerer Gesundheitstage, Speyer, 04.04.2014.
- Pitschas, Rainer*, Zahnärztliches Qualitätsmanagement durch Risikomanagement- und Fehlermeldesysteme – Optimierung von Behandlungsabläufen zum Schutz der Patienten und Patientinnen als rechtlicher Auftrag, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Frankfurt a. M., 15.05.2014.
- Pitschas, Rainer*, Der Koalitionsvertrag 2013 zwischen den Partnern in der Bundesrepublik Deutschland und seine Folgen für die Zahnärzteschaft, Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg und Bayern, Pfinztal-Söllingen, 05.06.2014.
- Pitschas, Rainer*, Alternative Konfliktlösung im öffentlich-rechtlichen Bereich, 16. Mediations-Kongress, Berlin, 27./28.06.2014.
- Pitschas, Rainer*, Innovative Versorgungsstrukturen im Lichte der Grundrechte und verfassungsrechtlichen Kompetenznormen, 5. Kölner Medizinrechtstag, Köln, 24.10.2014.
- Pitschas, Rainer*, Gestaltung von Teilhabe nach Maßgabe des Art. 19 UN-Konvention: aber wie?-Handlungsfelder und Wege inklusionsorientierter staatlicher Daseinsvorsorge in Deutschland, Österreichisches Menschenrechtsinstitut, Salzburg (Österreich), 10.12.2014.
- Rommel, Jan/Verhoest, Koen/Matthys, Joery/Mathieu, Emmanuelle*, Do European regulatory networks foster cooperation or competition between regulatory authorities within federal states?, ECPR Regulatory and governance standing group, Barcelona (Spain), June 2014.
- Salm, Marco/Schwab, Christian*, HRM in the context of the administrative reform process of the city of Mannheim: objectives, measures, results, Universität Potsdam, COST-

- LocRef (IS 1207) Meeting (Local Public Sector Reforms: An International Comparison), Potsdam, 16.05.2014.
- Salm, Marco/Schwab, Christian*, Human Resource Management Reforms and Change Management in European City, Administrations from a Comparative Perspective (WG II Meeting), Tromsø (Norway), 03.12.2014.
- Schomaker, Rahel*, Demography, Migration and Successful Revolutions, Allied Social Sciences Association, Annual Conference, Philadelphia (USA), 03.-05.01.2014.
- Schomaker, Rahel*, Demography and Revolution, Annual European Public Choice Conference, Cambridge (United Kingdom), 04.-06.04.2014.
- Schomaker, Rahel*, Kill or Capture – Counter-Terrorism Strategies, Trans-Atlantic Policy Consortium Conference, Annual Conference, Bloomington (USA), 21.-23.06.2014.
- Schomaker, Rahel*, Demography and Revolution, Western Economic Association International, Annual Conference, Denver (USA), 27.06-02.07.2014.
- Schomaker, Rahel/Bauer, Christian*, Institutional Quality and Private Sector Involvement, European Group for Public Administration (EGPA); Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV); Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Annual Conference, Speyer, 11.-13.09.2014.
- Schomaker, Rahel/Wentzel, Dirk*, Demography, Migration and Successful Revolutions, Allied Social Sciences Association, Annual Conference, Philadelphia (USA), 03.01.2014.
- Seckelmann, Margrit*, Patents as Materialities?, The Orfelea Center; The Faculty of Global and International Studies, University of California, The Santa Barbara Global Studies Conference 2014 “Materialities“, Santa Barbara (USA), 28.02.2014.
- Seckelmann, Margrit*, Legitimacy, Legality and PISA – The discourse in Germany on international student assessment studies, Universität Bremen, PISA – more than just a survey, Bremen, 16.05.2014.
- Seckelmann, Margrit*, Verwaltungslehre und Remigration: Fritz Morstein Marx (1900-1969), Albrecht Mendelssohn Bartholdy Graduate School of Law; Seminar für Verwaltungslehre, Universität Hamburg, Hamburg, 25.11.2014.
- Sommermann, Karl-Peter*, Das Widerstandsrecht: Rechtsphilosophische Ansätze, Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM); Zentrum für Angewandte Rechtswissenschaft (ZAR), Symposium „global activism – Macht und Recht“, Karlsruhe, 29.03.2014.
- Sommermann, Karl-Peter*, Ziele und Methoden einer transnationalen Verwaltungsrechtswissenschaft, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Öffentliche Angelegenheiten – interdisziplinär betrachtet, Speyer, 02.05.2014.
- Sommermann, Karl-Peter*, Sachverständige Politikberatung: Funktionsbedingung oder Gefährdung der Demokratie? – Eine Einführung, Johann Joachim Becher-Stiftung, Sachverständige Politikberatung: Funktionsbedingung oder Gefährdung der Demokratie?, Speyer, 20.06.2014.

- Sommermann, Karl-Peter*, La transformación de la justicia administrativa en Europa, Universidad del País Vasco, La garantía jurisdiccional de los derechos humanos, San Sebastián (España), 10.07.2014.
- Sommermann, Karl-Peter*, La place de l'élection dans un système politique en mutation, Sénat, Premières Rencontres de L'Actualité du droit allemand: Droit électoral et démocratie, Paris (France), 11.09.2014.
- Sommermann, Karl-Peter*, Rechtlicher Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Fachgespräch mit einer Regierungsdelegation aus Georgien, Speyer, 18.10.2014.
- Sommermann, Karl-Peter*, Musique, l'État, les collectivités locales et le droit en Allemagne, Faculté de droit et science politique de Université Aix-en-Provence, XXXVII. Table Ronde des Centre de recherches administratives, Aix-en-Provence (France), 25.10.2014.
- Sommermann, Karl-Peter*, Das Verhältnis von Rechtswissenschaft und Rechtspraxis im Verwaltungsrecht – eine deutsch-französische Perspektive, Université de Rouen, VII. Deutsch-Französischer Gesprächskreis für Öffentliches Recht, Rouen (Frankreich), 08.11.2014.
- Stelkens, Ulrich*, Die Rechtsfolgen von Verstößen gegen vergaberechtliche Vorgaben auf den Vertragsschluss, ReNEUAL, Public Contracts in Legal Globalization (Workshop), Florenz (Italien), 16.05.2014.
- Stelkens, Ulrich*, Stärkung des Verfahrensgedankens durch Europarecht: Wahrheit oder Legende, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, 2. Speyerer Alumnitag, Speyer, 21.06.2014.
- Stelkens, Ulrich*, Model Rules on EU Administrative Procedures – 1st tentative Draft 2013 – Book IV – Contracts, ReNEUAL conference: "Administrative Procedural Law in the EU", Luxembourg (Luxembourg), 27./28.06.2014.
- Stelkens, Ulrich*, Law & Order in Europa: Juristisches Miteinander von europäischem und nationalem Recht in der kommunalen Verwaltungspraxis, 2. kommunaljuristischem Forum Lippe: Europäische Integration durch Recht, Detmold, 03.07.2014.
- Stelkens, Ulrich*, Public Contracts: Law & Governance programme of the Kooijmans Institute for Law and Governance, Vrije Universiteit, The Public Private Divide, Public Contracts and Semi-Public Institutions, Amsterdam (The Netherlands), 19.11.2014.
- van Zimmeren, Esther/Mathieu, Emmanuelle/Verhoest, Koen*, The interaction between agencies, networks and the Commission in emerging regulatory constellations: A comparative analysis between the European telecoms sectors and the European patent system, ECPR Regulatory and governance standing group, Barcelona (Spain), June 2014.
- Walther, Axel/Morner, Michèle*, Got a plan in the pipeline? The role of executive search committees in German supervisory boards, European Academy of Management (EURAM), 14th Annual Conference, València (Spain), 04.06.2014.

- Weiß, Wolfgang*, Loyalität und Solidarität in der europäischen Verwaltung, Universität Salzburg (Österreich), 14. Österreichischer Europarechtstag, Salzburg, 25.-27.09.2014.
- Willwacher, Hanna*, Von Klimaschutz bis Terrorismusbekämpfung – Gesetzesfolgenabschätzung in der Praxis, Praktikervortrag, Universität Bonn, Bonn, 23.06.2014.
- Wojtczak, Markus/Morner, Michèle*, Bringing the citizen back in: Motivational aspects of citizen-administration coproduction, European Group for Public Administration (EGPA); Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV); Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, EGPA Annual Conference, Speyer, 10.-12.09.2014.
- Wolff, Johanna*, *Rechtliche Möglichkeiten der Finanzierung gesunder Schulernährung durch den Bund*, Berlin, 13.10.2014
- Wolff, Johanna*, Genug Geld für gute öffentliche Dienste? Die Finanzausstattung von Städten/Gemeinden, Ländern und dem Bund, Führungskreis öffentlicher Dienst der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Podiumsdiskussion, Berlin, 27.10.2014.
- Zeitz, Dirk*, Developments and challenges of Germany's governance system of better regulation – An appraisal, 23rd World Congress of Political Science: Challenges of Contemporary Governance, Session: Comparative politics of ax ante evaluation, Montréal (Canada), 21.07.2014.
- Zeitz, Dirk*, Better regulation in Germany as quality assurance system: Recent development and current challenges, EGPA Annual Conference 2014, PSG X Law and Administration, Session 6: Better regulation, Speyer, 12.09.2014.
- Ziekow, Jan*, Public Private Partnerships im Spannungsfeld zwischen rechtsstaatlichen Bindungen, Gemeinwohl und privatem Interesse, University of Osaka, Symposium, Osaka (Japan), 05.01.2014.
- Ziekow, Jan*, Staatlichkeit im Wandel – Wie kann man den Gewährleistungsstaat bewerten?, Universität Nagoya, Symposium, Nagoya (Japan), 08.01.2014.
- Ziekow, Jan*, Die neuen Tendenzen der Theorie der Rekommunalisierung, Rikkyo Universität, Symposium, Tokyo (Japan), 09.01.2014.
- Ziekow, Jan*, Rechtsschutz gegen Fehler in Umweltverwaltungsverfahren, Humboldt-Universität, Rechtsschutz im Umweltrecht, Berlin, 07.02.2014.
- Ziekow, Jan*, Bürgerbeteiligung – Reformideen für das Bundesrecht, Staatsministerium Baden-Württemberg, Mehr Bürgerbeteiligung im Planungswesen, Berlin, 17.02.2014.
- Ziekow, Jan*, Grundlagen des Verwaltungsverfahrensrechts in Deutschland, GIZ-Workshop für Teilnehmende aus Kirgistan, Usbekistan und Kasachstan, Speyer, 19.03.2014.
- Ziekow, Jan*, Alle Macht dem Wutbürger? Überlegungen zur Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großvorhaben, European Business School, Wiesbaden, 06.05.2014.
- Ziekow, Jan*, Der Beitrag des Rechts zur Interkulturalität, Insitutionalizing Interculturalism, Seoul (South Korea), 16.06.2014.
- Ziekow, Jan*, Transparenz und direkte Demokratie, Kanto Aargau; Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Demokratiekonferenz, Aarau (Schweiz), 05.06.2014.

- Ziekow, Jan*, Exekutive Entscheidungen und Partizipation: Verbesserung der Steuerungsfähigkeit des Staates und der Legitimität staatlichen Handelns?, FU Berlin; Universität Stellenbosch, Das Ende des repräsentativen Staates?, Berlin, 12.07.2014.
- Ziekow, Jan*, Neue Tendenzen der Regulierung in Deutschland, GIZ, Workshop für Mitglieder des chinesischen Staatsrats, Berlin, 07.08.2014.
- Ziekow, Jan*, Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten – ein Wandel der Verantwortlichkeiten?, Ministerium für Wirtschaft Nordrhein-Westfalen, Wirtschaftskongress 2014, Düsseldorf, 18.09.2014.
- Ziekow, Jan*, Gestaltung des demografischen Wandels als Staatsaufgabe, 74. Tagung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer, Düsseldorf, 03.10.2014.
- Ziekow, Jan*, Öffentliche Verwaltung in Deutschland, National University of Mongolia, NUM-lectures, Ulaanbaatar (Mongolei), 13.10.2014.
- Ziekow, Jan*, From 'Big State' to 'Smart State' - designing appropriate capacities, NUM-Leadership Conference Capacity Development for Transformation, Ulaanbaatar (Mongolia), 14.10.2014.
- Ziekow, Jan*, Rechtsetzung durch die Exekutive, GIZ-Workshop für Mitarbeiter der chinesischen Rechtsarbeitskommissionen, Speyer, 22.10.2014.
- Ziekow, Jan/Piesker, Axel*, Grundlagen der Gesetzesfolgenabschätzung (GFA), Sitzung der Direktoren-Arbeitsgruppe "Qualitative Gesetzgebung - Gesetzesfolgenabschätzung", Mainz, 10./11.03.2014.

**Anhang III:
Tagungen, Symposien und Workshops des Deutschen
Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung im Jahr 2014**

Datum	Titel	Leitung	Finanzierung
20.02.2014	Geodaten und Open Government – Perspektiven digitaler Staatlichkeit	Prof. Dr. <i>Mario Martini</i> Dr. <i>Georg Thiel</i>	Bundesministerium des Innern
25.02.2014	Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung der Netzregulierung in der Strom- und Gaswirtschaft	Prof. Dr. <i>Eberhard Bohne</i>	FÖV
02.05.2014	Öffentliche Angelegenheiten – interdisziplinär betrachtet	Prof. Dr. h.c. <i>Karl-Peter Sommermann</i> Prof. Dr. <i>Christian Theobald</i>	FÖV
08.- 12.09.2014	EGPA Annual Conference	Prof. Dr. <i>Michael W. Bauer</i>	Deutsche Forschungsgemeinschaft
07.11.2014	Grenzgänge zwischen Wissenschaft und Praxis / Walking the Border between Theory and Practice	Prof. Dr. <i>Jan Ziekow</i>	FÖV

**Anhang IV:
Auszug aus den
Speyerer Forschungsberichten**

- Nr. 254 *Klaus König/Christoph Reichard* (Hrsg.), Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltungskultur, Dezember 2007.
- Nr. 255 *Helmut Klages/Carmen Daramus/Kai Masser*, Das Bürgerpanel – Ein Weg zu breiter Bürgerbeteiligung, Januar 2008.
- Nr. 256 *Christian Jock* (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2006/2007, August 2008.
- Nr. 257 *Bernd W. Wirtz/Sebastian Lütje/Gerhardt Paul Schierz*, Electronic Procurement in der öffentlichen Verwaltung. Eine Analyse der Barrieren und Widerstände, November 2008.
- Nr. 258 *Kai Masser/Andra Stallmeyer/Jürgen Freund/Peter Krüger*, Entwicklung und Erprobung eines Monitoringsystems „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter, Abschlussbericht zur 2. Projektphase 2006-2008, September 2008.
- Nr. 259 *Kai Masser/Doris Endesfelder*, Führungskräftefeedback (FFB) im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) Berlin. Aufbau und Erprobung eines Erhebungs- und Analysesystems, Speyer, März 2009.
- Nr. 260 *Holger Mühlenkamp/Andreas Glöckner*, Rechtsvergleich Kommunale Doppik. Eine Synopse und Analyse ausgewählter Themenfelder des neuen, doppischen kommunalen Haushaltsrechts der Bundesländer, Speyer, März 2009.
- Nr. 261 *Helmut Klages/Kai Masser*, Das „Speyerer Bürgerpanel“ als Element beteiligungsintensiver Demokratie auf der lokalen Ebene. Die Bürgerbefragung „Unser Nürtingen – unsere Werte“ 2008 als Beispiel, Speyer, Juli 2009.
- Nr. 262 *Dieter Beck/Rudolf Fisch*, Subjektive Theorien von Führungskräften über die Gestaltung von Veränderungsprozessen in der öffentlichen Verwaltung, Speyer, November 2009.
- Nr. 263 *Klaus König/Sabine Kropp* (Hrsg.), Theoretische Aspekte einer zivilgesellschaftlichen Verwaltungskultur, Speyer, Dezember 2009.
- Nr. 264 *Dennis Kutting*, „Neues Bauen für neue Menschen?“ Planungen städtischer Verwaltungen und Aneignung durch die Bewohner im sozialen Wohnungsbau der 1920er Jahre, Speyer, November 2010.
- Nr. 265 *Helmut Klages/Kai Masser*, Die Stadt im Blickfeld des Bürgers – Das Speyerer Bürgerpanel als Element beteiligungsbasierter Stadtentwicklung, Speyer, Dezember 2010.
- Nr. 266 *Bernd W. Wirtz/Sebastian Ullrich/Linda Mory*, E-Health – Akzeptanz der elektronischen Gesundheitskarte, Speyer, Januar 2011.
- Nr. 267 *Christian Jock* (Hrsg.) im Auftrag des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz, Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2008-2010, Speyer, November 2011.

- Nr. 268 *Kai Masser*, Zwei Bürgerpanelbefragungen mit der Universitätsstadt Tübingen: 1. „Wie finanzieren wir die Zukunft?“ 2010; 2. „Kulturkonzeption der Universitätsstadt Tübingen“ 2011 – Analyse der Präferenzstruktur der Daseinsvorsorge unter Hinzuziehung von Ergebnissen der Städte Leipzig und Ludwigshafen, Speyer, Juli 2012.
- Nr. 269 *Gisela Färber* (Hrsg.), *Governing from the Center: The Influence of the Federal/Central Government on Subnational Governments*. Papers Presented at the Conference of the IACFS September 29 – October 1, 2011 in Speyer, Speyer, September 2012.
- Nr. 270 *Sabine Kuhlmann/Philipp Richter/Christian Schwab/Dirk Zeitz*, Kommunal- und Verwaltungsreform: Optionen zur Neugestaltung der Gemeindeebene in Brandenburg, Speyer, September 2012.
- Nr. 271 *Gisela Färber/Joachim Wieland/Marco Salm/Johanna Wolff/Dirk Zeitz*, Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Thüringen. Gutachten im Auftrag des Finanzministeriums des Freistaats Thüringen, Speyer, Dezember 2012.
- Nr. 272 *Jan Ziekow/Corinna Sicko/Axel Piesker*, Abschied vom Arkanprinzip? Evaluation des Landesinformationsfreiheitsgesetzes Rheinland-Pfalz, Speyer, Juni 2013.
- Nr. 273 *Kai Masser*, Zwei Bürgerpanelbefragungen mit der Universitätsstadt Tübingen: 1. „Wie finanzieren wir die Zukunft?“ 2010; 2. „Kulturkonzeption der Universitätsstadt Tübingen“ 2011. Teil 2: Kulturkonzeption der Universitätsstadt Tübingen, Speyer, Juni 2013.
- Nr. 274 *Gisela Färber* unter Mitarbeit von *Marco Salm*, Gesetzesfolgenabschätzung unter der Genderperspektive - am Beispiel des Faktorverfahrens nach § 39f EStG. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Speyer, Juni 2013.
- Nr. 275 *Kai Masser/Tobias Ritter/Jan Ziekow*, Erweiterte Bürgerbeteiligung bei Großprojekten in Baden-Württemberg - Abschätzung der Auswirkungen der Verwaltungsvorschrift "Bürgerdialog" und des "Leitfadens für eine neue Planungskultur" der Landesregierung -, Speyer, Mai 2014.
- Nr. 276 *Gisela Färber/Marco Salm/Christian Schwab*, Evaluation des Verwaltungsmodernisierungsprozesses "Change2" der Stadt Mannheim, Speyer, Mai 2014.
- Nr. 277 *Steffen Walther*, Reformen der Beamtenversorgung aus ökonomischer Perspektive, Speyer, Juni 2014.
- Nr. 278 *Stefan Preller*, Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Speyer, Juni 2014.
- Nr. 279 *Joachim Wieland/Johanna Wolff*, Kommunales Vermögen - Kommunale Finanz- und Vermögensverwaltung unter Knappheitsbedingungen, Speyer, Oktober 2014.
- Nr. 280 *Mario Martini/Georg Thiel/Astrid Röttgen* (Hrsg.), *Geodaten und Open Government - Perspektiven digitaler Staatlichkeit*, Speyer, November 2014.
- Nr. 281 *María Jesús Montoro Chiner/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), *Gute Rechtsetzung - La Buena Legislación*, Speyer, Mai 2015.

**Anhang V:
Auszug aus den
Selbständigen Verlagspublikationen**

235. *Werner Jann/Klaus König* (Hrsg.), *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Schriftenreihe Neue Staatswissenschaften, Bd. 9, Tübingen 2008.
236. *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *Neue Governance für die Forschung*. Tagungsband anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der Forschergruppe „Governance der Forschung“, Berlin, 14.-15. März 2007, Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, Bd. 5, Baden-Baden 2009.
237. *Sven Barnekow*, *Strategien kommunaler Energieversorger unter volatilen Marktbedingungen*. Eine Analyse sozio-technischer Transformationen, Hamburg 2009.
238. *Eberhard Bohne*, *The World Trade Organization – Institutional Development and Reform*, Hampshire/New York 2010.
239. *Bernd W. Wirtz* (Hrsg.), *E-Government. Grundlagen, Instrumente, Strategien*, Wiesbaden 2010.
240. *Dorothea Jansen* (Hrsg.), *Governance and Performance in the German Public Research Sector – Disciplinary Differences*, Dordrecht 2010.
241. *Margrit Seckelmann/Stefan Lange/Thomas Horstmann* (Hrsg.), *Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in der Wissenschafts- und Bildungspolitik – Analysen und Erfahrungen*, Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, Bd. 11, Baden-Baden 2010.
242. *Jan Ziekow* (Hrsg.), *Wandel der Staatlichkeit und wieder zurück? Die Einbeziehung Privater in die Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Public Private Partnership) in/nach der Weltwirtschaftskrise*, Baden-Baden 2011.
243. *Richard Heidler*, *Evolution und Struktur von Wissenschaftsnetzwerken am Beispiel der Astrophysik*, Baden-Baden 2011.
244. *Dorothea Jansen/Katrin Ostertag/Rainer Walz* (Hrsg.), *Sustainability Innovations in the Electricity Sector*, Berlin/Heidelberg 2012.
245. *Alexander Windoffer*, *Verfahren der Folgenabschätzung als Instrument zur rechtlichen Sicherung von Nachhaltigkeit*, Jus Publicum 209, Tübingen 2011.
246. *Dorothea Jansen*, *Towards a European Research Area*. Proceedings of a Research Conference at the German Research Institute for Public Administration Speyer, Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, Bd. 13, Baden-Baden 2012.
247. *Ulrich Stelkens/Wolfgang Weiß/Michael Mirschberger* (Hrsg.), *The Implementation of the EU Services Directive. Transposition, Problems and Strategies*, The Hague 2012.
248. *Jock, Christian*, *Das Instrument der Fachaufsicht – rechtliche und verwaltungswissenschaftliche Probleme und potenzielle Weiterentwicklungen*, Göttingen 2011.

249. *Margrit Seckelmann*, Informationen durch Performance Measurement – Die Leistungsvergleiche nach Art. 91d GG, *Karlsruher Dialog zum Informationsrecht*, Bd. 2, Karlsruhe 2012.
250. *Jan Ziekow/Alfred G. Debus/Elisabeth Musch*, Bewährung und Fortentwicklung des Informationsfreiheitsrechts. Evaluierung des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes im Auftrag des Deutschen Bundestages, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 1, Baden-Baden 2013.
251. *Jan Ziekow/Alfred G. Debus/Axel Piesker*, Die Planung und Durchführung von Gesetzesevaluationen. Ein Leitfaden unter besonderer Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Eingriffe, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 2, Baden-Baden 2013.
252. *Christoph Ewen/Oscar W. Gabriel/Jan Ziekow*, Bürgerdialog bei der Infrastrukturplanung: Erwartungen und Wirklichkeit. Was man aus dem Runden Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf lernen kann, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 3, Baden-Baden 2013.
253. *Jan Ziekow/Axel Piesker/Marco Salm/Corinna Sicko*, Neue Serviceangebote für Dienstleister. Erfahrungen mit den Einheitlichen Ansprechpartnern in Baden-Württemberg, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 4, Baden-Baden 2014.
254. *Klaus König/Sabine Kropp/Sabine Kuhlmann/Christoph Reichard/Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow* (Hrsg.), Grundmuster der Verwaltungskultur. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, Baden-Baden 2014.
255. *Christian Bauer*, Die Energieversorgung zwischen Regulierungs- und Gewährleistungsstaat. Die Gasnetzzugangs- und Gasnetzentgeltregulierung durch Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden, *Schriftenreihe der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer*, Bd. 225, Berlin 2014.
256. *Insa Pruisken*, Fusionen im institutionellen Feld "Hochschule und Wissenschaft", *Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung*, Bd. 15, Baden-Baden 2014.
257. *Klaus König*, *Operative Regierung*, Tübingen 2015.
258. *Corinna Sicko/Dirk Zeitz/Jan Ziekow*, Neubau der sozialen Wohnraumförderung. Evaluierung des Landeswohnraumförderungsgesetzes Baden-Württemberg und Entwicklung von Regelungsperspektiven, *Schriften zur Evaluationsforschung*, Bd. 5, Baden-Baden 2015.
259. *Cristina Fraenkel-Haeberle/Sabine Kropp/Francesco Palermo/Karl-Peter Sommermann* (Hrsg.), *Citizen Participation in Multi-Level Democracies*, Leiden/Boston 2015.

**Anhang VI:
Auszug aus den
FÖV Discussion Papers**

53. *Andreas Knorr/André Heinemann/Alexander Eisenkopf*, Germany's Autobahn Toll for Heavy Goods Vehicles after four Years: Experiences and Perspectives, Speyer, Dezember 2009.
54. *Rahel Schomaker*, Bereitstellung netzgebundener Infrastruktur – Regulierung vs. Public Private Partnership, Speyer, Dezember 2009.
55. *Holger Mühlenkamp*, Ökonomische Analyse von Public Private Partnerships (PPP) – PPP als Instrument zur Steigerung der Effizienz der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder als Weg zur Umgehung von Budgetbeschränkungen? –, Speyer, Januar 2010.
56. *Christian Bauer*, „Collaborative Governance“ – ein neues Konzept für die Regulierung der europäischen Strom- und Gasmärkte?, Speyer, Januar 2010.
57. *Andrei Kiraly*, Whistleblower in der öffentlichen Verwaltung. Ihre Rechtsstellung bei der Korruptionsbekämpfung, Speyer, März 2010.
58. *Kathrin Przybilla*, The „WTOisation“ of the customs administration: Uniformity of the administration of law according to Article X:3 (a) GATT 1994 and its implications for EU customs law, Speyer, März 2010.
59. *Eberhard Bohne*, Clash of Regulatory Cultures in the EU: The Liberalization of Energy Markets, Juni 2010.
60. *Andreas Knorr/Jörg Bellmann/Rahel Schomaker*, International Trade Rules and Aircraft Manufacturing: Will the World Trade Organization Resolve the Airbus-Boeing Dispute?, Speyer, September 2010.
61. *Albrecht Blümel/Katharina Kloke/Georg Krücken*, Hochschulkanzler in Deutschland: Ergebnisse einer hochschulübergreifenden Befragung, Speyer, September 2010.
62. *Jonas Buche*, Die Europäisierung von Parteien und Parteiensystemen – Eine Analyse am Beispiel Schwedens vom Beitritt zur EU 1995 bis zur Reichstagswahl 2006, Speyer, September 2010.
63. *Andreas Knorr/Andreas Lueg-Arndt/Barbara Lueg*, Airport Noise Abatement as an International Coordination Problem – The Case of Zurich Airport, Speyer, Februar 2011.
64. *Gisela Färber*, Steuerhoheit von Gebietskörperschaften, Speyer, März 2011.
65. *Bernd W. Wirtz/Linda Mory/Robert Piehler*, Kommunales E-Government: Erfolgsfaktoren der Interaktion zwischen Stadtportalen und Anspruchsgruppen, Speyer, März 2011.
66. *Csongor Aron Buzogány/Andrej Stuchlik*, Paved with good intentions Ambiguities of empowering parliaments after Lisbon, Speyer, Mai 2011.

67. *Dennis Kutting*, Staatliche Verwaltungsarchitektur der 1950er Jahre in der Bundesrepublik. Forschungsstand, Problemstellung und Perspektiven, Speyer, Juli 2011.
68. *Ulrich Stelkens*, Art. 291 AEUV, das Unionsverwaltungsrecht und die Verwaltungsautonomie der Mitgliedstaaten, Speyer, August 2011.
69. *Gisela Färber*, Impacts of the Global Financial Crisis in a Federation: Evidence from Germany, Speyer, Januar 2012.
70. *Ulrich Stelkens/Hanna Schröder*, EU Public Contracts – Contracts passed by EU Institutions in Administrative Matters, Speyer, März 2012.
71. *Hans Herbert von Arnim*, Der Bundespräsident – Kritik des Wahlverfahrens und des finanziellen Status, Speyer, März 2012.
72. *Andreas Knorr*, Emissionshandel und Luftverkehr – Eine kritische Analyse am Beispiel des Europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS), Speyer, August 2012.
73. *Gisela Färber/Julia Einsiedler*, Bürokratiekostenabbau im Steuerrecht: Ein Ansatz zur Vereinfachung des Steuerrechts?, Speyer, August 2012.
74. *Tim Jäkel*, Wer vergleicht seine Leistung, wenn er hohe Schulden hat? Empirische Evidenz aus den deutschen kreisfreien Städten, Speyer, Mai 2013.
75. *Holger Mühlenkamp*, From State to Market Revisited: More Empirical Evidence on the Efficiency of Public (and Privately-owned) Enterprises, Speyer, Juli 2013.
76. *Dirk Zeitz*, Bewertung der Einfacher-zu-Projekte unter dem Blickwinkel eines Vollzugsbenchmarking, Speyer, September 2013.
77. *Stefan Domonkos*, Making Increased Retirement Age Acceptable: The Impact of Institutional Environment on Public Preferences for Pension Reforms, Speyer, Juni 2014.
78. *Daniela Caterina*, Construing and managing the crisis: A cultural political economy perspective on the Italian Labour Market Reform 2012, Speyer, Juni 2014.
79. *Marco Salm*, Property Taxes in BRICS: Comparison and a First Draft for Performance Measurement, Speyer, Oktober 2014.
80. *Dirk Zeitz*, Der Antrag auf Wohngeld als Beispiel der Konsequenzen des Exekutivföderalismus auf den Erfüllungsaufwand, Speyer, April 2015.

**Anhang VII:
Vorträge**

- Nr. 1 *Hans Peter Bull*, Vom Auf- und Abbau der Bürokratie, Januar 2006.
- Nr. 2 *Janbernd Oebbecke*, Rechtswissenschaftliche Forschung und Verwaltung, Januar 2006.

Direktor

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow* (Tel.: 06232/654-385)

Geschäftsführerin

Regierungsdirektorin Dr. iur. *Margrit Seckelmann*, M.A. (Tel.: 06232/654-387)

Stellvertretender Geschäftsführer

Dipl.-Kaufmann *Andreas Jug* (Tel.: 06232/654-380)

Mitarbeiter der Geschäftsführung

Christian Wagner, M.A. (Tel.: 06232/654-386)

Sekretariat

Irene Eggensberger (Tel.: 06232/654-381)

Elisabeth Gerhards (Tel.: 06232/654-382)

Ursula Jungkind (Tel.: 06232/654-381)

**Weitere Informationen zum
Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
Speyer finden Sie unter:**

www.foev-speyer.de